

- **Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur**
- **Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld**
- **Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023**
- **Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich**
- **Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat?**

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,  
A-8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2023

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



## 96. Jahrgang, Heft 12/2023

### 823-830 ■ **Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur**

Sandra Bilek-Steindl

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche sank Österreichs Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2023 erneut markant. Vorlaufindikatoren deuten auf eine nur langsame Stabilisierung hin. Im WIFO-Konjunkturtest von November blieben die Einschätzungen der Unternehmen überwiegend skeptisch, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen.

**Few Signs of Recovery in the Domestic Industrial Economy**

### 831 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

### 833-844 ■ **Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld.**

Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Angesichts der gegenwärtig schwierigen und wirtschaftlich sowie geopolitisch unsicheren Lage fokussiert die Budgetplanung des Bundes bis 2027 auf die Stabilisierung der Kaufkraft der privaten Haushalte, die kurz- und langfristige Stärkung des Produktionsstandorts Österreich, die Förderung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft und die fortgesetzte Aufwertung der Landesverteidigung. Diese Schwerpunkte stellen die Budgetplanung vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung, einer grundlegend veränderten Zinslandschaft und der demografischen Rahmenbedingungen vor besondere Herausforderungen. Das Budget für 2024 und die mittelfristige Planung für die Folgejahre sind einerseits von einer nachlassenden Einnahmendynamik und andererseits von einer stark inflationsgetriebenen Ausgabendynamik geprägt.

**Budget Policy in an Uncertain Economic and Geopolitical Environment.** Draft Federal Budget 2024 and Medium-term Fiscal Framework 2024-2027

### 845-856 ■ **Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023**

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit erfasst die Leistungsfähigkeit des Standortes Österreich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielgrößen. Im Durchschnitt über 24 Indikatoren konnte Österreich zuletzt zum obersten Drittel der europäischen Vergleichsländer aufschließen. Dazu trugen u. a. die Produktivitätskennzahlen im Jahr 2022, die Erholung im Tourismus und eine Rangverbesserung bei den Umweltpatenten bei. In der Dimension Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse verlor Österreich erneut an Boden.

**The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2023**

857-868 ■ **Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich**

Ulrike Famira-Mühlberger (WIFO), Birgit Trukeschitz (WU Wien)

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das System der Pflegefinanzierung künftig stark gefordert sein. Die Nachfrage nach Pflegegeld und vor allem nach Pflegedienstleistungen wird mittel- und langfristige deutlich zunehmen. Das bestehende Pflegefinanzierungssystem ist aufgrund der fehlenden Gesamtsteuerung und der Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung äußerst komplex. Dieser Beitrag untersucht die Finanzierungsstrukturen und zeigt die dadurch entstehenden regionalen Unterschiede in den Leistungen auf. Bisher fehlt es an koordinierten Finanz- und Bedarfsplänen sowie an Qualitätsstandards. Um zielgerichtet auf künftige Herausforderungen reagieren zu können, müssen das Pflegefinanzierungssystem vereinfacht und österreichweit gültige Standards eingeführt werden.

**On Public Financing of Long-term Care in Austria**

869-882 ■ **Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie**

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

Laut WIFO-Umverteilungsstudie ist in Österreich der durchschnittliche Saldo aus empfangenen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und geleisteten Abgaben nur in den oberen beiden Zehnteln der Primäreinkommensverteilung negativ. Insgesamt waren 2019 37% der Bevölkerung Nettozahlende, davon entfielen 2% auf das zweite und 22% auf das oberste Einkommenszehntel. Die Konzentration der Nettozahlenden im oberen Zehntel wird durch die hohe Konzentration der Markteinkommen verursacht. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der Saldo nicht alle öffentlichen Leistungen und Abgaben abbilden kann und ihm ein komplexes Zusammenspiel aus horizontaler, intertemporaler und vertikaler Umverteilung zugrunde liegt. In den untersuchten Jahren 2005, 2010, 2015 und 2019 blieben der Anteil der Nettozahlenden und das Verhältnis des Saldos zum Markteinkommen weitgehend stabil.

**Who Finances the Welfare State? Results from the WIFO Redistribution Study**

883-895 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

**Economic Indicators**

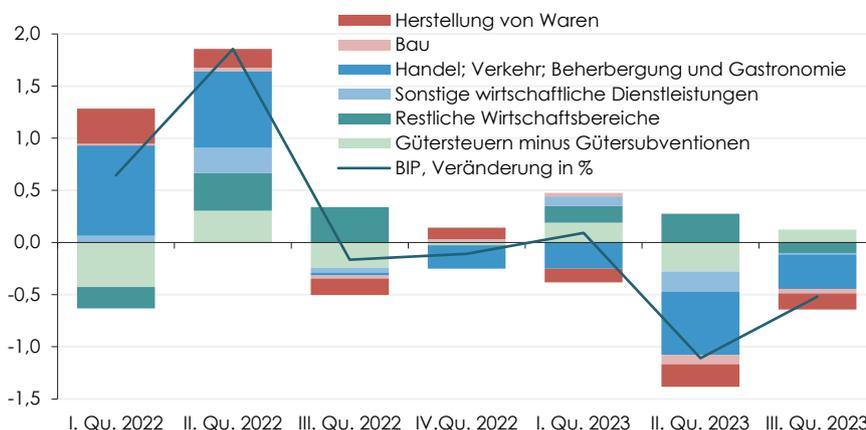
# Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur

Sandra Bilek-Steindl

- Der Welthandel und die globale Industriekonjunktur stabilisierten sich zuletzt.
- Nationale und internationale Vertrauensindikatoren blieben trotz leichter Zuwächse weitgehend im skeptischen Bereich.
- Gemäß den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests von November waren die Lagebeurteilungen nahezu unverändert pessimistisch. Die unternehmerischen Erwartungen verbesserten sich hingegen leicht.
- Auch das heimische Verbrauchervertrauen (laut Europäischer Kommission) blieb zuletzt schwach.
- Mit dem Abschwung erhöhte sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr, vor allem in Industrie und Bauwirtschaft.
- Die Inflation lag im Oktober und November (laut Schnellschätzung) bei 5,4%.

## Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP

Beitrag in Prozentpunkten zur Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorquartal, saison- und arbeitstagsbereinigt



**"Der Konjunkturabschwung erstreckt sich in Österreich breit über die Wirtschaftssektoren. Im III. Quartal 2023 sank die Wertschöpfung sowohl in der Industrie und dem Bauwesen als auch in den Dienstleistungen."**

Die Herstellung von Waren (ÖNACE 2008, Abschnitt C) dämpft bereits seit drei Quartalen das Wirtschaftswachstum (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen). Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen: ÖNACE 2008, Abschnitte M und N, restliche Wirtschaftsbereiche: ÖNACE 2008, Abschnitte A, J bis L und O bis U).

# Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur

Sandra Bilek-Steindl

## Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche sank Österreichs Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2023 erneut markant. Vorlaufindikatoren deuten auf eine nur langsame Stabilisierung hin. Im WIFO-Konjunkturtest von November blieben die Einschätzungen der Unternehmen überwiegend skeptisch, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 7. 12. 2023

**Kontakt:** Sandra Bilek-Steindl ([sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at](mailto:sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at))

## Few Signs of Recovery in the Domestic Industrial Economy

Against the backdrop of the weak international economy, Austria's economic output fell sharply again in the third quarter of 2023. Leading indicators point to only slow stabilisation. In the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) in November, companies' assessments remained predominantly sceptical, both with regard to the current situation and expectations.

Die internationale Industriekonjunktur verläuft nach wie vor schleppend, wenngleich sich zuletzt leichte und regional unterschiedlich ausgeprägte Erholungstendenzen zeigten. Während die industrielle Aktivität in China wieder Fahrt aufnahm, verlief sie in den USA gedämpft und ging im Euro-Raum erneut zurück (laut Centraal Planbureau – CPB).

Vorlaufindikatoren spiegeln vor allem in der Industrie eine anhaltende Skepsis wider. Der S&P Global Einkaufsmanagerindex für die Industrie verharrte im November in den Schwellenländern an der 50-Punkte-Marke, in den Industrieländern leicht darunter.

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) für den Euro-Raum lag zuletzt weiter unter dem langfristigen Durchschnitt, obwohl er sich in Einzelhandel, Dienstleistungen und Bauwesen verbesserte. Der Teilindex für die Industrie sank leicht.

In Deutschland hellte sich die Stimmung gemäß dem ifo-Geschäftsklimaindex zwar etwas auf, blieb jedoch ebenfalls gedämpft.

Auch in Österreich überwiegen laut WIFO-Konjunkturtest vom November weiterhin die skeptischen Konjunktüreinschätzungen. Die Lagebeurteilungen blieben in allen Wirtschaftsbereichen nahezu unverändert pessimistisch, während sich die unternehmeri-

schen Erwartungen leicht verbesserten, vor allem in Bauwirtschaft und Einzelhandel.

Im UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerindex zeichnet sich langsam eine Bodenbildung ab, nachdem die Industrieschwäche bereits gut ein Jahr andauert. Gemäß der aktuellen VGR-Quartalsrechnung von Anfang Dezember schrumpfte die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) im III. Quartal das fünfte Mal in Folge gegenüber dem Vorquartal; in der Herstellung von Waren war es der dritte Rückgang.

Insgesamt sank die Wirtschaftsleistung zum zweiten Mal in Folge (II. Quartal –1,1%, III. Quartal –0,5%), womit Österreich eine technische Rezession erlebt. In beiden Quartalen trugen auch die Dienstleistungsbereiche zum BIP-Rückgang bei.

Das Geschäft im Einzelhandel (ohne Kfz) verlief im III. Quartal schlecht. Vor allem im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln schrumpften die Nettoumsätze gemäß den Daten von Statistik Austria kräftig (–6,8% gegenüber dem Vorjahr, real), während der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln vergleichsweise besser bilanzierte (–0,4%).

Das heimische Konsumentenvertrauen (laut Europäischer Kommission) blieb zuletzt unverändert schwach. In der November-Befra-

gung ging der Teilindikator zur Wirtschaftsentwicklung in den nächsten 12 Monaten zurück, während sich die Einschätzungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen Situation verbesserten.

Die Inflation lag im Oktober und November (laut Schnellschätzung) bei 5,4%. Die preisdämpfende Wirkung von Haushaltsenergie schwächte sich gemäß der Schnellschätzung im November ab.

## 1. Welthandel und globale Industriekonjunktur stabilisieren sich

Die weltweite Wirtschaftstätigkeit verläuft nach wie vor schleppend, wenngleich sich zuletzt eine Stabilisierung zeigte. Laut Central Planbureau (CPB) nahm der Welthandel im September im Vergleich zum Vormonat das zweite Mal in Folge zu. Der gleitende Dreimonatsdurchschnitt lag damit nur mehr um 0,4% unter der Vorperiode. Im August hatte der Rückgang noch 1,2% betragen. Vor allem von den USA ging zuletzt eine verstärkte Dynamik im internationalen Warenhandel aus. Im Euro-Raum entwickelten sich hingegen sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren erneut verhalten.

Wie der Welthandel nahm auch die weltweite Industrieproduktion ab August wieder leicht Fahrt auf (September +0,8%, gleitender Dreimonatsdurchschnitt im Vergleich zur Vorperiode). Damit dürfte die Talsohle der globalen Industrieproduktion durchschritten sein.

Vor allem China verstärkte im Herbst seine industrielle Aktivität. Die chinesische Wirtschaft zeigte zuletzt vermehrt Anzeichen der Erholung. Das BIP expandierte im III. Quartal

## 2. Bild in den USA uneinheitlich

In den USA entwickelte sich die Wirtschaft im III. Quartal besser als Vorlaufindikatoren angedeutet hatten. Das BIP wuchs um 1,3% gegenüber dem Vorquartal, wobei vor allem der private Konsum, der zum Teil aus Ersparnissen finanziert wurde, stützend wirkte. Neben den Ausrüstungsinvestitionen wurden erstmals seit über zwei Jahren auch die Bauinvestitionen wieder ausgeweitet.

Erste Indikatoren für das IV. Quartal deuten auf eine Konjunkturabschwächung hin. Im Oktober gingen die Einzelhandelsumsätze erstmals seit März zurück (-0,2%, real), nachdem sie im September noch um 0,8% gestiegen waren.

Das Verbrauchervertrauen ist angesichts der hohen Inflation und der angespannten Kre-

Die Konjunkturschwäche zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Während die Beschäftigung im November gegenüber dem Vormonat stagnierte bzw. im Vorjahresvergleich noch leicht ausgeweitet wurde, lag die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulung) um 6,7% (+22.100 Personen) über dem Vorjahreswert. Die Arbeitslosenquote verharrte im November bei voraussichtlich 8,1% (nationale Definition, saisonbereinigt).

kräftig. Auch von der Konsumnachfrage gingen positive Impulse aus. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) lag hingegen auch im November noch knapp unter der 50-Punkte-Schwelle.

Die Rohstoffpreise (laut HWWI) zogen ab Juli 2023 wieder an. Vor allem die Preise für Energierohstoffe entwickelten sich in den letzten Monaten sehr volatil. Angesichts der geopolitischen Spannungen und der Förder einschränkungen durch die OPEC erreichte der Preis für Rohöl im Herbst ein zwischenzeitliches Hoch, ist aber seit Mitte Oktober wieder tendenziell rückläufig. Auch die Preise von Kohle und Erdgas zeigten eine ähnliche Entwicklung.

Im Vorjahresvergleich sind durch die sehr hohen Notierungen im Herbst 2022 sowohl im HWWI-Index insgesamt als auch in den meisten Komponenten weiterhin Preisrückgänge zu beobachten (Basiseffekt). So lag der HWWI-Index im November immer noch um 33,4% unter dem Vorjahresniveau, der Teilindex für Energierohstoffe um 38,5% (auf Euro-Basis).

ditbedingungen bereits seit über einem Jahr gedämpft. Laut Conference Board stieg es im November wieder an, während es laut Universität Michigan das vierte Mal in Folge sank.

Der S&P-Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft blieb im November bei 50,7 Punkten, wobei ein leichter Anstieg im Dienstleistungssektor den Rückgang in der Produktion ausglich. Auch der ISM-Einkaufsmanagerindex verharrte im November mit 46,7 Punkten auf dem Vormonatswert und lag somit weiterhin im pessimistischen Bereich. Damit setzte sich die schleppende Industriekonjunktur fort. Der Produktionsindex der Sachgütererzeugung zeigt seit Jahresbeginn wenig Dynamik und ging zuletzt wieder leicht zurück.

**Die Weltwirtschaft zeigt Erholungstendenzen. Die Energierohstoffpreise entwickeln sich nach einer Phase hoher Volatilität wieder stabiler.**

**In den USA stieg die Wirtschaftsleistung im III. Quartal kräftig. Die Industriekonjunktur schwächelt hingegen nach wie vor.**

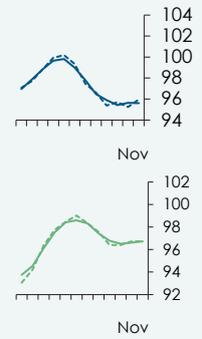
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



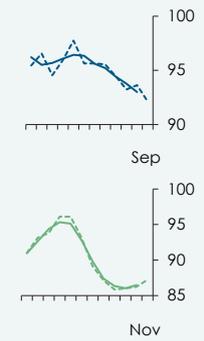
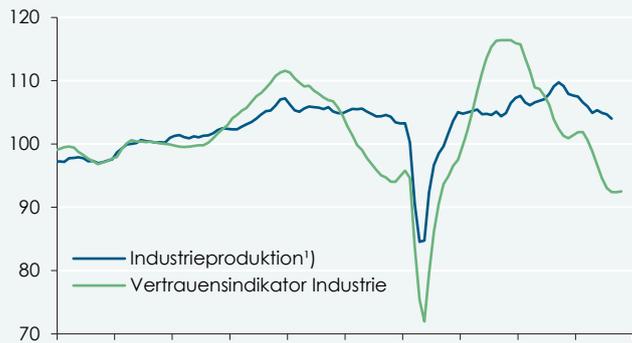
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), S&P Global. – 1) ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Nachdem der rückläufige Trend der Inflation im August und September unterbrochen wurde, verlangsamte sich der Preisauftrieb im Oktober auf 3,2% (September: 3,7%). Während die Preise für Energie zurückgingen, verteuerten sich Dienstleistungen (insbesondere die Wohnkosten) und Nahrungsmittel zuletzt erneut. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) ging auf 4,0% zurück.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin günstig, wenngleich es erste Anzeichen eines Abflauens gibt, zumal der Beschäftigungszuwachs im Oktober schwächer ausfiel, die geleisteten Arbeitsstunden sanken und die Arbeitslosenquote leicht auf 3,9% stieg. Der wachsende Anteil an Personen, welche aus wirtschaftlichen Gründen in Teilzeit arbeiten, deutet ebenso auf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hin.

### 3. Schwache Konjunktur in der EU und im Euro-Raum

In der EU und im Euro-Raum zeigt sich nach wie vor eine Konjunkturschwäche, insbesondere in der Industrie. Der Index der Industrieproduktion lag im September um 1,1% (Euro-Raum) bzw. 0,9% (EU) unter dem Niveau von August und im überwiegenden Teil der EU-Mitgliedsländer unter dem Vorjahreswert.

Das BIP stagnierte im III. Quartal (EU  $\pm 0,0\%$ , Euro-Raum  $-0,1\%$ , gegenüber dem Vorquartal), wobei die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den meisten großen Volkswirtschaften gedämpft verlief (Italien  $+0,1\%$ , Deutschland  $-0,1\%$ , Frankreich  $-0,1\%$ , Niederlande  $-0,2\%$ ); lediglich Spanien verzeichnete noch einen Zuwachs von  $0,3\%$ .

Der BIP-Rückgang in Deutschland ergab sich vor allem aus der schwachen Konsumnachfrage der privaten Haushalte sowie der trägen Industriekonjunktur. Im verarbeitenden Gewerbe schlug die deutlich geringere Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen negativ zu Buche. Damit ging auch der Export zurück; positive Impulse kamen hingegen von den Ausrüstungsinvestitionen.

Gemäß dem ifo-Geschäftsklimaindex verbesserte sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im November leicht, blieb jedoch weiterhin auf niedrigem Niveau. In der Industrie, im Bauwesen und im Handel hellten sich sowohl die Beurteilungen der aktuellen

Geschäftslage als auch die Erwartungen auf, im Dienstleistungssektor verschlechterten sich die beiden Teilindizes.

Auch für den Euro-Raum insgesamt lassen Vorlaufindikatoren nur eine leichte Verbesserung erkennen. Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) stieg im November um 0,3 Punkte. Nach Teilbereichen zeigte sich ebenfalls wenig Dynamik: Im Einzelhandel, in den Dienstleistungen und im Bauwesen verbesserte sich die Stimmung leicht, nicht jedoch in der Industrie.

Trotz der Konjunkturflaute entwickelt sich der Arbeitsmarkt weitgehend positiv. Die Arbeitslosenquote im Euro-Raum ist seit dem Frühjahr nahezu konstant, saisonbereinigt betrug sie im Oktober  $6,5\%$ . Die Jugendarbeitslosenquote stieg zuletzt wieder leicht an und lag im Oktober bei  $14,9\%$  (März 2023:  $14,0\%$ ).

Nachdem die Inflationsrate (gemäß HVPI) im Euro-Raum bereits im Oktober spürbar auf  $2,9\%$  zurückgegangen war (September:  $4,3\%$ ), ließ der Preisauftrieb auch im November auf breiter Basis nach ( $2,4\%$  laut Schnellschätzung). Die Energiepreise sanken erneut ( $-11,5\%$ ) und von Industriegütern ( $+2,9\%$ ), Lebensmitteln ( $+6,9\%$ , einschließlich Alkohol und Tabak) sowie Dienstleistungen ( $+4,0\%$ ) ging ein geringerer Preisauftrieb aus als im Oktober.

### 4. Österreich: Erneuter BIP-Rückgang im III. Quartal

Gemäß der aktuellen VGR-Quartalsrechnung schrumpfte Österreichs BIP im III. Quartal 2023 um  $0,5\%$  gegenüber der Vorperiode. Mit dem zweiten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Folge (II. Quartal  $-1,1\%$ ) befindet sich die heimische Wirtschaft in der Rezession. Im Vorjahresvergleich war die Wirtschaftsleistung im III. Quartal um  $1,8\%$  geringer.

Der Abschwung erstreckte sich über nahezu alle Wirtschaftsbereiche und die Industrieschwäche verfestigte sich. Die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) verzeichnete im Vorquartalsvergleich den fünften Rückgang in Folge, die Herstellung von Waren den dritten und die Bauwirtschaft den

zweiten. Darüber hinaus schrumpfte die Wertschöpfung auch in den meisten Dienstleistungsbereichen, besonders im Verkehr und im Handel.

Gemäß den Daten von Statistik Austria lagen die Nettoumsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) im III. Quartal real um  $3,6\%$  unter dem Vorjahresniveau. Kräftig waren die Einbußen im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln ( $-6,8\%$ ), während das Geschäft im Nahrungs- und Genussmittelsegment vergleichsweise besser verlief ( $-0,4\%$ ).

Die Industrieschwäche spiegelt sich auch im Außenhandel. Laut Außenhandelsstatistik verlangsamte sich das nominelle Wachstum

Nach der Stagnation im III. Quartal lassen auch Vorlaufindikatoren wenig Dynamik erwarten.

Die heimische Wirtschaft befindet sich in der Rezession.

der Warenexporte im Jahresverlauf (Durchschnitt 1. Halbjahr +6,1%, Juli bis September durchschnittlich -1,9%). Auch die Importe gingen zuletzt deutlich zurück (Durchschnitt 1. Halbjahr +0,1%, Juli bis September -12,1%), wobei insbesondere die Verbilligung von Brennstoffen und Energie den Importwert dämpfte.

Bauwirtschaft und im Einzelhandel etwas aufhellten.

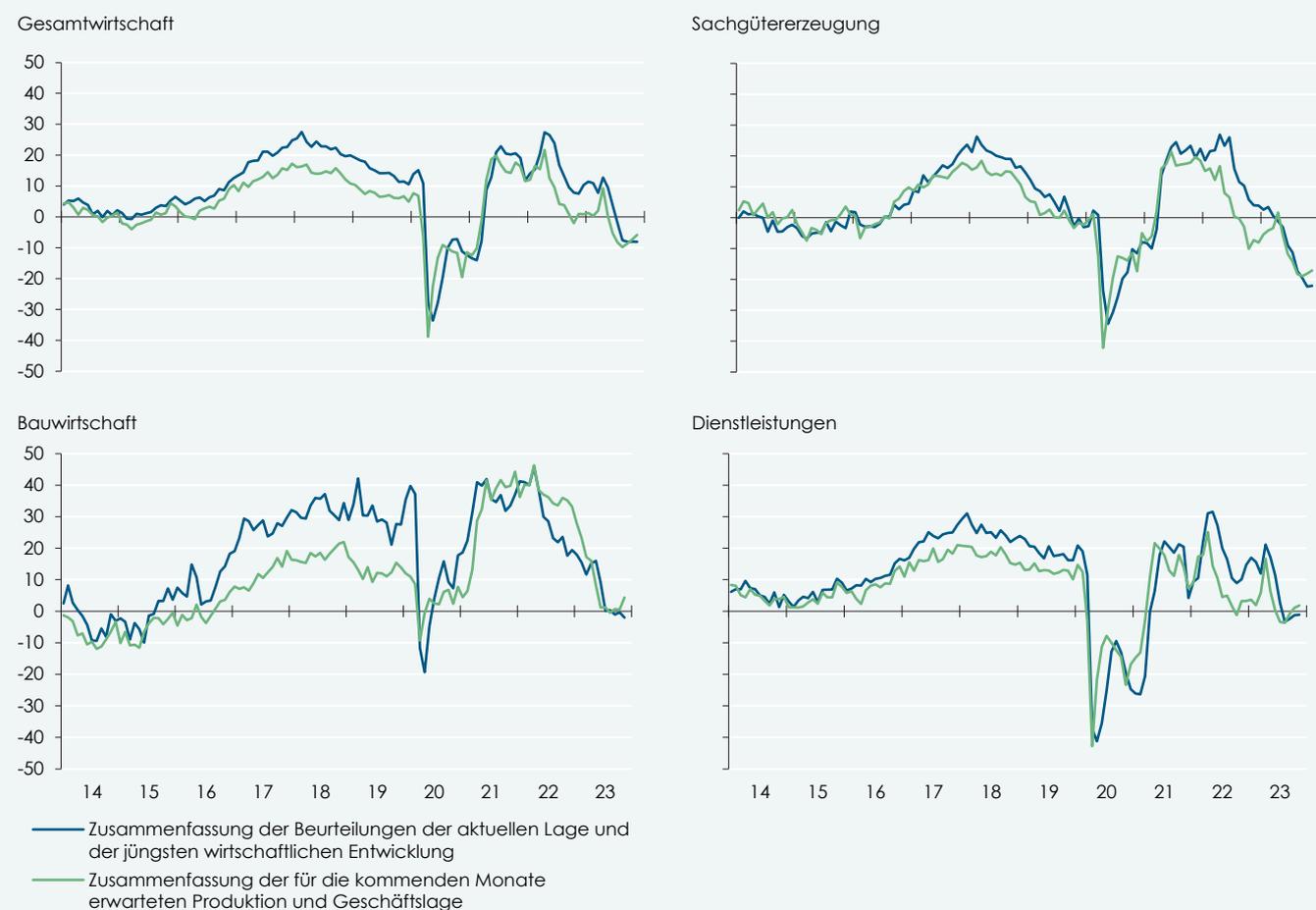
Die Lagebeurteilungen blieben hingegen in allen Wirtschaftsbereichen nahezu unverändert pessimistisch. In der Sachgütererzeugung notierte der Lageindex abermals weit im negativen Bereich. Nur rund die Hälfte der befragten Sachgütererzeuger meldeten zumindest ausreichende Auftragsbestände, vor einem Jahr waren es noch drei Viertel gewesen. In der Bauwirtschaft (73%) und den Dienstleistungen (69%) berichteten zwar mehr Unternehmen über ausreichend gefüllte Auftragsbücher, die Situation wurde jedoch auch dort deutlich schlechter eingeschätzt als vor einem Jahr.

**Die Lagebeurteilungen blieben zuletzt weitgehend pessimistisch; hinsichtlich der erwarteten Entwicklung war eine leichte Stimmungsaufhellung zu beobachten.**

#### 4.1 Vorlaufindikatoren überwiegend schwach

Laut den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests vom November überwiegen in Österreichs Unternehmen weiterhin die skeptischen Konjunkturschätzungen, wenngleich sich die Erwartungen vor allem in der

Abbildung 2: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



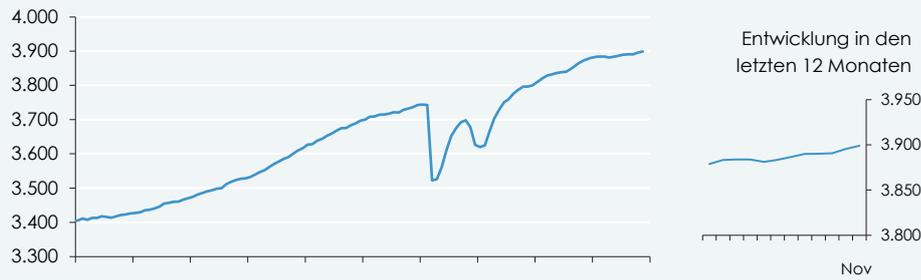
Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Im UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex zeichnet sich eine Bodenbildung hinsichtlich der Industriekonjunktur ab. Der Index stieg im November auf 42,2 Punkte, lag jedoch immer noch deutlich unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Teilindex zu den Produktionserwartungen stieg ebenfalls an.

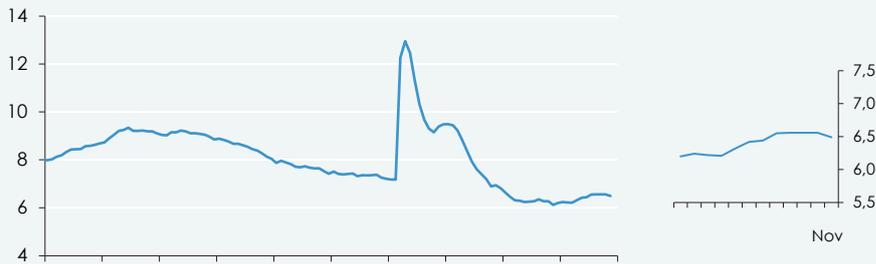
Das heimische Konsumentenvertrauen (laut Europäischer Kommission) blieb zuletzt unverändert schwach. In der November-Befragung ging der Teilindikator zur Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in den nächsten 12 Monaten zurück, während sich die Einschätzungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen Situation verbesserten.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



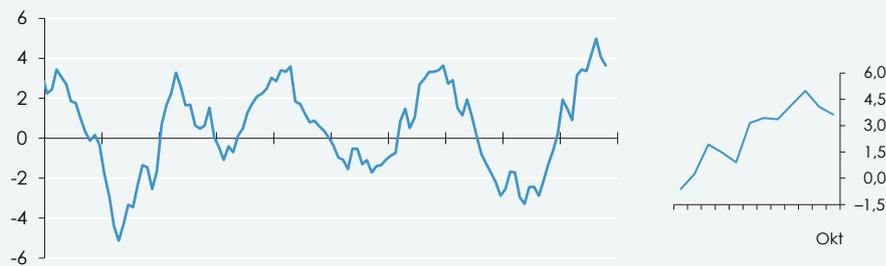
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Schnellschätzung von Statistik Austria. – 3) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

**Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich besonders in der Industrie und der Bauwirtschaft.**

**Die Verbilligung von Haushaltsenergie verlor zuletzt an inflationsdämpfender Wirkung.**

## 4.2 Abschwung auf dem Arbeitsmarkt

Der Konjunkturabschwung ist auch auf dem Arbeitsmarkt sichtbar. Die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Schulungsteilnehmer:innen) lag Ende November mit 352.600 Personen um 6,7% (+22.100 Personen) über dem Vorjahreswert. Im Vergleich zum Vormonat blieb die erweiterte Arbeitslosigkeit hingegen annähernd konstant (saisonbereinigt -0,6%, bzw. -2.100 Personen gegenüber Oktober).

Im Vorjahresvergleich stieg die erweiterte Arbeitslosigkeit insbesondere in den vom Abschwung am stärksten betroffenen Branchen deutlich an. So lag sie in der Bauwirtschaft (+14,4%) und der Herstellung von Waren (+10,3%) markant über dem Vorjahresniveau. Auch im Gesundheits- und Sozialwesen (+15,1%) fiel der Anstieg kräftig aus.

Die aktive unselbständige Beschäftigung stagnierte nach vorläufiger Schätzung erneut im Vergleich zum Vormonat, unbereinigt lag sie nach Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) noch um 0,6% bzw. 25.000 Beschäftigungsverhältnisse über dem Vorjahreswert. Die Zahl der offenen Stellen sinkt bereits seit Jahresbeginn. Im November waren gut 95.000 offene Stellen beim AMS gemeldet.

Die erweiterte Arbeitslosenquote (nationale Definition) lag im November bei voraussichtlich 8,1% (Oktober 8,1%, saisonbereinigt).

## 4.3 Inflation im Oktober und November bei 5,4%

Gemäß Schnellschätzung von Statistik Austria betrug die Inflation (VPI) im November 5,4% (Oktober ebenfalls 5,4%). Der HVPI notierte mit +4,9% etwas niedriger, lag aber weiter über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Nachdem die Inflation in Österreich zu Jahresbeginn 2023 noch im zweistelligen Bereich gelegen hatte, sank sie bis Oktober kontinuierlich. Die Preisentwicklung bei Energieprodukten, vor allem bei Treibstoffen und Heizöl, dämpft seit dem Frühjahr die Gesamtinflation. Gemäß der Schnellschätzung schwächte sich der dämpfende Effekt der Haushaltsenergiepreise im November ab.

Starke Preistreiber waren im Oktober die Bereiche Hotels und Restaurants (+11,0%), Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+7,2%) sowie Wohnung, Wasser und Energie (+5,1%). Während die Preise für Strom und Heizöl abermals zurückgingen, stiegen jene für Gas und Fernwärme an. Die Preise im Bereich Verkehr blieben annähernd konstant (-0,1%); während die Treibstoffpreise erneut dämpfend wirkten, war die Instandhaltung und Reparatur von privaten Verkehrsmitteln um rund 9% teurer als vor einem Jahr.

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

## Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019

Silvia Rocha-Akis, Jürgen Bierbaumer, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Martina Einsiedl, Marian Fink, Michael Klien, Simon Loretz, Christine Mayrhuber



**WIFO** ■

### Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019

**Silvia Rocha-Akis, Jürgen Bierbaumer, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Martina Einsiedl, Marian Fink, Michael Klien, Simon Loretz, Christine Mayrhuber**

Wissenschaftliche Assistenz: Stefan Fuchs, Lydia Grandner, Paul Höfle, Lukas Schmögl, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Oktober 2023  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Studie analysiert die Auswirkungen des Wohlfahrtsstaates auf Einkommensungleichheit und die relative Armut in Österreich. Ausgehend von den Markteinkommen werden die Verteilungseffekte von staatlichen Geld- und Sachleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Familie, Wohnen, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung sowie von Sozialbeiträgen und (in)direkten Steuern untersucht. Die jüngsten verknüpfbaren Daten für eine solche Analyse beziehen sich auf das Jahr 2019. Durch die Umverteilung sinkt der Gini-Koeffizient im Jahr 2019 von 0,466 (Markteinkommen) auf 0,213 (Sekundäreinkommen), die Armutsgefährdungsquote sinkt zwischen Markteinkommen und verfügbarem Einkommen um den Faktor 2,5. Ein ähnlicher Effekt zeigt sich für die Jahre 2005, 2010 und 2015. Den größten Umverteilungsbeitrag leisten die gesetzlichen Brutto-pensionen, gefolgt von den öffentlichen Gesundheitsleistungen. Im Zeitverlauf hat der relative Umverteilungsbeitrag der direkten Abgaben deutlich zugenommen. Hinter den stabilen Verteilungsmaßen im Querschnitt der Bevölkerung in privaten Haushalten verbergen sich divergierende Einkommensentwicklungen zwischen Haushalten nach Altersgruppen. Das Armutsrisiko ist in Haushalten mit Kindern und Hauptverdienenden unter 46 Jahren überdurchschnittlich hoch und hat zwischen 2005 und 2019 zugenommen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundeskanzleramtes, der Oesterreichischen Nationalbank, des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz • Oktober 2023 • 254 Seiten • 70 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69741>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, [publikationen@wifo.ac.at](mailto:publikationen@wifo.ac.at)

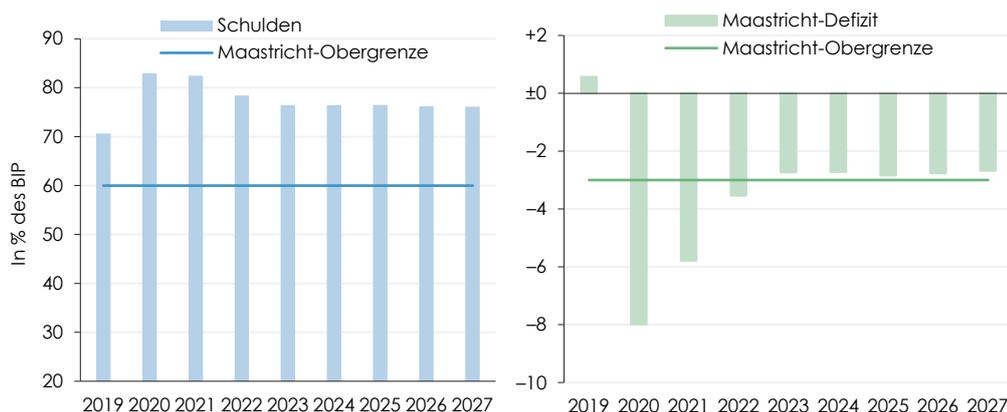
# Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld

## Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Auch 2024 sind die Rahmenbedingungen für die Budgeterstellung schwierig.
- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit liegt 2024 bei voraussichtlich 2,7% des BIP und bleibt bis 2027 praktisch konstant; die Schuldenquote sinkt bis 2027 nur geringfügig von 76,4% auf 76,1% der Wirtschaftsleistung.
- Die Ausgabenentwicklung auf Bundesebene wird getrieben von inflationsbedingten Mehrausgaben sowie zukunftsorientierten Schwerpunkten.
- Die gesamtstaatlichen Zinsausgaben verdoppeln sich bis 2027 auf 2% des BIP.
- Die Aufwendungen des Bundes für Pensionen steigen bis 2027 auf 27,5% der Gesamtausgaben bzw. 6,2% des BIP.
- Die Ausgaben für Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes zur Entlastung privater Haushalte und Unternehmen gehen 2024 auf 9,27 Mrd. € zurück, der Ausgabenanteil der befristeten Maßnahmen sinkt auf gut die Hälfte.

### Entwicklung der gesamtstaatlichen Schulden- und Defizitquote



**"Um budgetäre Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu schaffen und die Verschuldung zu senken, sind strukturelle Reformen im öffentlichen Sektor erforderlich."**

Die Schulden- und Defizitquoten bleiben bis 2027 praktisch konstant. Dies beruht auf kräftigen inflationsbedingten Ausgabensteigerungen sowie ausgabenseitigen Schwerpunktsetzungen, aber auch einer äußerst vorsichtigen Budgetierung (Q: Bundesministerium für Finanzen (2023a), Statistik Austria).

# Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld

## Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027

Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

### Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027

Angesichts der gegenwärtig schwierigen und wirtschaftlich sowie geopolitisch unsicheren Lage fokussiert die Budgetplanung des Bundes bis 2027 auf die Stabilisierung der Kaufkraft der privaten Haushalte, die kurz- und langfristige Stärkung des Produktionsstandorts Österreich, die Förderung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft und die fortgesetzte Aufwertung der Landesverteidigung. Diese Schwerpunkte stellen die Budgetplanung vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung, einer grundlegend veränderten Zinslandschaft und der demografischen Rahmenbedingungen vor besondere Herausforderungen. Das Budget für 2024 und die mittelfristige Planung für die Folgejahre sind einerseits von einer nachlassenden Einnahmendynamik und andererseits von einer stark inflationsgetriebenen Ausgabendynamik geprägt.

**JEL-Codes:** E62, H12, H20, H62, H68 • **Keywords:** Teuerungskrise, Energiekrise, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Krisenmanagement, Budgetpolitik, Bundesbudget

**Begutachtung:** Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich ([andrea.sutrich@wifo.ac.at](mailto:andrea.sutrich@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 7. 12. 2023

**Kontakt:** Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at)), Margit Schratzenstaller ([margit.schatzenstaller@wifo.ac.at](mailto:margit.schatzenstaller@wifo.ac.at))

### Budget Policy in an Uncertain Economic and Geopolitical Environment. Draft Federal Budget 2024 and Medium-term Fiscal Framework 2024-2027

Given the currently challenging and economically as well as geopolitically uncertain situation, the federal budget planning until 2027 focuses on stabilising the purchasing power of private households, strengthening the production location of Austria in both the short and long term, promoting the transition to a carbon-neutral economy, and continuing efforts to enhance national defence. Against the backdrop of high government debt, a fundamentally altered interest rate environment, and demographic change these priorities are posing particular challenges for budget planning in the upcoming years. The budget for 2024 and the medium-term planning for subsequent years are characterised by a diminishing revenue dynamic on one hand and a strongly inflation-driven expenditure dynamic on the other.

## 1. Rahmenbedingungen der Budgeterstellung weiterhin schwierig

Auch im Herbst 2023 findet die Budgeterstellung unter schwierigen Rahmenbedingungen statt. Der Bundesvoranschlag (BVA) 2024 ist gemäß der mittelfristigen WIFO-Prognose (Baumgartner et al., 2023) zwar mit einer deutlich abgeschwächten Inflation konfrontiert. Mit erwarteten 4% ist die Teuerung im langfristigen Vergleich jedoch nach wie vor überdurchschnittlich (Übersicht 1). Die Arbeitslosenquote bleibt 2024 mit 6,6% relativ hoch und geht in den Folgejahren

kaum zurück. Der Beschäftigungszuwachs ist mit 0,5% (2024) sehr verhalten und bleibt auch in den Jahren 2025 bis 2027 mit rund 1% p. a. moderat. Nach der Rezession 2023 (Rückgang des realen BIP um 0,8% gegenüber dem Vorjahr) wächst Österreichs Wirtschaft kurz- und mittelfristig nur mäßig. Die Maßnahmen zur Abfederung der Teuerungs- und Energiepreiskrise für private Haushalte und Unternehmen belasten das Budget weiterhin beträchtlich.

## 2. Eckdaten der Budgetplanung im Überblick

Bis 2023 wirkten sich die hohen Preissteigerungsraten trotz Abschaffung der kalten Lohn- und Einkommensteuerprogression noch günstig auf die staatliche Einnahmentwicklung aus. Das Budget 2024 und auch die mittelfristigen Planungen für die Folgejahre sind dagegen von einer abnehmen-

den Einnahmendynamik und einer immer noch stark inflationsgetriebenen Ausgabendynamik geprägt. Hinzu kommen deutlich gestiegene Marktzinsen, die in zunehmendem Maße die öffentlichen Haushalte belasten, und demografische Entwicklungen, die den Staatshaushalt vor allem in den Berei-

chen Pensionen, Gesundheit und Pflege vor besondere Herausforderungen stellen. Darüber hinaus wirken sich weitere Maßnahmen der bereits 2022 beschlossenen und etap-

penweise umgesetzten ökosozialen Steuerreform dämpfend auf die Steuereinnahmen aus.

## Übersicht 1: Wirtschaftliche Eckdaten

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise Rate	Lohn- und Gehaltssumme, brutto, nominell			Unselbstständig aktiv Beschäftigte	Arbeitslose In 1.000	Arbeitslosenquote			
	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell Mrd. €	Nominell Mrd. €		Insgesamt Veränderung gegen das Vorjahr in %	Pro Kopf Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %			In % der unselbstständigen Erwerbs- personen	In % der Erwerbs- personen laut Eurostat		
<b>Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2022 (Basis für Bundesvoranschlag 2023 und Bundesfinanzrahmen 2023 bis 2026)</b>													
2021	+ 4,6	+ 6,6	406,1	+ 2,8	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,5	331,7	- 19,0	8,0	6,2		
2022	+ 4,8	+ 11,1	451,3	+ 8,3	+ 6,6	+ 3,7	+ 2,7	266,7	- 19,6	6,4	4,6		
2023	+ 0,2	+ 6,0	478,3	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,9	+ 0,5	281,7	+ 5,6	6,7	4,7		
2024	+ 1,0	+ 5,2	503,1	+ 3,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 0,7	285,6	+ 1,4	6,7	4,7		
2025	+ 1,1	+ 4,2	524,0	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,1	+ 0,8	285,2	- 0,2	6,7	4,7		
2026	+ 1,2	+ 3,7	543,6	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	280,2	- 1,8	6,5	4,6		
<b>Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2023 (Basis für Bundesvoranschlag 2024 und Bundesfinanzrahmen 2024 bis 2027)</b>													
2022	+ 4,8	+ 10,4	447,2	+ 8,6	+ 7,9	+ 4,7	+ 3,0	263,1	- 20,7	6,3	4,8		
2023	- 0,8	+ 7,1	479,1	+ 7,7	+ 9,3	+ 8,2	+ 1,0	273,1	+ 3,8	6,5	5,2		
2024	+ 1,2	+ 5,5	505,3	+ 4,0	+ 8,1	+ 7,6	+ 0,5	281,1	+ 2,9	6,6	5,2		
2025	+ 1,6	+ 4,5	528,3	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,9	+ 1,0	273,3	- 2,8	6,4	5,2		
2026	+ 1,7	+ 4,3	551,1	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,1	264,8	- 3,1	6,1	5,1		
2027	+ 1,5	+ 3,8	572,0	+ 2,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,8	257,2	- 2,9	5,9	5,0		

Q: WIFO.

## Übersicht 2: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2022 Erfolg	2023 Bundes- voranschlag	2024 Bundes- voranschlags- entwurf	2025	2026	2027
	Mrd. €					
Einzahlungen	90,6	98,1	102,6	103,2	108,2	111,0
Auszahlungen	111,4	115,2	123,5	122,9	124,5	127,9
Administrativer Saldo	- 20,8	- 17,1	- 20,9	- 19,7	- 16,3	- 16,9
Maastricht-Saldo <sup>1)</sup>	- 18,4	- 13,8	- 15,3	- 16,4	- 16,2	- 16,1
Bruttosteuerereinnahmen	105,2	108,1	114,3	117,9	122,9	127,7
Nettosteuerereinnahmen	62,2	65,9	70,5	71,6	75,5	78,1
	In % des BIP					
Einzahlungen	20,3	20,5	20,3	19,5	19,6	19,4
Auszahlungen	24,9	24,0	24,4	23,3	22,6	22,4
Administrativer Saldo	- 4,6	- 3,6	- 4,1	- 3,7	- 3,0	- 2,9
Maastricht-Saldo <sup>1)</sup>	- 4,1	- 2,9	- 3,0	- 3,1	- 2,9	- 2,8
Bruttosteuerereinnahmen	23,5	22,6	22,6	22,3	22,3	22,3
Nettosteuerereinnahmen	13,9	13,8	14,0	13,5	13,7	13,7

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023a), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Bundessektor einschließlich sonstiger Einheiten.

Gemäß BVA 2024 nehmen die Auszahlungen des Bundes auf 123,5 Mrd. € zu und steigen damit um 7,2% gegenüber dem BVA 2023 (115,2 Mrd. €; Übersicht 2). Die Einzahlungen wachsen dagegen nur um 4,6%, von 98,1 Mrd. € laut BVA 2023 auf 102,6 Mrd. € laut BVA 2024. Der administrative Saldo des Bundes verschlechtert sich somit weiter von -17,1 Mrd. € (BVA 2023) auf -20,9 Mrd. € (BVA 2024).

Die gesamtstaatliche Ausgabenquote, die nach historischen Höchstständen 2020 und 2021 (56,8% bzw. 56,2% des BIP) aufgrund eines BIP-Nenner-Effekts merklich sank (auf 51,8% gemäß BVA 2023), stabilisiert sich ab 2024 bei etwa 52% und geht 2027 auf 51,7% des BIP zurück (Übersicht 3). Die Einnahmenquote legt 2024 leicht auf 49,3% zu und stabilisiert sich ab 2025 bei 49,1% des BIP. Die Abgabquote dürfte 2023 wegen der

**Die Auszahlungen des Bundes steigen gemäß BVA 2024 auf 123,5 Mrd. €, die Einzahlungen auf 102,6 Mrd. €.**

**Die Ausgabenquote sinkt bis 2027 auf 51,7% des BIP, die Einnahmenquote stabilisiert sich bei 49,1%.**

Abschaffung der kalten Progression, der Mindereinnahmen durch die Steuerreform 2022/2024 sowie der steuerlichen Entlastung im Rahmen der Anti-Teuerungsmaßnahmen auf 42,6% des BIP sinken. 2024 steigt sie gemäß BVA 2024 auf 43% und verharrt bis 2027 auf diesem Niveau.

Die Verschuldungskennzahlen bleiben 2024 gegenüber dem Vorjahr konstant: Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit, das 2023 erstmals seit 2019 wieder die Maastricht-Obergrenze von 3% unterschritt, beträgt auch 2024 -2,7% und bleibt bis 2027 in etwa auf diesem Niveau. Der deutliche Rückgang der Staatsverschuldung seit dem COVID-19-

Krisenjahr 2020 (von 83% auf voraussichtlich 76,4% des BIP 2023) setzt sich nicht weiter fort: Die Schuldenquote wird bis 2027 nur unmerklich auf 76,1% zurückgehen. Das strukturelle Defizit bleibt 2024 mit -2,5% ebenfalls auf dem Niveau von 2023 und steigt ab 2025 auf -2,7% des BIP.

Da die Sekundärmarktrendite für 10-jährige österreichische Staatsanleihen 2022 wieder ins Positive gedreht hat, steigt die Zinsausgabenquote, die 2022 ihren Tiefststand erreichte (0,9% des BIP), ab 2023 wieder an und verdoppelt sich bis 2027 auf 2% (vgl. Kapitel 3.2 für Details).

### Übersicht 3: Wichtige gesamtstaatliche Kennzahlen bis 2027

	1995	2000	2010	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	In % des BIP										
Ausgabenquote	55,8	51,0	52,8	56,8	56,2	53,2	51,8	52,0	52,0	51,9	51,7
Einnahmenquote	49,7	48,6	48,4	48,8	50,4	49,6	49,1	49,3	49,1	49,1	49,1
Abgabenquote <sup>1)</sup>	41,6	42,6	41,1	42,2	43,4	43,2	42,6	43,0	42,9	42,9	43,0
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	- 6,1	- 2,4	- 4,4	- 8,0	- 5,8	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,8	- 2,8	- 2,7
Bund	- 5,4	- 2,1	- 3,3	- 7,2	- 5,2	- 4,1	- 2,9	- 3,0	- 3,1	- 2,9	- 2,8
Länder	0,0	- 0,1	- 0,9	- 0,5	- 0,5	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Gemeinden	- 0,7	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sozialversicherungsträger	- 0,1	- 0,1	0,2	0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Zinsausgabenquote	4,0	3,6	2,9	1,3	1,1	0,9	1,2	1,4	1,6	1,8	2,0
Primärsaldo	- 2,1	1,2	- 1,5	- 6,7	- 4,7	- 2,6	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0	- 0,7
Struktureller Budgetsaldo	.	.	- 3,2	- 5,0	- 4,6	- 4,4	- 2,5	- 2,5	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Maastricht-Schuldenstand	68,3	66,1	82,7	83,0	82,5	78,4	76,4	76,4	76,5	76,2	76,1

Q: Statistik Austria, ab 2023 Bundesministerium für Finanzen (2023a). Rundungsdifferenzen. - <sup>1)</sup> Indikator 2, daher ohne imputierte Sozialbeiträge.

## 3. Ausgewählte Aspekte der Ausgaben des Bundes

Im bestehenden schwierigen und auch wirtschaftlich wie geopolitisch unsicheren Umfeld liegen die in den Budgetunterlagen deklarierten Schwerpunkte der Haushaltsplanung des Bundes bis 2027 darin, die Kaufkraft der privaten Haushalte weiterhin zu stabilisieren, den Produktionsstandort Österreich sowohl kurzfristig als auch langfristig zu stärken, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu fördern sowie die Anstrengungen zur Stärkung der Landesverteidigung fortzusetzen. Vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung und einer fundamental veränderten Zinslandschaft stellt der daraus resultierende zusätzliche Mittelbedarf die Budgetplanung vor Herausforderungen. Entlastend wirkt sich aus, dass die hohen Budgetbelastungen durch die Anti-Teuerungsmaßnahmen langsam auslaufen und Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise budgetär fast keine Rolle mehr spielen<sup>1)</sup>.

### 3.1 Budgetäre Schwerpunkte

#### 3.1.1 Finanzausgleich

Am 3. Oktober 2023 erzielten die Finanzausgleichspartner eine Grundsatzvereinbarung bezüglich des finanziellen Rahmens für den Finanzausgleich ab 2024, nachdem der vorherige Finanzausgleich um zwei Jahre verlängert worden war<sup>2)</sup>. Die finanzielle Grundsatzvereinbarung erfolgte zunächst vorbehaltlich der Gesamteinigung auf ein komplettes Gesetzespaket zum Finanzausgleich, die dann im November 2023 erzielt wurde.

Zwar konnte man sich nicht auf die von Ländern und Gemeinden geforderte Anpassung der vertikalen Verteilungsschlüssel zum Ausgleich dynamischer Ausgabewachstum der subnationalen Gebietskörperschaften einigen. Allerdings beinhaltet der Beschluss die zumeist wertgesicherte Bereitstellung

**Die Einigung auf den Finanzausgleich 2024 bis 2028 wird beim Bund mit 3,4 Mrd. € p. a. budgetwirksam.**

<sup>1)</sup> Der BVA 2024 sieht COVID-19-bezogene Ausgaben von gut 1,1 Mrd. € vor.

<sup>2)</sup> Eine ausführlichere Diskussion und Bewertung des neuen Finanzausgleichs ist für Heft 1/2024 der WIFO-Monatsberichte vorgesehen.

zusätzlicher Bundesmittel für Länder und Gemeinden, sowie im Gesundheitsbereich auch für die Sozialversicherung, in Höhe von durchschnittlich 3,4 Mrd. € pro Jahr bis 2028. Diese Mittel sollen speziell für Gesundheit und Pflege sowie für die Bewältigung weiterer wichtiger Zukunftsaufgaben (Elementarbildung, Wohnen, Klimaschutz) im föderativen Verbund verwendet werden.

Durch die Einführung des Zukunftsfonds erfährt der Finanzausgleich eine wesentliche Neuerung. Ab 2024 werden finanzielle Zuweisungen des Bundes an die Länder in Höhe von jährlich 1,1 Mrd. € geleistet, mit einer an der WIFO-Inflationsprognose orientierten Valorisierung ab 2025. Dies dient der Unterstützung der Länder und Gemeinden bei der Bewältigung wesentlicher Ziele in den Aufgabebereichen Elementarpädagogik (0,5 Mrd. €), Wohnen und Sanieren (0,3 Mrd. €) sowie Umwelt und Klima, insbesondere der verstärkten Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien (0,3 Mrd. €).

Zehn Jahre nach Beginn der zweiten Etappe der Bundeshaushaltsrechtsreform führt der Zukunftsfonds erstmals Elemente einer ziel- und wirkungsorientierten Ausrichtung auch im Finanzausgleich ein. Die finanziellen Zuweisungen an die Gebietskörperschaften sind zwar nicht unmittelbar an die Erreichung messbarer Ziele gebunden. Es ist jedoch geplant, den Fortschritt der Länder kontinuierlich zu bewerten und bei vorzeitiger Zielerreichung die freigewordenen Mittel für andere Bereiche freizugeben. Nur im Bereich der Elementarpädagogik sind die Mittel auch nach Zielerreichung ausschließlich für die Kinderbetreuung zu verwenden.

Ab 2024 ist auch eine Aufstockung des Pflegefonds auf 1,1 Mrd. € geplant, mit einer Valorisierung ab 2025 auf Basis der VPI-Wachstumsrate gemäß mittelfristiger WIFO-Prognose zuzüglich 2 Prozentpunkte. Des Weiteren bleibt die Vereinbarung zur 24-Stunden-Betreuung aufrecht, einschließlich einer Erhöhung der Fördersätze auf 800 €. Gleichzeitig bleibt der Ausgleich für die Abschaffung des Pflegeregresses auf dem aktuellen Niveau erhalten (siehe dazu den Beitrag von Famira-Mühlberger & Trukeschitz, in diesem Heft). Im Gesundheitssektor ist geplant, den niedergelassenen Bereich durch einen zusätzlichen jährlichen Zuschuss von 300 Mio. € an die Sozialversicherung zu stärken. Ferner sind zusätzliche Mittel von 550 Mio. € pro Jahr für Spitalsambulanzen und Strukturreformen vorgesehen. Die Erhöhung soll die dynamisch wachsenden Budgetbelastungen der Bundesländer dämpfen. Im Jahresdurchschnitt sollen so zusätzliche Mittel für den Gesundheitsbereich in Höhe von insgesamt 973 Mio. € zur Verfügung stehen. Ab dem Jahr 2025 erfolgt eine Valorisierung dieser Mittel.

Aus einer gesamtstaatlichen Budgetperspektive ist noch unklar, in welchem Umfang die höheren Mittelzuweisungen im Finanzausgleich den Kapazitätsaufbau der Länder und Gemeinden beschleunigen werden, oder ob sie stattdessen vorwiegend zur Kompensation der erheblichen Ausgabendynamik bei der Elementarpädagogik und im Spitals- und Pflegebereich eingesetzt werden. In seiner eigenen Budgetvorschau geht das Bundesministerium für Finanzen von einer stufenweisen Absorption aus.

### 3.1.2 Klima und Transformation

Der Schwerpunkt Klima und Transformation spielt seit einigen Jahren eine wachsende Rolle im Bundesbudget. Auf Bundesebene wurden "Green Budgeting" und "Green Spending Reviews" als zentrale Instrumente zur Integration von Klima- und Umweltschutz in die Budgetpolitik etabliert. Sie werden laufend ausgeweitet und die Ergebnisse in der ebenfalls laufend erweiterten Klima- und Umweltbeilage zum Budget (Bundesministerium für Finanzen, 2023b) dargestellt.

Im Rahmen des "Green Budgeting" werden systematisch die Ausgaben des Bundes auf ihre Klima- und Umweltrelevanz hin überprüft; konkret wird untersucht, ob sie einen intendierten direkten Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten oder diesen indirekt unterstützen. Der BVA 2024 identifiziert Ausgaben mit Klima- und Umweltproduktivität in Höhe von knapp 11 Mrd. € (8,9% des Bundesbudgets), davon entfallen 5,5 Mrd. € auf Ausgaben mit intendierter klima- bzw. umweltproduktiver Wirkung und weitere 5,4 Mrd. € auf Ausgaben mit einem klima- bzw. umweltproduktiven Nebeneffekt.

Unter den Ausgaben mit intendierten klima- und umweltproduktiven Wirkungen sind jene für Klima und Transformation hervorzuheben (Bundesministerium für Finanzen, 2023a). Sie steigen von etwa 1,12 Mrd. € 2022 auf gut 3,2 Mrd. € gemäß BVA 2024 und werden damit fast verdreifacht (Übersicht 4).

Darüber hinaus werden im BVA 2024 erstmals Ausgaben mit klima- bzw. umweltkontrollproduktiven Effekten identifiziert; eine Quantifizierung soll in den nächsten Schritten erfolgen.

Ebenfalls zum ersten Mal wird basierend auf der langfristigen Budgetprognose (Schiman-Vukan, 2022) auf budgetäre Risiken aus dem Klimawandel eingegangen, konkret auf mögliche Ausgaben für Zertifikatskäufe bei Verfehlung der Klimaziele für 2030. Angesichts vielfältiger bereits bestehender Ausgaben im Zusammenhang mit dem Klimawandel (z. B. für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel oder aufgrund von Extremwetterereignissen) und künftiger mit dem

**Der mit 1,1 Mrd. € jährlich dotierte Zukunftsfonds führt erstmals Elemente einer Ziel- und Wirkungsorientierung auch im Finanzausgleich ein.**

**Der BVA 2024 enthält klima- und umweltproduktive Ausgaben in Höhe von knapp 11 Mrd. € oder 9% der Bundesausgaben.**



## Übersicht 5: Verteidigungsausgaben

Bundesheer (UG14)

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Mrd. €						
<b>Auszahlungen insgesamt</b>	<b>2,84</b>	<b>2,70</b>	<b>3,32</b>	<b>4,02</b>	<b>4,30</b>	<b>4,77</b>	<b>5,01</b>
Personal	1,39	1,40	1,50	1,63	.	.	.
Investitionen	0,45	0,41	0,71	1,19	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	0,99	0,89	1,10	1,20	.	.	.
	Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %						
<b>Auszahlungen insgesamt</b>	<b>2,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,9</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>3,8</b>	<b>3,9</b>
Personal	1,3	1,3	1,3	1,3	.	.	.
Investitionen	0,4	0,4	0,6	1,0	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	1,0	0,8	1,0	1,0	.	.	.
	Anteil am BIP in %						
<b>Auszahlungen insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
Personal	0,3	0,3	0,3	0,3	.	.	.
Investitionen	0,1	0,1	0,1	0,2	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	0,2	0,2	0,2	0,2	.	.	.

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023a), WIFO-Zusammenstellung. Detailausgaben (Personal, Investitionen) werden im Bundesfinanzrahmen 2025 bis 2027 nicht ausgewiesen. Rundungsdifferenzen.

### 3.1.4 Anti-Teuerungsmaßnahmen

Der budgetäre Umfang der Entlastungsmaßnahmen des Bundes für private Haushalte und Unternehmen in der Teuerungs- und Energiepreiskrise geht 2024 deutlich zurück: von 12,65 Mrd. € 2023 auf 9,265 Mrd. € 2024. Dieser Rückgang beruht maßgeblich auf dem Auslaufen befristeter Entlastungsmaßnahmen für private Haushalte, deren Volumen von etwa 7,1 Mrd. € 2023 auf gut 1,5 Mrd. € 2024 sinkt, bevor sie 2025 gänzlich auslaufen. Ab 2024 dominieren die strukturellen Maßnahmen (Abschaffung der kalten Progression, Indexierung von Sozialleistungen). Sie sorgen 2024 für eine Entlastung der privaten Haushalte von knapp 3,9 Mrd. €, die bis 2026 auf gut 8,6 Mrd. € ansteigt.

Bei den Unternehmen spielen dagegen 2024 die befristeten Entlastungsmaßnahmen nach wie vor die größte Rolle. Dies ist vor allem dem Energiekostenzuschuss geschuldet<sup>3)</sup>. Dieser wird mit über 3,5 Mrd. € sogar höher ausfallen als 2023 (knapp 1,85 Mrd. €). Die Entlastung durch befristete Maßnahmen beträgt ein Mehrfaches der dauerhaften Entlastung der Unternehmen durch die Senkung der Lohnnebenkosten (Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, Unfallversicherungsbeitrag), die 2024 etwa 0,5 Mrd. € erreichen dürfte<sup>4)</sup>.

### 3.2 Finanzierungsausgaben

In Reaktion auf die steigenden Inflationsraten im Euro-Raum hob die Europäische Zentralbank den Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft ab Juli 2022 in mehreren Schritten von 0% auf nunmehr 4,5% (September 2023) an. Infolgedessen – und als Ausdruck höherer Risikoaufschläge infolge eines zunehmend unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfelds – stieg die umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen der Republik Österreich bis Oktober 2023 auf 3,35%, nachdem sie 2020 und 2021 noch negativ gewesen war und 2022 im Durchschnitt 1,3% betragen hatte (OeNB, 2023). Aufgrund einer vergleichsweise langen Fristigkeit der österreichischen Staatsverschuldung – die durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschulden des Bundes belief sich Ende Oktober 2023 auf 11,4 Jahre<sup>5)</sup> – machte sich die Verschlechterung der (Re-)Finanzierungsbedingungen bis 2022 noch nicht in einer steigenden Zinsausgabenlast bemerkbar. So waren die periodengerecht abgegrenzten Zinsausgaben in Prozent des BIP seit Jahren konstant rückläufig. 1995 hatte sich die gesamtstaatliche Zinsausgabenquote noch auf 4,0% des BIP belaufen und war bis zum Jahr 2022 fast kontinuierlich auf 0,9% des BIP gesunken.

**Der Umfang der Entlastungsmaßnahmen des Bundes für private Haushalte und Unternehmen in der Teuerungs- und Energiepreiskrise sinkt 2024 auf 9,265 Mrd. € (2023: 12,65 Mrd. €).**

<sup>3)</sup> Wegen der Nachschärfung der Anspruchsvoraussetzungen dürften die budgetären Kosten des Energiekostenzuschusses 2024 allerdings deutlich geringer ausfallen als ursprünglich geschätzt.

<sup>4)</sup> Die gesamte dauerhafte Entlastung der Unternehmen sowie der Land- und Forstwirtschaft ist hier unterschätzt, da diese auch vom Ausgleich der kalten

Progression profitieren; allerdings steht das diesbezügliche Entlastungsvolumen nur aggregiert zur Verfügung und wird daher hier voll den privaten Haushalten zugerechnet.

<sup>5)</sup> <https://www.oebfa.at/budget-und-schulden/finanzschulden.html>.

## Übersicht 6: Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes nach Zielgruppen

	2022	2023	2024	2025	2026	2022/ 2026
	Mio. €					
<b>Insgesamt</b>	<b>7.557</b>	<b>12.650</b>	<b>9.265</b>	<b>7.294</b>	<b>9.162</b>	<b>45.926</b>
<b>Private Haushalte insgesamt</b>	<b>6.110</b>	<b>9.042</b>	<b>5.412</b>	<b>6.687</b>	<b>8.625</b>	<b>35.874</b>
<b>Befristete Maßnahmen</b>	<b>6.110</b>	<b>7.141</b>	<b>1.549</b>	<b>30</b>	<b>10</b>	<b>14.840</b>
Einmalzahlungen Entlastungspaket I	211	.	.	.	.	211
Einmalzahlungen Entlastungspaket III	205	.	.	.	.	205
Einmalzahlungen für Pensionist:innen und Ausgleichszulagenbezieher:innen	452	600				1.052
Einmaliger negativsteuerfähiger Teuerungsabsetzbetrag		1.000				1.000
Anti-Teuerungspaket vom Mai 2023 für Familien und einkommensschwache Haushalte einschließlich legislativer Nachbesserungen		325	276	15		616
Wohnschirm	8	15	65	15	10	113
Energiekostenausgleich	628					628
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag <sup>1)2)</sup>	400					400
Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen	15					15
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe einschließlich Verlängerung <sup>2)</sup>	280	410				690
Gemeinnützige Lebensmittelweitergabe		5	5			10
Erhöhung von Pendlerpauschale, -euro, -absetzbetrag	120	220	80			420
Erhöhung des Klima- und Anti-Teuerungsbonus	2.800					2.800
Einmalzahlung Familienbeihilfe	341					341
Vorziehen des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrags	100	200				300
Verschiebung Einführung CO <sub>2</sub> -Bepreisung von Juli auf Oktober 2022	250					250
Steuer- und abgabenfreie Teuerungsprämie für Arbeitnehmer:innen <sup>3)</sup>	300	300				600
Stromkostenzuschuss <sup>2)</sup>		2.733	1.073			3.806
Kompensation Netzverlustkosten <sup>3)</sup>		508	50			558
Aufstockung Heizkostenzuschüsse Bundesländer durch den Bund		450				450
Aufstockung Wohn- und Heizkostenbeihilfen (Einmalzahlung)		225				225
Gebührenbremse – Zweckzuschuss des Bundes an die Länder für Gemeindegebühren		150				150
Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen	.	<b>1.900,5</b>	<b>3.862,5</b>	<b>6.656,5</b>	<b>8.614,5</b>	<b>21.034</b>
Abschaffung der kalten Progression <sup>4)</sup>	.	1.480	2.840	5.300	7.050	16.670
Indexierung von Sozialleistungen <sup>5)</sup>	.	363	815	1.079	1.287	3.544
Erhöhung Kindermehrbetrag	.	50	50	50	50	200
Steuerfreiheit E-Mobilität für Arbeitnehmer:innen <sup>6)</sup>	.	7,5	7,5	7,5	7,5	30
Erleichterungen bei der Aliquotierung der Pensionsanpassungen <sup>7)</sup>			150	220	220	590
<b>Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft insgesamt</b>	<b>1.447</b>	<b>3.608</b>	<b>3.853</b>	<b>607</b>	<b>537</b>	<b>10.052</b>
<b>Unternehmen insgesamt</b>	<b>1.337</b>	<b>3.451</b>	<b>3.840</b>	<b>597</b>	<b>527</b>	<b>9.752</b>
<b>Befristete Maßnahmen</b>	<b>1.337</b>	<b>2.968</b>	<b>3.341</b>	<b>85</b>	<b>0</b>	<b>7.731</b>
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag <sup>1)</sup>	500					500
Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe <sup>8)</sup> einschließlich Verlängerung	320	490	- 225			585
Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit	30	55	55	55		195
Unterstützung zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen	60	60				120
Herabsetzung der Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer	350					350
Strompreiskompensation, Stromverbrauchsreduktionsgesetz		333				333
Energiekostenausgleich Schienenverkehr		100				100
Energiekostenzuschuss 1 <sup>9)</sup> 10)	76,6	850				927
Verlängerung Energiekostenzuschuss 1 <sup>9)</sup> und Energiekostenzuschuss 2 <sup>9)</sup> 11)		1.000	1.961	30		2.991
Energiekostenzuschuss Ermächtigung UG 40			1.500			1.500
Energiekostenzuschuss Ermächtigung UG 17			50			50
Einmalige Krankenversicherungsbeitragsgutschrift		80				80
<b>Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen</b>	.	<b>483</b>	<b>499</b>	<b>512</b>	<b>527</b>	<b>2.021</b>
Senkung des FLAF-Beitrags	.	353	369	382	397	1.501
Senkung des Unfallversicherungsbeitragssatzes	.	130	130	130	130	520
<b>Land- und Forstwirtschaft insgesamt</b>	<b>110</b>	<b>157</b>	<b>13</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>300</b>
<b>Befristete Maßnahmen</b>	<b>110</b>	<b>147</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>260</b>
Agrardiesel Kostenausgleich	.	27	3	.	.	30
Versorgungssicherungsbeitrag für die Landwirtschaft	110	.	.	.	.	110
Stromkostenzuschuss für die Land- und Forstwirtschaft	.	120	.	.	.	120
<b>Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen</b>	<b>0</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>40</b>
Anhebung Pauschalierungsgrenzen der Land- und Forstwirtschaft	.	10	10	10	10	40

Q: Kettner et al. (2023) auf Basis von Bundesministerium für Finanzen, Budgetdienst, Bundeskanzleramt, Büro des Fiskalrats, WIFO-Recherche und -Zusammenstellung. – 1) Nicht im Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmen abgebildet, da außerbudgetär. – 2) Laut Bundesfinanzgesetz; eine zusätzliche Überschreitungsermächtigung von 3 Mrd. € ist hier nicht enthalten. – 3) Wurde mangels näherer Informationen zur Gänze den privaten Haushalten zugeordnet. – 4) Zahlungswirksamkeit des vollen Progressionsausgleichs. – 5) Familienleistungen (Familienbeihilfe, Mehrkindzuschlag, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus), Kinderabsetzbetrag, Kranken-, Reha-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld, Studienbeihilfe. – 6) Pro Jahr 7,5 Mio. € (Rundungsdifferenzen). – 7) Gemäß Berechnungen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz; ohne Angleichung des Frauenpensionsalters. – 8) Erweiterung auf insgesamt bis zu 7 Mrd. € möglich. – 9) UG 40. – 10) UG 40. – 11) UG 40, UG 17, UG 24 einschließlich Ermächtigung für 2023.

## Übersicht 7: Zinsausgaben von Bund und Gesamtstaat

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Mrd. €						
Gemäß ESVG 2010							
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	4,5	4,2	5,7	7,1	8,4	9,9	11,3
Zinsausgaben des Bundes	4,3	4,1	.	.	.	.	.
Gemäß Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmengesetz							
Auszahlungen UG 58 <sup>1)</sup>	3,2	6,0	8,7	9,2	9,9	8,9	9,8
	In % des BIP						
Gemäß ESVG 2010							
Gesamtstaatliche Zinsausgaben	1,1	0,9	1,2	1,4	1,6	1,8	2,0
Zinsausgaben des Bundes	1,1	0,9	.	.	.	.	.
Gemäß Bundesvoranschlag und Bundesfinanzrahmengesetz							
Auszahlungen UG 58 <sup>1)</sup>	0,8	1,3	1,8	1,8	1,9	1,6	1,7
	In Jahren						
Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschulden des Bundes <sup>2)</sup>	10,6	10,9	11,4	.	.	.	.

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023a), Österreichische Bundesfinanzagentur, Fiskalrat (2022), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Die Auszahlungen der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge umfassen Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen. – <sup>2)</sup> Letztstand laut Österreichischer Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) vom 30. 10. 2023.

Mit den veränderten ökonomischen und (zins-)politischen Rahmenbedingungen hat sich diese Dynamik geändert: Nach 2023 werden die Zinsausgaben des Bundes und des Gesamtstaates auch 2024 und in den Folgejahren bis 2027 deutlich ansteigen. Trotz nominellen Wirtschaftswachstums erhöht sich dadurch kontinuierlich die Zinsausgabenlast in Prozent des BIP. Im Basisszenario rechnet das BMF mit einem Wiederanstieg der Zinsausgabenquote auf 2,0% der Wirtschaftsleistung (2027).

### 3.3 Pensionsausgaben

Der für 2024 im Bundesbudget ausgewiesene Pensionsaufwand von 29,5 Mrd. € verteilt sich auf die Ausfallhaftung des Bundes zur Abdeckung von Fehlbeträgen der Pensionsversicherung (UG 22: 15,3 Mrd. €), Ausgleichszulagen (UG 22: 1,3 Mrd. €) und Ersatzzahlungen für Nachschwerarbeit (UG 22: 0,1 Mrd. €), die an die Pensionsversicherungsträger geleistet werden, sowie die Pensionszahlungen (einschließlich Pflegegeld) für die Bundesbeamt:innen (UG 23: 12,8 Mrd. €<sup>4)</sup>). Gegenüber dem Jahr 2022, für das im Budgeterfolg Auszahlungen in Höhe von 23,4 Mrd. € ausgewiesen wurden, bedeutet dies einen Anstieg um insgesamt 6,1 Mrd. € bzw. 25,9%. Bis 2027 wird mit einer Zunahme der Gesamtauszahlungen auf 35,2 Mrd. € gerechnet, was einer weiteren Steigerung um 5,8 Mrd. € oder 19,6% im Vergleich zum BVA 2024 entspricht. Die Auszahlungen an die Pensionsversicherungsträger nehmen bis 2027 planmäßig auf 20,7 Mrd. € zu (+48,3% gegenüber dem BVA 2023). Die Auszahlungen für Beamt:innenpensionen wachsen um 26%, von 11,5 Mrd. € im Jahr 2023 auf 14,5 Mrd. € (2027). Insgesamt

steigen die Pensionsausgaben des Bundes bis 2027 auf 27,5% der Bundesausgaben bzw. 6,2% des BIP.

Übersicht 8 weist darüber hinaus die Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten aus, die den Bereichen Arbeit (UG 20), Soziales (UG 21) und Familie (UG 25) entstammen (2024 in Summe 2,8 Mrd. € zusätzlich). Die auf diese Weise ermittelten Nettopensionsausgaben (Bruttoausgaben abzüglich Einzahlungen) betragen für 2024 30,1 Mrd. € (6,0% des BIP), die Bruttoausgaben belaufen sich auf 6,4% des BIP bzw. 26,2% der Bundesausgaben.

Im Bereich der Pensionsversicherung wirken sich die hohen Inflationsraten der Jahre 2022 und 2023 ganz erheblich auf die Budgetplanung für 2024 bis 2027 aus. Seit 2006 basiert die Pensionsanpassung grundsätzlich auf der Entwicklung der Verbraucherpreise, wodurch die hohe Inflation mit kurzer Verzögerung zu einer besonders lebhaften Ausgabendynamik führt. Die Bundesregierung hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Inflation auf die Kaufkraft von Pensionist:innen zu mildern. Die Pensionsanpassung 2023 sah eine Erhöhung von 5,8% für Pensionen bis zur Höchstbeitragsgrundlage vor, während Bezieher:innen noch höherer Pensionen einen festen monatlichen Betrag erhielten. Zusätzlich wurden die Ausgleichszulagenrichtsätze außerordentlich erhöht und Einmalzahlungen im Rahmen der Anti-Teuerungsmaßnahmen gewährt. Aufgrund der hohen Inflationsraten wurde die Aliquotierung der erstmaligen Pensionsanpassung für 2024 und 2025 ausgesetzt. Die Pensionsanpassung für 2024 erhält die Kaufkraft der Pensionen

**Die gesamtstaatlichen Zinsausgaben verdoppeln sich bis 2027 auf 2% des BIP.**

**Die Pensionsausgaben des Bundes für 2024 umfassen den Zuschuss an die Pensionsversicherung von 16,7 Mrd. € und 12,8 Mrd. € an Pensionszahlungen. Bis 2027 steigen die Aufwendungen auf 27,5% der Bundesausgaben.**

<sup>4)</sup> Der Bund ersetzt den Ländern dabei aus der UG 23 den Pensionsaufwand für pragmatisierte Landes-

lehrer:innen. Für das Jahr 2024 sind hierfür Auszahlungen in Höhe von 2,8 Mrd. € vorgesehen.

durch eine Erhöhung von 9,7% bis zur Höchstbeitragsgrundlage und einen Fixbetrag von 567,45 € über dieser Grenze. Hinzu kommen Veränderungen der demografischen Rahmenbedingungen. So wächst in den kommenden Jahren auch die Bevölkerung in jenen Altersgruppen, die für Pensionsneuzugänge relevant sind, da die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und ersten Hälfte der 1960er-Jahre in das Pensionsalter vorrücken. Die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen wirkt dem Wachstum der Pensionsausgaben zwar ein wenig entgegen. Allerdings steigt die Restlebenserwartung älterer Menschen nach dem temporären Rückgang durch die COVID-19-Pandemie erfreulicherweise wieder an. Während von 2016 bis 2022 der Pensionsstand in der Pensionsversicherung um 7,4% gestiegen ist, wird er in den Jahren 2022 bis 2028 nach Prognosen der Alterssicherungskommission (2023) um weitere 5,6% zunehmen.

Das Volumen der Zuschüsse aus dem Bundesbudget in die Pensionsversicherung hängt naturgemäß auch von den Beitragseinnahmen ab, die wiederum von der Lohn- und Gehalts- sowie der Beschäftigungsentwicklung getrieben werden. Hohe Lohnabschlüsse zum Ausgleich des Preisaufriffs und eine stabile Beschäftigung hatten und haben dämpfende Effekte auf die erforderlichen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Mit sinkenden Preissteigerungsraten und (erwarteten) moderateren Lohn- und Gehaltsabschlüssen verringert sich auch die Dynamik der Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung, was sich belastend auf das Bundesbudget auswirkt. Wegen eingeschränkter Neupragmatisierungen des Bundes sinkt die Anzahl der aktiven Beamt:innen seit Jahren kontinuierlich. Aufgrund des Eintritts der Baby-Boomer-Generation in den Pensionsstand wird jedoch auch bei den Beamt:innenpensionen mittelfristig eine weitere Zunahme der Ausgaben erwartet.

#### Übersicht 8: Ausgaben des Bundes für Pensionen

	2005	2010	2020	2021	2022	2023	2024	2005/ 2022	2005/ 2023	2005/ 2024
	Mio. €							Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Ausgaben brutto	14.984	19.041	23.680	25.483	25.932	28.199	32.299	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,1
Pensionen Beamt:innen (einschließlich Pflegegeld)	6.854	7.835	10.100	10.346	10.733	11.534	12.808	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,3
Zuschüsse zur Pensionsversicherung, Ausgleichszulage <sup>1)</sup>	6.921	9.239	10.656	12.185	12.664	13.950	16.658	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,7
Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten	1.208	1.967	2.924	2.953	2.534	2.715	2.833	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,6
Bereich Arbeit <sup>2)</sup>	708	1.109	1.690	1.470	1.215	1.399	1.476	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,9
Bereich Soziales <sup>3)</sup>	1	22	71	73	79	85	92	+ 31,4	+ 29,9	+ 28,7
Bereich Familie <sup>4)</sup>	500	836	1.163	1.409	1.240	1.232	1.266	+ 5,5	+ 5,1	+ 5,0
Einzahlungen (Pensionsbeiträge) Beamt:innen	1.576	1.491	2.160	2.129	2.087	2.068	2.152	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7
Nettoaussgaben für Pensionen	13.408	17.550	21.520	23.354	23.845	26.131	30.147	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,4
	In %									
Bruttoausgaben für Pensionen	in % der Gesamtausgaben		22,7	28,3	24,6	24,5	23,3	24,5	26,2	
Bruttoausgaben für Pensionen	in % des BIP		5,6	6,4	6,2	6,3	5,6	5,9	6,4	
Nettoaussgaben für Pensionen	in % des BIP		5,3	5,9	5,6	5,8	5,3	5,5	6,0	

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. Basis: bis einschließlich 2022: Erfolg, ab 2023: Bundesvoranschlag. – 1) Einschließlich Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz. – 2) Gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz bei Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld, Sondernotstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe. – 3) Für pflegende Angehörige. – 4) Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, für Pflegepersonen Schwerstbehinderter und bei Inanspruchnahme des Familienzeitbonus.

#### 4. Entwicklungen im Abgabensystem

Wie schon in den letzten Jahren wird das Steueraufkommen auch 2024 und in den Folgejahren stark von der Konjunktorentwicklung geprägt sein. Gleichzeitig wirken seit 2022 implementierte Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 (vgl. für einen Überblick Kettner et al., 2021). Hinzu kommen im Zuge der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossene dauerhafte Abgabensenkungen, während die befristeten steuerlichen Entlastungen von Unternehmen und privaten Haushalten sämtlich 2023 auslaufen. Insgesamt wird mit einem Anstieg der Bruttosteuerereinnahmen von

108,1 Mrd. € gemäß BVA 2023 auf 114,3 Mrd. € gemäß BVA 2024 gerechnet.

2024 wird der Körperschaftsteuersatz, der im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 bereits 2023 um 1 Prozentpunkt auf 24% gesenkt wurde, weiter auf 23% reduziert. Daraus folgen 2024 erwartete Mindereinnahmen von 300 Mio. €, die bis 2026 auf 1 Mrd. € ansteigen dürften<sup>7)</sup>. Die Einführung des Mindestbesteuerungsgesetzes 2024, mit dem die international vereinbarte "globale Mindeststeuer", d. h. ein effektiver Steuersatz von 15% auf die Gewinne von Unternehmens-

**Die Bruttosteuerereinnahmen des Bundes steigen 2023/24 von 108,1 Mrd. € auf 114,3 Mrd. €.**

<sup>7)</sup> Vgl. für Details Kettner et al. (2021).

gruppen mit über 750 Mio. € Umsatz, in Österreich umgesetzt wird, soll dagegen gemäß Wirkungsfolgenabschätzung ab 2026 potenzielle Mehreinnahmen von 100 Mio. € jährlich bringen.

Die Einnahmen aus dem "Energiekrisenbeitrag fossile Energieträger", den Öl- und Gaskonzerne zu entrichten haben, und dem "Energiekrisenbeitrag Strom", der die Erlöse von Stromerzeugern deckelt, werden für 2024 mit 100 Mio. € und damit mit einem Bruchteil der ursprünglich erwarteten Mehreinnahmen von 2 bis 4 Mrd. € budgetiert.

Der CO<sub>2</sub>-Preis steigt planmäßig von 32,50 € 2023 auf 45 € 2024, wodurch sich die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel von 1 Mrd. € laut BVA 2023 auf 1,28 Mrd. € gemäß BVA 2024 erhöhen sollen.

Dämpfend auf die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer wirkt die Abschaffung der kalten Progression, die 2024 Mindereinnahmen von 2,84 Mrd. € mit sich bringt, die bis 2027 auf 8,575 Mrd. € ansteigen dürften. Die für 2024 und 2025 gewährte Umsatzsteuerbefreiung für die Lieferung und Installation von Fotovoltaikanlagen in privaten Haushalten verringert die Umsatzsteuereinnahmen 2024/2026 um insgesamt 650 Mio. €.

## 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Auch der BVA 2024 ist – als fünftes "Krisenbudget" in Folge – von den multiplen Krisen der vergangenen Jahre geprägt. Die hohe Inflation und die Energiepreisentwicklung seit Herbst 2021 stellen die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen. Während die Budgets kurzfristig von einer hohen inflationsbedingten Einnahmendynamik profitierten, steigen nun die inflationsabhängigen Ausgaben (für Personal, Vorleistungen, Pensionen und Zinsen) deutlich an; hinzu kommen umfangreiche Entlastungspakete für private Haushalte und Unternehmen. Nach dem absehbaren Rückgang der Inflation in den kommenden Jahren sollten strukturelle Aspekte und Anforderungen an die öffentlichen Finanzen wieder stärker in den Vordergrund rücken.

Die öffentliche Hand ist durch den Klimawandel und die Alterung der Gesellschaft zunehmend gefordert. Zudem steht sie vor der Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Digitalisierung, Bildung und Weiterbildung, einschließlich einer qualitätsvollen vorschulischen Kinderbetreuung, sowie im Bereich der Entwicklungszusammen-

arbeit (EZA)<sup>8)</sup>. Um diese Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig wieder auf einen nachhaltigen Budgetpfad zurückzukehren, sind unverzüglich die in wesentlichen Bereichen nach wie vor ausstehenden Effizienzreformen einzuleiten. Mit der im Rahmen des ab 2024 geltenden Finanzausgleichs beschlossenen Gesundheitsreform sowie dem Zukunftsfonds sind erste Schritte in Richtung einer wirkungsorientierten Mittelverwendung gesetzt. Allerdings stehen wesentliche Reformen des Föderalismus (Aufgabenbereinigung, Stärkung der subnationalen Abgabenaufonomie, Transferentflechtung) immer noch aus. Unverzichtbare Voraussetzungen, um die künftigen Herausforderungen an die öffentlichen Haushalte zu bewältigen, sind zudem eine Reform des Fördersystems (einschließlich der systematischen Überprüfung und Einschränkung der umfangreichen umweltschädlichen Subventionen)<sup>9)</sup>, die verstärkte Ausschöpfung von Einsparungspotenzialen im Gesundheitswesen sowie Anpassungen im Pensionssystem (weitere Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters, Verzicht auf außertourliche Pensionserhöhungen).

## 6. Literaturhinweise

Alterssicherungskommission (2023). Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung in den Jahren 2023 bis 2028 gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 Alterssicherungskommissions-Gesetz.

Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Pitlik, H. (2023). Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 667-683. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71162>.

Bundesministerium für Finanzen (2023a). Strategiebericht 2024 bis 2027 gem. § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2024 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013. [https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:492ea544-563c-4d74-a69f-124e8a1d0577/Strategiebericht\\_2024\\_bis\\_2027\\_Budgetbericht\\_2024.pdf](https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:492ea544-563c-4d74-a69f-124e8a1d0577/Strategiebericht_2024_bis_2027_Budgetbericht_2024.pdf).

Bundesministerium für Finanzen (2023b). Klima- und Umweltschutz. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHG 2013. [https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Klima- und Umweltschutz\\_2024.pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Klima- und Umweltschutz_2024.pdf).

<sup>8)</sup> Österreichs EZA-Quote lag 2022 mit 0,39% des Bruttonationaleinkommens weit unter der Zielgröße von 0,7%, die laut bestehenden internationalen Vereinbarungen bis 2030 zu erreichen ist und auch im Regierungsübereinkommen festgehalten wurde (vgl. im Detail Friesenbichler & Meyer, 2023). 2024 wird die EZA-

Quote nach aktuellen Prognosen auf 0,26% sinken, wodurch gegen das im Regierungsübereinkommen vereinbarte Ziel eines schrittweisen Anstiegs in Richtung 0,7% verstoßen würde.

<sup>9)</sup> Vgl. dazu im Detail Kletzan-Slamanig et al. (2022).

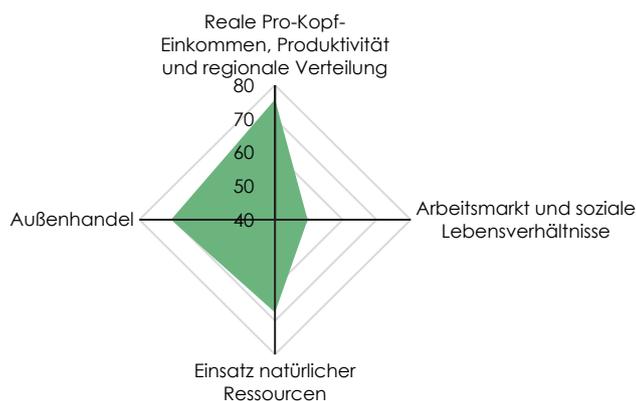
- Famira-Mühlberger, U., & Trukeschitz, B. (2023). Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 96(12), 857-868. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71302>.
- Fiskalrat (2022). *Bericht über die öffentlichen Finanzen 2021-2026*.
- Friesenbichler, K., & Meyer, B. (2023). Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends. *WIFO-Monatsberichte*, 96(11), 793-804. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71224>.
- Kettner, C., Loretz, S., & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11), 815-827. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69189>.
- Kettner, C., Schratzenstaller, M., & Sutrich, A. (2023). Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte. *WIFO Research Briefs*, (7). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70776>.
- Kletzan-Slamanic, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit, T., Heher, M., & Schanda, R. (2022). *Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich*. WIFO, Universität Wien, Sattler & Schanda Rechtsanwälte. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69687>.
- Oesterreichische Nationalbank – OeNB (2023). Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (Periodendurchschnitte). <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=2.11.2> (abgerufen am 6. 12. 2023).
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (2023). Finanzschulden des Bundes. <https://www.oebfa.at/budget-und-schulden/finanzschulden.html> (abgerufen am 6. 12. 2023).
- Schiman-Vukan, S. (2022). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70395>.

# Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

- Österreich verbesserte sich im WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit zuletzt um 1,9 Prozentpunkte auf einen Prozentrang von 64,4. Es lag damit knapp hinter dem oberen Drittel der rund 30 europäischen Vergleichsländer.
- Am besten schnitt Österreich mit einem mittleren Prozentrang von 77,2 in der Dimension "reale Einkommen, Produktivität und regionale Verteilung" ab. Ausschlaggebend war das kräftige Wirtschaftswachstum im Jahr 2022.
- In der Dimension "internationaler Handel" konnte sich Österreich relativ zu den europäischen Vergleichsländern um 2,1 Punkte auf einen Prozentrang von 70,6 verbessern. Hauptverantwortlich dafür war die Erholung im Tourismus. Der Zuwachs der Warenexporte blieb jedoch hinter der Entwicklung auf dem Weltmarkt zurück.
- Ebenfalls verbessert hat sich Österreich beim "Einsatz natürlicher Ressourcen" (+3,2 Punkte; Prozentrang 67,5). Positionsgewinne gab es vor allem bei den Umweltpatenten sowie der Energieabhängigkeit, Positionsverluste bei der CO<sub>2</sub>-Intensität.
- Mit einem mittleren Prozentrang von 49,6 lag Österreich in den Dimensionen "Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse" weiterhin nur im europäischen Mittelfeld und verschlechterte sich erneut gegenüber dem Vorjahr.

## Österreichs Position in vier Dimensionen der Wettbewerbsfähigkeit



**"Österreich liegt im WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit knapp hinter dem oberen Drittel der rund 30 europäischen Vergleichsländer zurück."**

Der Prozentrang gibt für jede Kennzahl den Anteil aller Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich an der Grundgesamtheit der rund 30 europäischen Vergleichsländer an. Am besten schneidet Österreich demnach in der Dimension Realeinkommen, Produktivität und regionale Verteilung ab (Q: WIFO).

# Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

## Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit erfasst die Leistungsfähigkeit des Standortes Österreich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielgrößen. Im Durchschnitt über 24 Indikatoren konnte Österreich zuletzt zum obersten Drittel der europäischen Vergleichsländer aufschließen. Dazu trugen u. a. die Produktivitätskennzahlen im Jahr 2022, die Erholung im Tourismus und eine Rangverbesserung bei den Umweltpatenten bei. In der Dimension Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse verlor Österreich erneut an Boden.

**JEL-Codes:** E22, E23, E24, O52 • **Keywords:** Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität, Produktivität, soziale Lebensverhältnisse, Ressourceneffizienz

Der vorliegende Beitrag beruht auf der forschungsbereichsübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der WIFO-Themenplattform "Wettbewerbsfähigkeit": [https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/themenplattform\\_wettbewerbsfaehigkeit](https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/themenplattform_wettbewerbsfaehigkeit).

**Begutachtung:** Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Susanne Markytan ([susanne.markytan@wifo.ac.at](mailto:susanne.markytan@wifo.ac.at)), Maria Riegler ([maria.riegler@wifo.ac.at](mailto:maria.riegler@wifo.ac.at)), Anna Strauss-Kollin ([anna.strauss-kollin@wifo.ac.at](mailto:anna.strauss-kollin@wifo.ac.at)), Stefan Weingärtner ([stefan.weingartner@wifo.ac.at](mailto:stefan.weingartner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 28. 11. 2023

**Kontakt:** Michael Peneder ([michael.peneder@wifo.ac.at](mailto:michael.peneder@wifo.ac.at)), Benjamin Bittschi ([benjamin.bittschi@wifo.ac.at](mailto:benjamin.bittschi@wifo.ac.at)), Anna Burton ([anna.burton@wifo.ac.at](mailto:anna.burton@wifo.ac.at)), Angela Köppl ([angela.koepl@wifo.ac.at](mailto:angela.koepl@wifo.ac.at)), Thomas Url ([thomas.url@wifo.ac.at](mailto:thomas.url@wifo.ac.at))

## The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2023

The WIFO radar of competitiveness tracks Austria's performance as a business location, taking into account economic, social and ecological targets. On average across 24 indicators, Austria has recently caught up with the top third of comparable European countries. The productivity indicators in 2022, the recovery in tourism and an improvement in the ranking for environmental patents have all contributed to this. In the dimension of labour market and social conditions, Austria has again lost ground.

## 1. Einleitung

Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit misst Österreichs Erfolg bei der Sicherung hoher Realeinkommen und der fortlaufenden Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensverhältnisse im europäischen Vergleich.

Das WIFO veröffentlicht seit dem Jahr 2020 ein "Radar der Wettbewerbsfähigkeit", das die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im europäischen Vergleich entlang von vier Dimensionen abbildet (siehe Kasten "Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit"):

- Reale Einkommen und Produktivität, einschließlich regionaler Verteilung,
- Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse,
- Einsatz natürlicher Ressourcen, sowie
- Außenhandel.

Übersicht 1 enthält neben der Beschreibung der Indikatoren die Datenquellen, die Anzahl der Vergleichsländer und das letztverfügbare Jahr der jeweiligen Datenreihe. Die

meisten Kennzahlen, aus denen sich das "Radar" zusammensetzt, stehen bereits für das Jahr 2022 zur Verfügung, manche jedoch erst für 2020 oder 2021. Abbildung 1 fasst die Ergebnisse für die Hauptindikatoren zusammen, während Abbildung 2 die Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft hinsichtlich ausgewählter ergänzender Indikatoren darstellt. Die Homepage der WIFO-Themenplattform "Wettbewerbsfähigkeit" bietet zusätzlich die Möglichkeit zur interaktiven Nutzung des WIFO-Radars für gezielte Abfragen, z. B. unter Eingrenzung des Zeitraums oder der Vergleichsländer<sup>1</sup>). Die online verfügbare Publikationsliste der Themenplattform verweist zudem auf zahlreiche aktuelle Analysen des WIFO zu ausgewählten Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit<sup>2</sup>).

<sup>1</sup>) Siehe [https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/radar\\_der\\_wettbewerbsfaehigkeit](https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/radar_der_wettbewerbsfaehigkeit).

<sup>2</sup>) Rezente Arbeiten sind etwa Bachtrögler-Unger et al. (2023), Bärenthaler-Sieber et al. (2023), Bittschi und Meyer (2023), Burton und Ehn-Fragner (2023),

Ederer et al. (2023), Fritz et al. (2023), Glauninger et al. (2021), Hofmann et al. (2023), Kettner et al. (2023), Peneder, Bittschi et al. (2023), Peneder, Pitlik et al. (2023), Piribauer et al. (2023).

## Übersicht 1: Ausgewählte Kennzahlen der Wettbewerbsfähigkeit

	Definition	Quelle	Letztverfügbares Jahr <i>t</i>	Zahl der Länder <sup>1)</sup>
<b>Hauptindikatoren</b>				
Wirtschaftsleistung	BIP pro Kopf, real in € zu Preisen von 2015	WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2022	31
Arbeitsproduktivität	BIP je Arbeitsstunde, nominell, EU 27 = 100 <sup>2)</sup>	Eurostat	2022	30
Multifaktorproduktivität	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten, Zweijahresdurchschnitt	TED – Total Economy Database, Conference Board	2022	30
Energieintensität	Endenergieeinsatz je Einheit des BIP, PJ je Mrd. €, zu Preisen von 2015	IEA World Energy Balances; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2021	31
CO <sub>2</sub> -Intensität	CO <sub>2</sub> -Emissionen je Einheit des BIP, kt je Mrd. €, zu Preisen von 2015	UNFCCC GHG Data Interface; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2021	31
Anteil erneuerbarer Energieträger	Anteil erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch in % <sup>3)</sup>	Eurostat	2021	29
Armutsgefährdung	Anteil der Personen mit höchstens 60% des medianen Äquivalenzeinkommens in %, nach Sozialleistungen <sup>4)</sup>	Eurostat	2022	29
Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an den 15- bis 64-jährigen Erwerbspersonen in % <sup>5)</sup>	Eurostat	2022	30
Beschäftigungsquote	Anteil der Beschäftigten an allen 15- bis 64-Jährigen in % <sup>5)</sup>	Eurostat	2022	30
Einkommensverteilung	Quotient der verfügbaren Einkommen der 20% der Bevölkerung mit dem höchsten zu den 20% mit dem niedrigsten verfügbaren Einkommen <sup>6)</sup>	Eurostat	2022	29
Regionale Kohäsion	Variationskoeffizient des Bruttoregionalproduktes pro Kopf zu Kaufkraftparitäten nach NUTS-3-Regionen <sup>7)</sup>	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2021	25
Leistungsbilanzsaldo	Leistungsbilanzsaldo in % des BIP <sup>8)</sup>	Eurostat	2022	30
<b>Ergänzende Indikatoren</b>				
Pro-Kopf-Einkommen (kaufkraftbereinigt)	BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, zu Preisen von 2021	Conference Board, TED – Total Economy Database	2022	31
BIP pro Kopf Metropolregionen	Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten für die Metropolregionen der EU <sup>7)</sup>	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2021	25
BIP pro Kopf Nicht-Metropolregionen	Bruttoregionalprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten für die Nicht-Metropolregionen der EU <sup>7)</sup>	ARDECO – Annual Regional Database of the European Commission	2021	25
Beschäftigungsquote in Vollzeit-äquivalenten	Anteil der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten, an allen 15- bis 64-Jährigen in % <sup>5)</sup>	Eurostat, Labour Force Survey, Sonderauswertung	2022	30
Gender-Gap Beschäftigung	Differenz der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen (25- bis 44-Jährige, Vollzeitäquivalente) in Prozentpunkten <sup>5)</sup>	Eurostat, Labour Force Survey, Sonderauswertung	2022	30
NEET-Quote	Anteil der Nichterwerbstätigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, an allen 18- bis 24-Jährigen in % <sup>9)</sup>	Eurostat	2022	30
Weiterbildung	Anteil der Personen, die an einer Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, an allen 25- bis 64-Jährigen in % <sup>5)</sup>	Eurostat	2022	30
Energieabhängigkeit	Anteil der Nettoenergieimporte am Bruttoinlandsverbrauch von Energie in % <sup>9)</sup>	Eurostat; IEA	2021	30
Modal Split Gütertransport	Verhältnis des Gütertransportes mit der Bahn in t-km zu jenem auf der Straße <sup>10)</sup>	Eurostat	2021	29
Umweltpatente	Anteil umwelt- und klimarelevanter Patentanträge an allen Patentanträgen beim European Patent Office (EPO; Durchschnitt der letzten 3 Jahre) in %	Patstat, OECD-Definition	2020	31
Marktanteil Warenexport	Marktanteil am weltweiten Warenexport in %	WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond	2022	31
Marktanteil Tourismusexport	Marktanteil am weltweiten Export von Reiseverkehrsdienstleistungen (ohne Personentransporte) in %	Macrobond, WIFO-Berechnungen	2022	31

Q: WIFO-Darstellung. – <sup>1)</sup> EU 27, Schweiz, Island, Norwegen, Vereinigtes Königreich. – <sup>2)</sup> Ohne Vereinigtes Königreich; Schweiz: aktuellster Wert 2020. – <sup>3)</sup> Ohne Schweiz, Vereinigtes Königreich. – <sup>4)</sup> Ohne Island, Vereinigtes Königreich; Schweiz: aktuellster Wert 2021. – <sup>5)</sup> Ohne Vereinigtes Königreich. – <sup>6)</sup> Ohne Island, Vereinigtes Königreich; Schweiz: aktuellster Wert 2021. – <sup>7)</sup> Ohne Zypern, Malta, Luxemburg, Island, Vereinigtes Königreich. – <sup>8)</sup> Ohne Vereinigtes Königreich; Schweiz: aktuellster Wert 2020. – <sup>9)</sup> Ohne Norwegen. – <sup>10)</sup> Ohne Island, Vereinigtes Königreich.

Neben dem laufenden Monitoring ausgewählter Kennzahlen widmen sich die jährlichen Monatsberichtsbeiträge jeweils einem Schwerpunktthema, in den vergangenen Jahren z. B. den real-effektiven Wechselkursen oder regionalen Disparitäten im wirt-

schaftlichen Entwicklungsniveau. Das diesjährige Sonderthema (Kapitel 3) beschäftigt sich mit der aktuellen internationalen Literatur zum Zusammenhang von Populismus und Wirtschaftsentwicklung.

**Der Prozentrang ist der Anteil aller Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich.**

## Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit

Das WIFO-Radar bietet eine kurz gefasste Einordnung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im Vergleich mit rund 30 europäischen Ländern, über vier Zeitperioden und für 24 Leistungsindikatoren (Peneder et al., 2020). Um die in unterschiedlichen Einheiten gemessenen Indikatoren vergleichbar zu machen, wird für jede Kennzahl nur die relative Position Österreichs ausgewiesen und auf einen **Prozentrang** normiert<sup>1)</sup>. Diese Werte sind, anders als einfache Rangzahlen, auch dann vergleichbar, wenn nicht für alle Indikatoren Beobachtungen für die gleiche Zahl an Vergleichsländern zur Verfügung stehen. Zusätzlich benennt der Prozentrang unmittelbar die relative Lage in einer Verteilung und erlaubt die einfache Bildung von Mittelwerten zur Aggregation der Ergebnisse.

Der Prozentrang gibt für jede Kennzahl den Anteil der Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten als Österreich an der Grundgesamtheit der Vergleichsländer an. Alle Indikatoren werden dafür so definiert, dass die in der Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit günstigsten Werte auf dem Strahl außen liegen und einem Prozentrang von 100 entsprechen. Je niedriger Österreichs Prozentrang, desto ungünstiger ist die relative Platzierung. So bedeutet z. B. ein Prozentrang von 60, dass 60% aller Länder in der Vergleichsgruppe gleich gut oder schlechter und 40% besser abschneiden als Österreich. Zusätzlich zu diesem Vergleich über die Länder für das jeweils letztverfügbare Jahr  $t$  bildet das WIFO-Radar auch die relative Lage Österreichs zu den Zeitpunkten  $t-1$ ,  $t-3$  und  $t-10$  ab. Dies ermöglicht einen kurz-, mittel- und langfristigen Vergleich.

<sup>1)</sup> Die Abbildungen 1 und 2 zeigen die Prozenträge für 24 Kennzahlen, während in der Dimension Außenhandel ein weiterer Indikator (bzw. eine Gruppe verwandter Kennzahlen) aufgrund der spezifischen Messmethode getrennt dargestellt wird.

## 2. Indikatoren und Ergebnisse

### 2.1 Reale Einkommen, Produktivität und regionale Verteilung

Das reale BIP pro Kopf misst die **Wirtschaftsleistung** bzw. den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Nachdem Österreich in der vergangenen Dekade einige Prozenträge verloren hatte, blieb 2022 die Position gegenüber dem Vorjahr unverändert: Das reale BIP pro Kopf war weiterhin in 67,7% der 31 Vergleichsländer gleich hoch oder niedriger als in Österreich (Abbildung 1).

Auch die durchschnittliche Kaufkraft im Sinne der in einheitlichen Kaufkraftstandards bewerteten realen **Pro-Kopf-Einkommen** stagnierte 2022 in relativer Betrachtung. Mit einem Prozentrang von 74,2 schneidet Österreich hier allerdings etwas besser ab und liegt knapp hinter dem obersten Viertel der Vergleichsländer (Abbildung 2).

Verbessert hat sich Österreich hinsichtlich der **Arbeitsproduktivität**, gemessen als nominales BIP je Arbeitsstunde. Mit einem Prozentrang von 70,0 holte Österreich 6,7 Prozentpunkte auf und lag 2022 im obersten Drittel der Verteilung. Diese Verbesserung steht im Einklang mit dem hohen Wirtschaftswachstum in Österreich von rund 4,8% im Jahr 2022 (Schiman-Vukan & Ederer, 2023).

Den größten Einfluss hatte die günstige Konjunktur aber auf die Entwicklung der **Multifaktorproduktivität**. Sie ist ein Maß der technischen Effizienz von Volkswirtschaften und

ergibt sich als Restgröße nach Abzug der Beiträge aller Inputfaktoren von der realen Wertschöpfung. Die Kennzahl ist dementsprechend volatil und häufig von Datenrevisionen betroffen. Während der COVID-19-Krise war Österreich hinsichtlich der Multifaktorproduktivität deutlich zurückgefallen und lag 2021 nur im untersten Viertel der Vergleichsländer. Im Jahr 2022 konnte Österreich mit einem Prozentrang von 66,7 hingegen zum obersten Drittel aufschließen.

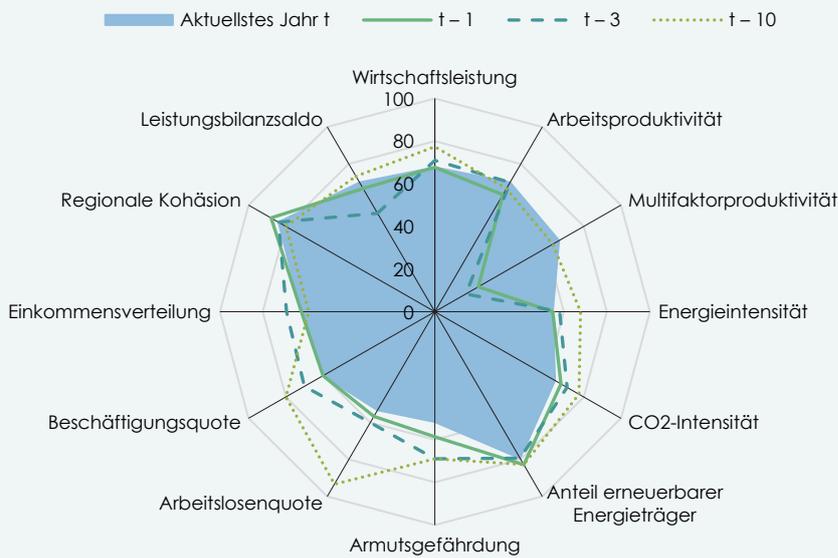
Die Verteilung der kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen ist einer der wesentlichsten Indikatoren zur Messung der **regionalen Kohäsion** (Abbildung 1). Regionale Kohäsion beschreibt den stabilen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt einer geografischen Region, gekennzeichnet durch gemeinsame Werte, soziale Integration und eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung. Laut aktuellem Datenstand (2021) belegt Österreich mit einem Prozentrang von 84,0 im europäischen Vergleich wieder Rang 5, dieselbe Position wie in den Jahren 2017/2019<sup>3)</sup>. Lediglich im COVID-19-Pandemiejahr 2020 hatte sich der Prozentrang Österreichs geringfügig auf 88,0 verbessert. Das Ranking wird seit 2010 von Finnland und Schweden angeführt. Bis zum Jahr 2010 wies Österreich starke Positionsgewinne auf und verbesserte sich in den letzten 20 Jahren um 8 Ränge. Im europäischen Vergleich war dies neben Norwegen die größte Verbesserung. Damit ist in Österreich der regionale Ausgleich langfristig besser gelungen als im europäischen Durchschnitt.

Das kräftige Wirtschaftswachstum trug 2022 zu einer deutlichen Verbesserung der Multifaktorproduktivität bei.

<sup>3)</sup> Nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU beruht die Analyse auf Daten zu

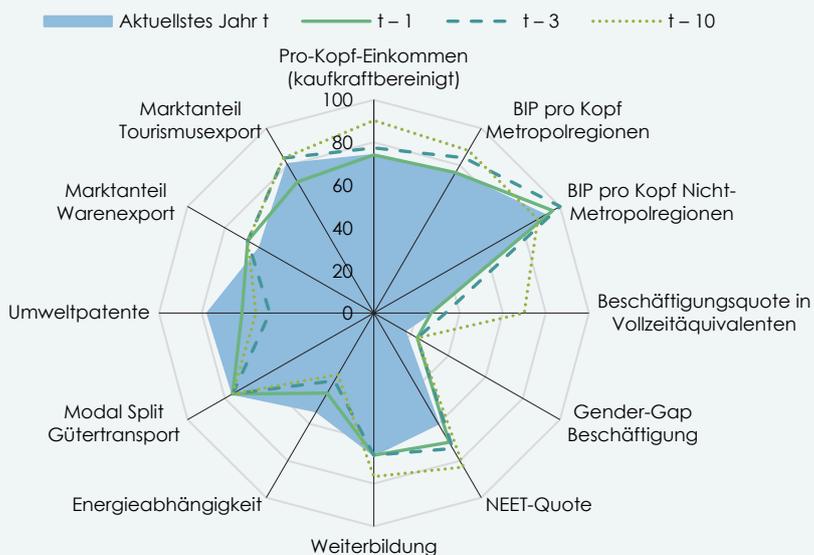
1.188 NUTS-3-Regionen in 25 Ländern. In Österreich werden 35 NUTS-3-Regionen unterschieden.

Abbildung 1: Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich – Prozentrang der Hauptindikatoren



Q: WIFO. Zur Definition der Indikatoren siehe Übersicht 1. Alle Indikatoren wurden so gereiht, dass ein höherer Prozentrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht.

Abbildung 2: Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich – Prozentrang der ergänzenden Indikatoren



Q: WIFO. Zur Definition der Indikatoren siehe Übersicht 1. Alle Indikatoren wurden so gereiht, dass ein höherer Prozentrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht.

Abbildung 2 stellt ergänzende Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs dar. Eine klare Divergenz zeigt sich in der Entwick-

lung der **Pro-Kopf-Einkommen in Metropolregionen** bzw. **Nicht-Metropolregionen**<sup>4)</sup>. In den heimischen Metropolregionen ver-

<sup>4)</sup> Als Metropolregionen definiert Eurostat alle Stadtregionen in funktionaler Abgrenzung mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 250.000 im Agglomerationsraum. In den betrachteten europäischen Ländern finden sich nach dieser Definition 254 Metropolregionen, darunter die 5 österreichischen Stadtregionen Wien,

Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck. Die Nicht-Metropolregionen umfassen alle anderen Regionen, also sowohl industriell geprägte Regionen außerhalb der Agglomerationsräume als auch den ländlichen Raum (siehe <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/metropolitan-regions/background>).

Die Arbeitsmarktindikatoren zeigen eine kontinuierliche Verschlechterung der relativen Position Österreichs in den letzten zehn Jahren.

schlechterte sich das kaufkraftbereinigte Bruttoregionalprodukt (BRP) pro Kopf in den letzten beiden Jahren deutlich gegenüber den urbanen Räumen der Vergleichsländer. Nach 88,0 im Jahr 2019 erreichten österreichische Metropolregionen 2020 und 2021 nur mehr einen Prozenzrang von jeweils 76,0 (Rang 7). Österreichische Nicht-Metropolregionen sind seit 2019 zwar ebenfalls leicht gegenüber vergleichbaren europäischen Regionen zurückgefallen, liegen jedoch weiterhin unter den Top 3 (Prozenzrang 2020: 96,0, 2021: 92,0). Das Pro-Kopf-Einkommen in Nicht-Metropolregionen war im Jahr 2020 nur in Dänemark höher als in Österreich; 2021 nur in Norwegen.

## 2.2 Arbeitsmarkt und soziale Lebensverhältnisse

Der Einsatz des Faktors Arbeit und das Arbeitsvolumen bestimmen gemeinsam mit dem Kapitaleinsatz und der Produktivität die Höhe der Pro-Kopf-Einkommen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist in einer Wettbewerbsbetrachtung von Bedeutung, da sie zeigt, wie gut die verfügbaren Ressourcen an Arbeitskräften in einer Volkswirtschaft ausgeschöpft werden. Zudem geben Kennzahlen der Erwerbsbeteiligung Aufschluss über die gesellschaftliche Teilhabe und die Verbreitung sozialer Risiken. Bei der **Arbeitslosenquote**<sup>5)</sup> und der **Beschäftigungsquote** liegt Österreich mit Prozenzrängen von 53,3 bzw. 60,0 (2022) nur im europäischen Mittelfeld und deutlich hinter den Spitzenreitern. Im Fall der Arbeitslosenquote (2022: 4,8%) liegt Österreich hinter vielen mittel- und ost-europäischen Ländern, in denen die Quote wesentlich niedriger ist – auch aufgrund einer raschen Alterung der Erwerbsbevölkerung und der Abwanderung von Arbeitskräften. Aber auch westeuropäische Länder, wie z. B. Dänemark oder die Schweiz, verzeichnen niedrigere Werte. Bei insgesamt niedrigen Arbeitslosenquoten entscheiden schon kleine Unterschiede zwischen den Ländern über die Positionierung, und konjunkturelle Schwankungen der Arbeitslosenquote schlagen sich stärker in der Rangfolge nieder. Insofern bedarf es eines zusätzlichen Blickes auf andere Indikatoren. Betrachtet man z. B. den Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt, so schneidet Österreich besser ab als der EU-Durchschnitt.

Die Beschäftigungsquote stieg in Österreich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr leicht auf 74,0% an. Wenn das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung die Präferenzen der Beschäftigten widerspiegelt, lassen sich aus höheren Beschäftigungsquoten nicht automatisch wohlfahrtsökonomische Verbesserungen ableiten. Allerdings besteht, wie auch

<sup>5)</sup> Da alle Indikatoren so gereiht wurden, dass ein höherer Prozenzrang einer höheren Wettbewerbsfähigkeit entspricht, bedeuten eine hohe Beschäftigungsquote und eine niedrige Arbeitslosenquote jeweils einen hohen Prozenzrang.

die weiteren Indikatoren zeigen, ein Zusammenhang zwischen Beschäftigung, gesellschaftlicher Teilhabe und Armutsgefährdung. Insofern erleichtert eine hohe Beschäftigungsquote Verbesserungen bei anderen Sozialindikatoren. Im europäischen Vergleich erreichte Österreich 2022 bei der Arbeitslosenquote den 15. Rang und bei der Beschäftigungsquote den 13. Rang. Dies bedeutet in beiden Fällen eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr. Im langfristigen Vergleich ist Österreich allerdings deutlich zurückgefallen (2012: Rang 3 bzw. Rang 7).

Neben der Beschäftigungs- und der Arbeitslosenquote geben weitere Indikatoren Auskunft über das Ausmaß und die Verteilung der Erwerbsbeteiligung. Gemessen an der **Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten**<sup>6)</sup> liegt Österreich mit einem Prozenzrang von 26,7 (2022) nur an 23. Stelle innerhalb der 30 Vergleichsländer. Dieses schwache Abschneiden erklärt sich durch die hohe Teilzeitquote in Österreich. In den letzten 20 Jahren stieg die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten hierzulande kaum (2000: 62,6%, 2022: 63,9%), während die Vollzeitbeschäftigung in den meisten anderen europäischen Ländern stetig zunahm. Dadurch ergab sich ein erheblicher Positionsverlust (vom 10. auf den 23. Rang in den letzten 10 Jahren). Zwar stagnierten die Quoten auch in einigen skandinavischen Ländern (Dänemark, Island, Norwegen), allerdings auf deutlich höherem Niveau als in Österreich. Lediglich Belgien, Griechenland und Rumänien verzeichnen ebenfalls niedrige Beschäftigungsquoten in Vollzeitäquivalenten und konnten diese in den letzten 20 Jahren nicht wesentlich steigern.

Der Indikator zum **Gender-Gap der Beschäftigungsquote** der 25- bis 44-Jährigen (in Vollzeitäquivalenten) spiegelt für Österreich einen ausgeprägten Unterschied zwischen dem Erwerbsverhalten der Männer und Frauen wider (Prozenzrang 16,7, Rang 26 unter 30 Vergleichsländern). 2022 war die arbeitszeitbereinigte Beschäftigungsquote der Frauen im Haupterwerbsalter um 20,3 Prozentpunkte niedriger als jene der Männer. Größer war der Unterschied nur in Tschechien, Italien, Griechenland und der Schweiz. Deutlich geringer war der Gender-Gap dagegen in den skandinavischen Ländern, aber auch in den meisten Ländern Ostmitteleuropas.

Vor allem längerfristig tragen der soziale Ausgleich, der Schutz vor Armut und insbesondere die Teilhabe an Bildung zu einem leistungsfähigen Wirtschafts- und Lebensstandard bei. Allerdings verlor Österreich bei der Armutsgefährdung und der Einkom-

<sup>6)</sup> Das Vollzeitäquivalent wird von Eurostat anhand der durchschnittlichen Arbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person definiert. Es ist deshalb keine fixe Größe, sondern variiert je nach Land und Zeitpunkt.

mensverteilung in den letzten Jahren deutlich an Boden. Die **Armutsgefährdungsquote**, die als relatives Armutsmaß auch mit der Ungleichheit der Einkommensverteilung zusammenhängt, verschlechterte sich 2022 erneut gegenüber dem Vorjahr und erreichte mit 14,8% (nach 14,7% 2021) den höchsten Stand seit der Jahrtausendwende. Auch gemessen am Prozentrang (2022: 51,7) kam es mittel- und langfristig zu einer deutlichen Verschlechterung (2012: 69,0, 2019: 69,0). Im internationalen Vergleich lag Österreich 2022 auf dem 15. Rang unter 29 Vergleichsländern. Besonders niedrig ist die Armutsgefährdungsquote in einigen nordischen Ländern (Finnland, Dänemark) und in Ostmitteleuropa (Tschechien, Slowakei, Slowenien).

Als Indikator der **Einkommensverteilung** dient der Quotient zwischen dem verfügbaren Einkommen des Quintils der Bevölkerung mit dem höchsten und jenem des Quintils mit dem niedrigsten Einkommen. Dabei ergibt sich für Österreich ein Prozentrang von 62,1 und der 12. Rang unter 29 Vergleichsländern. Abgesehen von kleineren Schwankungen stagniert diese Kennzahl seit 10 Jahren; die Position Österreichs hat sich kaum verändert. Die vergleichsweise solide Positionierung rührt daher, dass viele südeuropäische sowie mittel- und osteuropäische Länder schlechter platziert sind als Österreich. Häufig herangezogene Vergleichsländer ("Peers") in Skandinavien, oder Belgien bzw. die Niederlande, schneiden hinsichtlich der Einkommensverteilung tendenziell besser ab als Österreich.

Bildungsindikatoren decken einen wichtigen Aspekt der sozialen Teilhabe ab und bestimmen maßgeblich die künftige Wettbewerbsfähigkeit. Die **NEET-Quote** ist der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 29 Jahre), die sich nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Schulung befinden (not in employment, education or training – NEET). Sie lag in Österreich während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bei über 9% und sank bis 2019 auf 8,3%. Die COVID-19-Krise führte jedoch im Jahr 2020 zu einem deutlichen Anstieg auf 9,5%. 2021 verharrte die NEET-Quote auf ähnlichem Niveau (9,4%), um 2022 leicht auf 9,1% zu sinken. Für 2022 ergibt sich ein Prozentrang von 60,0 und der 13. Rang unter 30 Vergleichsländern. Im internationalen Vergleich bedeutet dies kurz-, mittel- und langfristig eine Verschlechterung (2012: Rang 10, 2019: Rang 9, 2021: Rang 6).

Während sich Bildungsdefizite jüngerer Kohorten vor allem in der Zukunft auswirken, kann die Teilnahme der erwachsenen Bevölkerung (25 bis 64 Jahre) an Bildung und **Weiterbildung** als Indikator der Qualifikation der derzeit Erwerbstätigen dienen. Die Weiterbildungsteilnahme hat in Österreich seit 2020 und den COVID-19-bedingten Lockdowns

kräftig zugenommen und erreichte 2022 mit 15,8% wieder den Höchststand aus dem Jahr 2017. Da viele Vergleichsländer ähnliche Steigerungen verzeichneten, gelang Österreich kein Positionsgewinn. Der Prozentrang und die Position Österreichs (66,7 bzw. Rang 11) blieben 2022 sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber 2019 unverändert. Im langjährigen Vergleich ist eine geringfügige Verschlechterung erkennbar (2012: Prozentrang 76,7 bzw. Rang 8).

### 2.3 Einsatz natürlicher Ressourcen

Die **Energieintensität** ist ein Indikator dafür, wie produktiv Energie in einer Volkswirtschaft eingesetzt wird. Sie hängt jedoch auch von den Klima- und Witterungsverhältnissen ab. Sowohl sehr heiße Sommer als auch besonders kalte Winter erhöhen den Energiebedarf. Eine Reduktion der Energieintensität erreichten 2021 13 der 31 Vergleichsländer. In 12 Ländern, darunter auch Österreich, blieb die Energieintensität gleich. Eine Minderheit von 6 Ländern verzeichnete im Vorjahresvergleich einen höheren Energieeinsatz je BIP-Einheit. Nach wie vor sehr groß sind die Niveauunterschiede zwischen den Ländern. Schlusslicht ist, trotz leichter Verbesserung im Niveau, weiterhin Bulgarien, wo mit 8,2 PJ je Mrd. € mehr als sieben Mal so viel Energie in die Produktion einer BIP-Einheit floss als in der Schweiz (2021: 1,1 PJ je Mrd. €).

Österreich lag 2021 mit 3,2 PJ je Mrd. € wie bereits im Vorjahr auf dem 15. Rang und blieb damit im unteren Mittelfeld der Vergleichsländer, was im Zehnjahresvergleich einen Positionsverlust bedeutet (Prozentrang 2011: 67,7, 2021: 54,8). Die Schweiz blieb Spitzenreiter, vor Irland und Malta.

Die **CO<sub>2</sub>-Intensität** bemisst sich am Emissionsausstoß je BIP-Einheit. Sie wird durch den absoluten Energieverbrauch sowie den Anteil von fossilen Energieträgern im Energiemix bestimmt. Österreich erreichte 2021 einen Prozentrang von 64,5 und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr. Im Zehnjahresvergleich fiel es gegenüber den Vergleichsländern deutlich zurück. 2011 hatte Österreich noch den 8. Rang unter 31 Ländern belegt, 2021 erreichte es nur mehr Rang 12. Gemessen am Prozentrang emittierten 2011 77,4% der Vergleichsländer mehr oder gleich viel CO<sub>2</sub> je BIP-Einheit wie Österreich, 2021 waren es nur mehr 64,5%. Mit 181,8 t CO<sub>2</sub> je BIP-Einheit (2021) stieg auch die Emissionsmenge gegenüber 2020 (178,3 t). Der dringende Handlungsbedarf in Hinblick auf eine Reduktion des Ausstoßes ist damit weiterhin gegeben. Das europäische Spitzenfeld blieb 2021 unverändert. Die geringste CO<sub>2</sub>-Intensität wies weiterhin die Schweiz auf, vor Schweden und Irland. Auch auf den letzten Rängen gab es keine Veränderungen: Schlusslicht war 2021 abermals Bulgarien, hinter Polen und Tschechien. Der Unterschied zwischen dem erst- und

Österreich liegt beim Indikator zur Armutsgefährdung noch im europäischen Mittelfeld, verschlechterte sich 2022 allerdings erneut gegenüber dem Vorjahr.

Österreich hat bei den Indikatoren zur Energie- und CO<sub>2</sub>-Intensität (gemessen am BIP) längerfristig an Wettbewerbsfähigkeit verloren und rutschte 2021 weiter ab.

letztplatzierten Land war 2021 noch ausgeprägter als 2020. Während die Schweiz etwa 51,5 t CO<sub>2</sub> je BIP-Einheit emittierte, waren es in Bulgarien 789,3 t (Polen 613,5 t, Tschechien 508,1 t).

Erneuerbare Energieträger werden für die Bereitstellung von Wärme und die Erzeugung von Elektrizität eingesetzt. Traditionell verfügt Österreich aufgrund seiner Topografie über einen hohen Anteil an Wasserkraft. Erneuerbare Energieträger für die Elektrizitätserzeugung sind darüber hinaus Fotovoltaik, Windenergie und Biomasse. 2021 betrug der **Anteil erneuerbarer Energieträger** am gesamten energetischen Endverbrauch in Österreich (Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung) 36,4%. Damit zählte Österreich bei diesem Indikator zum obersten Viertel von 29 Vergleichsländern und verschlechterte sich nur leicht gegenüber 2020. Gemessen am Prozentrang wiesen 79,3% der Länder einen gleich hohen oder geringeren Anteil erneuerbarer Energieträger auf als Österreich. Im längerfristigen Vergleich hat Österreich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Island verzeichnete wie bereits in den Jahren zuvor auch 2021 den höchsten Anteil erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch, nicht zuletzt durch die starke Nutzung von Geothermie. Norwegen verblieb 2021 auf Rang 2 und deckte seinen Energieverbrauch weiterhin zu drei Vierteln aus erneuerbaren Quellen. Auf Rang 3 lag Schweden. Weit abgeschlagen rangierten Luxemburg, Malta und Irland mit Anteilen erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch von 12% bis 13%.

Der nach wie vor hohe Anteil fossiler Energieträger im österreichischen Energiemix impliziert eine erhebliche Abhängigkeit von fossilen Importen. Auch bei Elektrizität ist Österreich seit 2001 Nettoimporteur. Wie hoch die Importabhängigkeit im Bereich Energie ist, misst der Indikator **Energieabhängigkeit**<sup>7)</sup>, der die Nettoenergieimporte als Anteil am Bruttoinlandsverbrauch ausdrückt. Innerhalb der 30 Vergleichsländer zählte Österreich 2021 zu den Ländern mit einer relativ hohen Importabhängigkeit, wobei sich seine Position in den letzten Jahren verbesserte. Waren 2020 etwa 43% der Vergleichsländer gleich stark oder noch stärker von Energieimporten abhängig als Österreich, waren es im Jahr 2021 etwa 53%. Auch der Zehnjahresvergleich zeigt einen deutlichen Positionsgewinn (Prozentrang 2011: 33,3).

Der Güterverkehr, insbesondere der Straßengüterverkehr, verursacht externe Kosten wie Treibhausgasemissionen, Luftverschmutzung, Lärm oder Staus. Beim Transport von Gütern auf der Schiene, der Straße und dem Wasserweg fallen je nach Transportart unter-

<sup>7)</sup> Norwegen nimmt hier als wesentlicher Exporteur von Erdöl und Erdgas eine Sonderstellung ein und wurde deshalb als Ausreißer im Ländervergleich nicht berücksichtigt.

schiedlich hohe externe Kosten an. Der Schienengüterverkehr schneidet hierbei besser ab als der Straßengüterverkehr<sup>8)</sup>. Dennoch wird der Großteil der Güter mit dem Lkw transportiert. Als Indikator für die länder-spezifische Bedeutung umweltschonenden Gütertransports dient im WIFO-Radar der **Modal Split auf dem Landweg**, also das Verhältnis des Schienengüterverkehrs zum Gütertransport auf der Straße.

Langfristig verharrte Österreich in diesem Indikator auf der gleichen Position unter 29 Vergleichsländern (Prozentrang 75,9). Litauen hatte 2020 Lettland von Rang 1 verdrängt und schnitt 2021 das zweite Jahr in Folge am besten ab. Die dritte Position nahm unverändert Estland ein. Länder ohne Bahninfrastruktur, wie Malta und Zypern, fanden sich naturgemäß am Ende der Rangfolge. Auch Irland und Griechenland verfügen über keine nennenswerten Gütertransporte auf der Schiene.

Wie aktiv ein Land bei der Entwicklung von Umwelttechnologien ist, misst der Indikator **Anteil der Patentanträge für Umwelttechnologien** an den gesamten Patentanträgen eines Landes beim Europäischen Patentamt<sup>9)</sup>. Die Abgrenzung der Umweltpatente folgt der neuen OECD-Definition: neben Technologien zur Minderung von Emissionen werden auch solche zur Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt. Ebenfalls enthalten sind IKT-Patente mit Umweltrelevanz. Um die starken Schwankungen dieses Indikators insbesondere bei kleinen Ländern zu glätten, wird ein Dreijahresdurchschnitt herangezogen. Österreich verbesserte sich am aktuellen Rand deutlich und lag zuletzt im oberen Drittel von 31 Vergleichsländern (Prozentrang 2020: 77,4, 2010: 45,2). Dänemark war zuletzt weiterhin führend bei den Patentanträgen für Umwelttechnologien.

## 2.4 Außenhandel

Der russische Angriff auf die Ukraine im I. Quartal 2022 wirkte sich empfindlich auf den Außenhandel aller Mitglieder des europäischen Binnenmarktes aus. Steigende Energiepreise hatten bereits 2021 für eine Verschlechterung der Terms-of-Trade gesorgt, doch die Verknappung von Erdgas nach Kriegsbeginn brachte dramatische Preissteigerungen für Energierohstoffe mit sich. Damit verbunden waren höhere Ausgaben für Energieimporte, die in den meisten europäischen Ländern den **Leistungsbilanzsaldo** ins Minus drückten. Österreich sah sich 2022 einem Leistungsbilanzdefizit von 0,3% des BIP gegenüber, was einer Verschlechterung um 1,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr entsprach. Damit erreichte Österreich im internationalen

<sup>8)</sup> Der Straßengüterverkehr verursachte 2021 43% der Gesamtemissionen des Verkehrs.

Vergleich den 10. Rang und verbesserte sich in relativer Betrachtung leicht gegenüber 2021 (Abbildung 1). Mit einem Prozentrang von 70,0 übertraf Österreich den Vorjahreswert und lag nur noch wenige Prozentpunkte unter dem langfristigen Vergleichswert von 2012. Der vergleichsweise günstige Leistungsbilanzsaldo wurde vor allem durch die Normalisierung der Reiseverkehrsexporte ermöglicht, die den Nettoimport fossiler Energierohstoffe nahezu ausglich.

Im zweiten Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie überstiegen die nominellen Ein- und Ausfuhren die Vorjahreswerte um mehr als ein Fünftel. Der Außenhandel erholte sich 2022 von den Grenzsperrern und Lieferkettenunterbrechungen und übertraf das Niveau des Vorkrisenjahres 2019. Da die Preise für Energierohstoffe kräftig anzogen, verschlechterten sich die Terms-of-Trade 2022 gegenüber 2021 um 5%.

Die hohe Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen erzeugt in Verbindung mit einer auf Russland konzentrierten Importstruktur auf mittlere Frist – trotz des Positionsgewinns im diesjährigen "WIFO-Radar" – einen Wettbewerbsnachteil für österreichische Unternehmen. Dies gilt besonders in energieintensiven Produktionsbereichen.

Die Verschiebung der relativen Preise zugunsten von Erdgas und Erdöl brachte innerhalb Europas vor allem für Norwegen Vorteile, dessen Leistungsbilanzsaldo von 13,6% (2021) auf 30,2% (2022) anstieg. Außer Norwegen war 2022 nur Dänemark in der Lage, seinen Leistungsbilanzsaldo deutlich zu verbessern (von 9,1% auf 13,4% des BIP). In Litauen setzte sich dagegen der negative Trend des Vorjahres fort (von 1,1% auf -5,5% des BIP) und auch Slowenien, Malta und Ungarn mussten empfindliche Verschlechterungen ihrer Bilanzen hinnehmen (um jeweils rund 4% des BIP). In der Rangfolge konnte Österreich 2022 Slowenien und Italien überholen.

Der **Marktanteil Österreichs** am weltweiten **Warenexport** (in rund 180 Länder) war 2022 nach einer marginalen Verminderung im Vorjahr weiter rückläufig (-0,1 Prozentpunkt gegenüber 2021). Dementsprechend rutschte Österreich um zwei Ränge ab (Abbildung 2). Österreichs **Marktanteil** an den weltweiten **Tourismusexporten** (in rund 170 Länder), der während der COVID-19-Pandemie eingebrochen war (2021 -0,9 Prozentpunkte), erholte sich 2022 wieder etwas

(+0,2 Prozentpunkte auf knapp 2%). Vor allem die lebhaftere Nachfrage in der Sommersaison 2022 wirkte sich positiv auf die Entwicklung der Tourismusexporte aus (Fritz & Burton, 2022; Burton & Ehn-Fragner, 2023). Mit Rang 7 und einem Prozentrang von 81,0 unter 31 europäischen Vergleichsländern erreichte Österreich wieder beinahe den Prozentrang von 84,0, den es in den Jahren 2000 bis 2020 innehatte.

Kurzfristig beeinflussen Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und den Landeswährungen der Handelspartner die Preise österreichischer Exporte in ausländischer Währung und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Eine Aufwertung des Euro erhöht tendenziell die Exportpreise, während eine Abwertung die österreichischen Exportpreise im Ausland tendenziell senkt. Die Weitergabe von Wechselkursschwankungen in die Exportpreise hängt jedoch vom Wettbewerbsdruck auf dem Auslandsmarkt und von der Preiselastizität der Auslandsnachfrage ab. Mittelfristig korrigiert die Dynamik in den Lohn- und Preisbildungsprozessen zweier Handelspartner die Auf- oder Abwertungen des bilateralen Wechselkurses. Die **real-effektiven Wechselkursindizes** ergänzen die Information über bilaterale Wechselkursveränderungen um relative Preis- und Lohnschwankungen. Übersicht 2 zeigt für Österreich die Entwicklung des mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex bzw. den Lohnstückkosten deflationierten Gesamtindex sowie des Teilindex für Industriewaren (deflationiert mit den Verbraucher- bzw. den Produzentenpreisen)<sup>9)</sup>.

Die preisliche Wettbewerbsposition Österreichs verbesserte sich 2022 deutlich. Dafür war einerseits eine Abwertung des Euro gegenüber Währungen wichtiger Handelspartner (USA, Russland, Schweiz und China) verantwortlich; andererseits blieb die Inflation in Österreich im Jahr 2022 vergleichsweise niedrig. Vor allem in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas wirkte sich der Energiepreisschock deutlich stärker auf die Verbraucherpreise, die Produzentenpreise und die Lohnstückkosten aus als in Österreich. Im Dreijahresvergleich blieben alle in Übersicht 2 angeführten real effektiven Wechselkursindizes stabil und auch im langjährigen Vergleich (2012/2022) war das Ausmaß der Aufwertung minimal; gemessen an den Produzentenpreisen konnte Österreich seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit sogar geringfügig ausbauen.

**Österreichs Marktanteil am weltweiten Warenexport verminderte sich 2022 kräftig. Der Anteil am weltweiten Tourismusmarkt erholte sich leicht.**

**2022 verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsposition Österreichs deutlich.**

<sup>9)</sup> Das WIFO berechnet in Zusammenarbeit mit der OeNB real-effektive Wechselkursindizes. Die Eigenschaften, die Konstruktion sowie die Vor- und Nachteile dieser Indizes, die sich nach der Art der Handelsströme und nach den betrachteten Preis- bzw.

Kostenindizes unterscheiden, werden in Url et al. (2023) näher beschrieben. Aufgrund der spezifischen Messmethode werden die Wechselkursindizes getrennt dargestellt (Übersicht 2) und nicht als Prozentrang ausgewiesen.

## Übersicht 2: Real-effektive Wechselkursindizes für Österreich im Vergleich

	2021/22	2019/2022	2012/2022
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
<b>Gesamtindex</b>			
Deflationiert mit harmonisierten Verbraucherpreisindizes	- 2,0	- 0,0	+ 0,3
Deflationiert mit Lohnstückkosten	- 2,5	+ 0,2	+ 0,3
<b>Industriewarenindex</b>			
Deflationiert mit harmonisierten Verbraucherpreisindizes	- 1,7	+ 0,1	+ 0,3
Deflationiert mit Produzentenpreisindizes	- 3,6	- 0,9	- 0,3

Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

### 3. Schwerpunktthema: Populismus und Wirtschaftsentwicklung

Der Begriff Populismus bezeichnet politische Strömungen, die den Gegensatz zwischen "einfachen" Menschen, als deren wahre Vertreter sich Populist:innen sehen, und einer "Elite" bzw. dem "Establishment" hervorheben (Guriev & Papaioannou, 2022) und diesen häufig mit Mitteln der (rhetorischen) Dramatisierung überzeichnen<sup>10)</sup>. Die internationale Forschung zu den ökonomischen Wirkungen des Populismus beobachtet in den letzten Jahrzehnten einen merklichen Bedeutungsgewinn des Populismus, der nicht mehr nur in Entwicklungs- oder Schwellenländern, sondern zunehmend auch in Industrienationen erstarkt (Funke et al., 2023).

Mit der deutlichen Zunahme des Populismus, vor allem seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, hat auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema zugenommen. Wie Studien zeigen, wirken sich populistische Regierungen negativ auf die Wirtschaftsentwicklung der jeweiligen Länder aus. Populismus gefährdet zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den langfristigen Wohlstand. Der folgende Überblick zu ausgewählten Arbeiten fasst die wichtigsten Ergebnisse aus der Literatur kurz zusammen.

Ökonomische Untersuchungen populistischer Politik reichen weit zurück: Sachs (1989) sowie Dornbusch und Edwards (1991) stellen auf den lateinamerikanischen Populismus der 1960er-Jahre ab. Ein typisches Muster ist, dass Populist:innen gestützt auf expansive Fiskalpolitik zunächst einen wirtschaftlichen Boom entfachen, welcher aber aufgrund wenig nachhaltiger Politik kurzlebig ist und schließlich in politischen und ökonomischen Krisen mündet. Bis vor wenigen Jahrzehnten waren derartige Zyklen vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern beobachtbar, ab den späten 1990er-Jahren ist der Populismus allerdings auch in den Industrieländern deutlich erstarkt. Wichtige Erklärungsansätze für die Zunahme des Populismus liegen z. B. in der ausgeprägten Globalisierung und den Auswirkungen von Handel und Automatisierung auf die Arbeits-

märkte und die Beschäftigung in der Industrie (siehe für Österreich Bekhtiar, 2023 bzw. auf EU-Ebene Dijkstra et al., 2020), aber auch in den wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahrzehnte (Guiso et al., 2019).

Zu den ökonomischen Folgen des Populismus haben Funke et al. (2023) eine umfassende quantitative Einschätzung vorgelegt. Die Analyse umfasst 60 größere Volkswirtschaften, die zusammen mehr als 95% des weltweiten BIP ausmachen (sowohl 1955 als auch 2015) und über einen Zeitraum von rund 100 Jahren betrachtet werden. Die Autoren zeigen, dass seit Beginn der 2000er-Jahre ein Höchststand an Populist:innen in Regierungsverantwortung erreicht wurde und aktuell der Rechtspopulismus dem Linkspopulismus den Rang abgelassen hat.

Im Wesentlichen bestätigen Funke et al. (2023) den Befund, dass populistische Regierungen schwere wirtschaftliche Schäden hinterlassen: Über einen Zeitraum von 15 Jahren schrumpfen BIP und Konsum um über 10% gegenüber einem kontrafaktischen Szenario ohne Populist:innen in Regierungsämtern. Entgegen der "Anti-Establishment-Rhetorik" lassen sich keine Verbesserungen in der Einkommensverteilung feststellen. Weitere Resultate populistischer Politik sind eine ökonomische Desintegration des internationalen Handels und der Finanzmärkte, eine nicht nachhaltige makroökonomische Politik und eine Erosion bestehender Institutionen. Zudem lassen sich ein Anstieg der Staatsschulden und der Inflation sowie eine Schwächung demokratischer Kontrollmechanismen, der Unabhängigkeit der Justiz und der Pressefreiheit beobachten. Dies deutet darauf hin, dass der Populismus die wirtschaftlichen Vorteile der demokratischen Institutionen untergräbt. Die wichtigsten Ergebnisse von Funke et al. (2023) sind sehr robust und gelten unabhängig von Zeitperiode und Weltregion.

Populismus geht häufig mit Protektionismus und ökonomischem Nationalismus einher. Der Brexit wird dafür als ein gutes Beispiel

Die internationale Literatur zeigt, dass sich die weltweite Zunahme des Populismus negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder auswirkt.

<sup>10)</sup> Siehe z. B. <https://www.duden.de/recht-schreibung/Populismus>.

angesehen, weil das Referendum (mit 51,9% für den Austritt) sehr knapp ausfiel und daher als quasi-zufällig betrachtet werden kann. Inzwischen gibt es eine große Zahl ökonomischer Studien, die negative Effekte des Brexit auf Produktion, Produktivität, ausländische Direktinvestitionen und die Inflation nachweisen. Born et al. (2019) zeigen, dass das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich bis zum Jahresende 2018 einen Produktionsrückgang von 1,7% bis 2,5% verursachte. Dhingra et al. (2017) hingegen schätzen die langfristigen Auswirkungen des Brexit (Effekt nach zehn Jahren) auf  $-6,3\%$  bis  $-9,4\%$  des BIP. Bloom et al. (2019) zeigen zudem, dass die Antizipation des Brexit die Investitionen schrittweise um rund 10%

reduzierte; die Produktivität des Vereinigten Königreichs sank über die drei Jahre nach dem Referendum um etwa 2% bis 5%.

In Summe zeigt die Literatur deutliche negative Effekte populistischer Politik, welche durch ökonomische Desintegration und reduzierten Handel stark die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und langfristig zu ausgeprägten wirtschaftlichen Verlusten führen, die hinsichtlich ihres Ausmaßes mit intensiven Wirtschaftskrisen vergleichbar sind. Zudem geht die Erosion demokratischer Institutionen mit einem Vertrauensverlust einher, welcher sich auch auf zukunftsorientierte ökonomische Entscheidungen, wie z. B. Investitionen, negativ auswirkt.

## 4. Zusammenfassung

Im Durchschnitt aller Indikatoren des "WIFO-Radars" erreichte Österreich zuletzt einen Prozentrang von 64,4. Österreich liegt damit aber weiter hinter dem oberen Drittel der europäischen Vergleichsländer zurück. Zehn Jahre zuvor war der mittlere Prozentrang mit 71,9 noch deutlich höher.

Mit einem durchschnittlichen Prozentrang von 75,8 schnitt Österreich in der Dimension **reale Einkommen, Produktivität und regionale Verteilung** zuletzt am besten ab. Ein wesentlicher Grund war das auch im internationalen Vergleich sehr kräftige Wirtschaftswachstum von 4,8% im Jahr 2022. In der Folge konnte sich Österreich insbesondere hinsichtlich der Multifaktorproduktivität sowie der Produktivität je Arbeitsstunde deutlich verbessern.

Im Durchschnitt der Indikatoren zum **Arbeitsmarkt und den sozialen Lebensverhältnissen** lag Österreich mit einem Prozentrang von 49,6 nur im Mittelfeld der Vergleichsländer. Dämpfend wirken weiterhin vor allem die niedrige Beschäftigungsquote (in Vollzeitäquivalenten) und der hohe Gender-Gap in der Erwerbsbeteiligung. Im Vorjahresvergleich konnte Österreich erneut in keinem Indikator dieser Dimension eine Verbesserung erzielen und rutschte auch in den Bereichen Arbeitslosenquote und Armutsgefährdung in Richtung des unteren Mittelfeldes ab.

Beim **Einsatz natürlicher Ressourcen** verbesserte sich Österreich mit einem mittleren Prozentrang von 67,5 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozentpunkte. Zurückzuführen ist dies vor allem auf höhere Prozenträge bei den Umweltpatenten sowie der Energieabhängigkeit. Hinsichtlich der Energieintensität

haben sich vergangene Positionsverluste jedoch verfestigt und bei der CO<sub>2</sub>-Intensität fiel Österreich im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück.

Österreichs Leistungsbilanzsaldo verschlechterte sich zuletzt wegen der hohen Aufwendungen für Energierohstoffe. Trotzdem verbesserte Österreich seinen Rang im Vergleich der **Außenhandelsströme** um eine Position (Prozentrang 70,0). Die Tourismusexporte erholten sich 2021 mit der erfolgreichen Sommersaison von den COVID-19-bedingten Einbußen, sodass sich der Weltmarktanteil Österreichs (Prozentrang 80,6) wieder dem langfristigen Durchschnitt annäherte. Trotz hoher Exportzuwächse blieb die Dynamik der heimischen Warenexporte hinter der Entwicklung auf dem Weltmarkt zurück. Mit einem Weltmarktanteil von knapp 0,9% erreichte Österreich nur einen Prozentrang von 61,3. Die Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner und die vergleichsweise milde Reaktion der Preise und Lohnstückkosten auf den Energiepreisschock ermöglichten Österreich 2022 eine markante Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Wie die Literatur zu den **ökonomischen Effekten des Populismus** zeigt, kann dieser durch wirtschaftliche Desintegration und reduzierten Handel die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften beeinträchtigen und langfristig zu enormen Wertschöpfungsverlusten führen. Die Erosion demokratischer Institutionen geht zudem mit einem Vertrauensverlust einher, welcher sich auch auf ökonomische Entscheidungen, wie z. B. Investitionen, deutlich negativ auswirkt.

Im Durchschnitt über alle 24 Indikatoren hat sich Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zuletzt geringfügig verbessert.

## 5. Literaturhinweise

Bachtrögler-Unger, J., Dolls, M., Krolage, C., Schüle, P., Taubenböck, H., & Weigand, M. (2023). EU Cohesion Policy on the Ground: Analyzing Small-Scale Effects Using Satellite Data. *Regional Science and Urban Economics*, 103. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0166046223000893?via%3Dihub>.

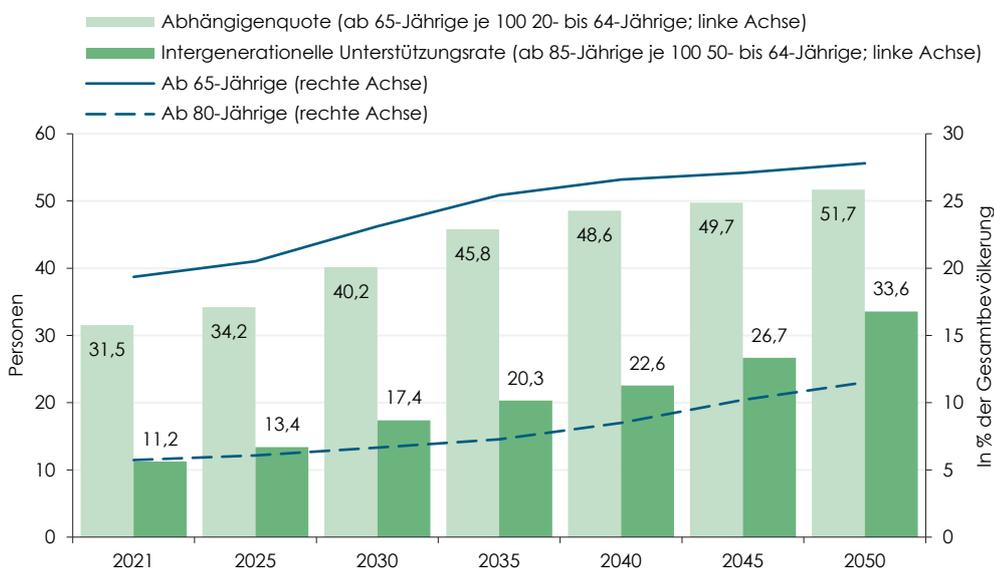
- Bärenthaler-Sieber, S., Bilek-Steindl, S., Bock-Schappelwein, J., Charos, A., & Peneder, M. (2023). Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung. *WIFO-Monatsberichte*, 96(5), 345-354. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70781>.
- Bekhtiar, K. (2023). The Decline of Manufacturing Employment and the Rise of the Far-Right in Austria. *IHS Working Paper Series*, 50. <https://irhs.ihs.ac.at/id/eprint/6649/>.
- Bittschi, B., & Meyer, B. (2023). Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 679-692. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/71163>.
- Bloom, N., Bunn, P., Chen, S., Mizen, P., Smietanka, P., & Thwaites, G. (2019). The Impact of Brexit on UK Firms. *NBER Working Paper*, (26218).
- Born, B., Müller, G. J., Schularick, M., & Sedláček, P. (2019). The costs of economic nationalism: evidence from the Brexit experiment. *The Economic Journal*, 129(623), 2722-2744.
- Burton, A., & Ehn-Fragner, S. (2023). Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstarkt. *WIFO-Monatsberichte*, 96(11), 765-777. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71222>.
- Dhingra, S., Huang, H., Ottaviano, G., Paulo Pessoa, J., Sampson, T., & Van Reenen, J. (2017). The costs and benefits of leaving the EU: trade effects. *Economic Policy*, 32(92), 651-705.
- Dijkstra, L., Poelman, H., & Rodríguez-Pose, A. (2020). The geography of EU discontent. *Regional Studies*, 54(6), 737-753.
- Dornbusch, R., & Edwards, S. (1991). The Macroeconomics of Populism in Latin America. In Dornbusch, R., & Edwards, S. (Hrsg.), *The Macroeconomics of Populism in Latin America* (S. 1-4). University of Chicago Press.
- Ederer, S., Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2023). Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 153-165. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70699>.
- Fritz, O., & Burton, A. (2022). Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn. *WIFO Research Briefs*, (26). <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/70470>.
- Fritz, O., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Streicher, G., Laimer, P., Pfeifer, T., Ostertag-Sydler, J., & Weiß, J. (2023). Auswirkungen von COVID-19 auf die österreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Jahr 2022. WIFO, Statistik Österreich. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70736>.
- Funke, M., Schularick, M., & Trebesch, C. (2023). Populist leaders and the economy. *American Economic Review*, 113(12), 3249-3288.
- Guiso, L., Herrera, H., Morelli, M., & Sonno, T. (2019). Global crises and populism: the role of Euro-zone institutions. *Economic Policy*, 34(97), 95-139.
- Guriev, S., & Papaioannou, E. (2022). The Political Economy of Populism. *Journal of Economic Literature*, 60(3), 753-832. <https://doi.org/10.1257/jel.20201595>.
- Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2023). Technologische Souveränität. Empirische Bestimmung und FTI-politische Implikationen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70753>.
- Kettner, C., Falkner, K., Kletzan-Slamanić, D., Köppl, A., Meyer, I., Naqvi, A., Renhart, A., Sinabell, F., Sommer, M., & van Dyck, C. (2023). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 96(9), 595-611. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71134>.
- Peneder, M., Köppl, A., Leoni, T., Mayerhofer, P., & Url, T. (2020). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. *WIFO-Monatsberichte*, 93(12), 887-898. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/66732>.
- Peneder, M., Bittschi, B., Köppl, A., Mayerhofer, P., Url, T., Bärenthaler-Sieber, S., & Böheim, M. (2023). Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/69778>.
- Peneder, M., Pitlik, H., & Charos, A. (2023). Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 167-175. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70700>.
- Piribauer, P., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Fritz, O., Huber, P., Klien, M., Mayerhofer, P., Sebbesen, A., & Streicher, G. (2023). Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 96(6), 389-406. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70834>.
- Sachs, J. D. (1989). Social conflict and populist policies in Latin America. *NBER Working Paper*, (2897).
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2023). Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71123>.
- Url, T., Vondra, K., & Glauning, U. (2023). Energy price shock poses additional challenge to Austria's price competitiveness. *Monetary Policy & the Economy*, (Q2-3/23), 67-97.

# Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich

Ulrike Famira-Mühlberger (WIFO), Birgit Trukeschitz (WU Wien)

- In den kommenden Jahrzehnten wird sich in Österreich die Zahl an alten Menschen sowohl absolut als auch relativ zu den Jüngeren stark erhöhen.
- Ceteris paribus werden deshalb die öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege beträchtlich steigen: von 1,4% des BIP im Jahr 2022 auf voraussichtlich 3,1% der Wirtschaftsleistung im Jahr 2060.
- Das bestehende System der Pflegefinanzierung ist aufgrund der fehlenden Gesamtsteuerung und der Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung äußerst komplex.
- Vielfältige Leistungen, heterogene Zuständigkeiten und komplexe Finanzströme sind nicht nur eine Herausforderung für die Organisation des Pflegeangebots, sondern auch für die Betroffenen.
- Die kürzlich abgeschlossenen Finanzausgleichsverhandlungen bringen zwar eine Aufstockung der Ressourcen für die Bereitstellung von Pflegedienstleistungen mit sich, aber keine grundlegende Reform in Richtung einer besseren Gesamtsteuerung.

## Demografische Entwicklung in Österreich bis 2050



**"Der Anteil der ab 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird sich bis 2050 fast verdoppeln. Die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen wird deshalb mittelfristig deutlich zunehmen. Auf diese Herausforderung muss sich die Gesellschaft vorbereiten."**

Auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren kamen 2021 31,5 ab 65-Jährige. Bis 2050 wird die Abhängigenquote auf 51,7 steigen. Die intergenerationelle Unterstützungsrate wird sich sogar auf 33,6 verdreifachen (Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose Dezember 2022 (Hauptvariante); WIFO-Berechnungen).

# Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich

Ulrike Famira-Mühlberger (WIFO), Birgit Trukeschitz (WU Wien)

## Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das System der Pflegefinanzierung künftig stark gefordert sein. Die Nachfrage nach Pflegegeld und vor allem nach Pflegedienstleistungen wird mittel- und langfristig deutlich zunehmen. Das bestehende Pflegefinanzierungssystem ist aufgrund der fehlenden Gesamtsteuerung und der Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung äußerst komplex. Dieser Beitrag untersucht die Finanzierungsstrukturen und zeigt die dadurch entstehenden regionalen Unterschiede in den Leistungen auf. Bisher fehlt es an koordinierten Finanz- und Bedarfsplänen sowie an Qualitätsstandards. Um zielgerichtet auf künftige Herausforderungen reagieren zu können, müssen das Pflegefinanzierungssystem vereinfacht und österreichweit gültige Standards eingeführt werden.

**JEL-Codes:** H51, I38, J14 • **Keywords:** Langzeitpflege, öffentlicher Sektor

**Begutachtung:** Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Elisabeth Arnold ([elisabeth.arnold@wifo.ac.at](mailto:elisabeth.arnold@wifo.ac.at)), Lydia Grandner ([lydia.grandner@wifo.ac.at](mailto:lydia.grandner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 4. 12. 2023

**Kontakt:** Ulrike Famira-Mühlberger ([ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at](mailto:ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at)), Birgit Trukeschitz ([birgit.trukeschitz@wu.ac.at](mailto:birgit.trukeschitz@wu.ac.at))

## On Public Financing of Long-term Care in Austria

Demographic developments will pose a major challenge to the system of financing long-term care in the future. The demand for long-term care benefits and, above all, long-term care services will increase sharply in the medium and long term. The current system of financing long-term care is extremely complex due to the lack of overall control and the separate responsibility for the provision of funds and services. This article examines the financing structures of the public sector for long-term care and highlights the resulting regional differences in long-term care services. There has been a lack of coordinated financial and demand plans and quality standards. To be able to respond to future challenges, the financing system needs to be simplified and nationwide standards introduced.

## 1. Hohe künftige Kostensteigerungen für Langzeitpflege

**Aufgrund von demografischen und gesellschaftlichen Faktoren wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich zunehmen. Die Politik muss frühzeitig darauf reagieren.**

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Zahl an alten Menschen in Österreich sowohl absolut als auch relativ zu den Jüngeren stark erhöhen. Der Anteil der ab 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird sich bis 2050 fast verdoppeln (Abbildung 1). Gemäß der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria wird die Zunahme zwischen 2035 und 2050 noch stärker ausfallen als in den Jahren davor. Die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen wird deshalb mittelfristig deutlich zunehmen. Auf diese Herausforderung muss sich die Gesellschaft vorbereiten. Der Finanzausgleich 2024 bis 2028, der im November 2023 beschlossen wurde, stellt erste wichtige Weichen.

Zusammengefasst wird die demografische Entwicklung in Abbildung 1. Die **Abhängigenquote** gibt das Verhältnis der ab 65-Jährigen zur Zahl der 20- bis 64-Jährigen an. Während im Jahr 2021 auf 100 20- bis 64-Jährige 31,5 ab 65-Jährige entfielen, wird dieser Wert bis zum Jahr 2050 voraussichtlich auf 51,7 ansteigen. Die höchsten Steigerungsraten sind dabei zwischen 2020 und 2040 zu erwarten, wenn die Baby-Boomer-Generation der 1960er-Jahre das Regelpensionsalter

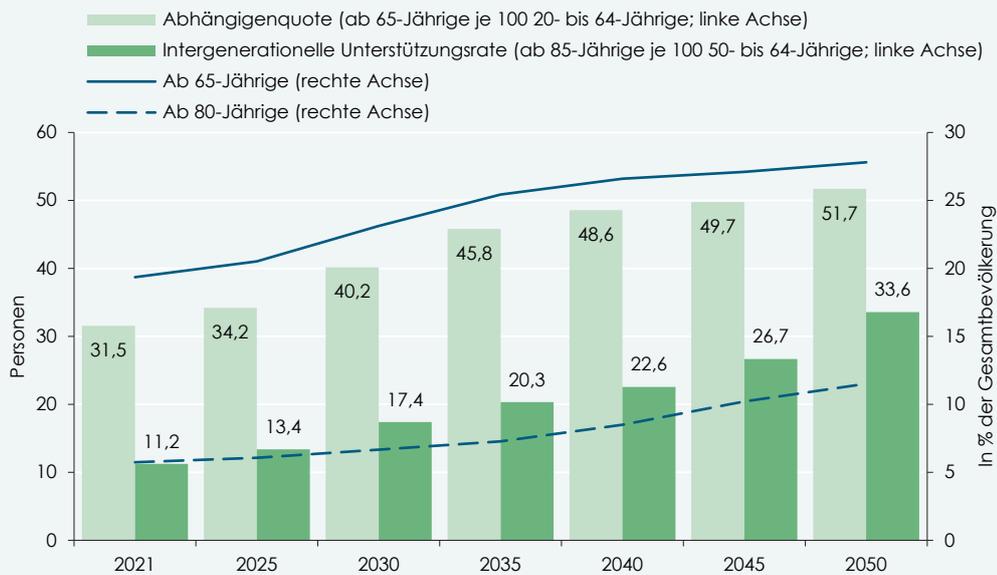
erreicht. Die **intergenerationelle Unterstützungsrate** wiederum ist das Verhältnis der ab 85-Jährigen zu den 50- bis 64-Jährigen, also der potenziell zu pflegenden Hochaltrigen zu jenen Personen, die in der Regel die informelle Pflege übernehmen könnten. Dieses Maß zeigt, dass sich die Kapazität für informelle Pflege reduzieren wird. Während 2021 auf 100 50- bis 64-Jährige 11,2 ab 85-Jährige kamen, dürfte die intergenerationelle Unterstützungsrate bis 2030 auf 17,4 und bis 2050 sogar auf 33,6 ansteigen. Im Jahr 2050 werden also 100 50- bis 64-Jährigen rund 34 Personen im Alter von zumindest 85 Jahren gegenüberstehen.

Zusätzlich zu den demografischen werden auch gesellschaftliche Faktoren die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen erhöhen. Vor allem aufgrund der im Durchschnitt höheren Ausbildungsabschlüsse von jüngeren Frauen, aber auch wegen verschärfter Zugangsbestimmungen zur Pension, werden Frauen in Zukunft häufiger bis ins höhere Alter auf dem Arbeitsmarkt aktiv sein als heute. Darüber hinaus prognostiziert Statistik Austria einen Anstieg der Einpersonnen-

haushalte, insbesondere unter Älteren<sup>1)</sup>). Wegen des starken Rückgangs der Geburtenrate, vor allem zwischen 1965 und 1985, haben künftige pflegebedürftige Personen im Durchschnitt wesentlich weniger Nachkommen als heutige Pflegebedürftige<sup>2)</sup>. Zudem führt das gestiegene Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes dazu, dass sich

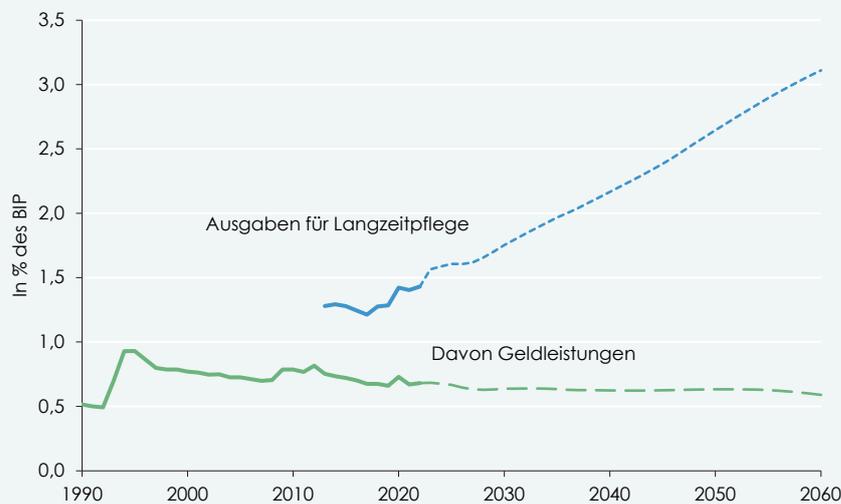
der Altersunterschied zwischen den Generationen erhöht und Kinder in Zukunft noch im erwerbsfähigen Alter sein werden, wenn ihre pflegebedürftigen Eltern Hilfe brauchen. All diese gesellschaftlichen Faktoren tragen dazu bei, dass das Pflegepotenzial innerhalb der Familie zurückgehen wird.

Abbildung 1: **Demografische Entwicklung in Österreich bis 2050**



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose Dezember 2022 (Hauptvariante); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2: **Projektion der öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege**



Q: Schiman-Vukan (2023).

<sup>1)</sup> <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/familien-haushalte-lebensformen/haushaltsprognosen> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>2)</sup> Während die Gesamtfertilitätsrate (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau) im Jahr 1965 2,7 betrug, ist

sie bis 1985 auf unter 1,5 gesunken und schwankt seither rund um dieses Niveau (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung-demographische-indikatoren-und-tafeln/demographische-zeitreihenindikatoren>, abgerufen am 27. 11. 2023).

Der öffentliche Sektor wird mittelfristig mit deutlich höheren Pflegeausgaben konfrontiert sein. Das System der Pflegefinanzierung muss daher effizienter werden, um nachhaltig zu sein.

Die genannten demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erhöhen die öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege. Abbildung 2 zeigt eine Projektion der öffentlichen Langzeitpflegeausgaben, die die demografische Entwicklung, einen Rückgang der informellen Pflege sowie Kostenentwicklungen im Pflegesektor berücksichtigt (siehe Schiman-Vukan, 2023). Die Nettoausgaben für Langzeitpflege steigen nach Maßgabe der Annahmen von 1,4% des BIP im Jahr 2022 auf 3,1% im Jahr 2060, wobei der Anteil der Dienstleistungen an den Gesamtausgaben kontinuierlich zunimmt.

Unter Zugrundelegung der aktuellen Ausgabenstruktur wird demnach der öffentliche Sektor in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit einer beträchtlichen Steigerung der Ausgaben für Langzeitpflege und -betreuung konfrontiert sein. Ein effizientes Finanzierungssystem ist für die Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen ein zentraler Faktor. Kapitel 2 stellt die Komplexität des derzeitigen österreichischen Pflegefinanzierungssystems mit dem Schwerpunkt auf der öffentlichen Finanzierung dar. Darauf aufbauend werden in Kapitel 3 mögliche politische Handlungsoptionen abgeleitet.

Die Leistungen für Langzeitpflegebedürftige und deren Zu- und Angehörige werden in Österreich überwiegend aus Steuermitteln finanziert.

Die soziale Absicherung im Falle von langfristiger Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit ist in Österreich anders organisiert und finanziert als die Absicherung gegen die sozialen Risiken Krankheit, Unfall bzw. Arbeitslosigkeit und auch anders als das Pensionssystem. Während diese Sicherungssysteme als Sozialversicherung ausgestaltet und überwiegend aus Beiträgen der Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen finanziert sind, werden für die öffentliche Finanzierung von Leistungen im Falle von Langzeitpflegebedürftigkeit vorwiegend Steuermittel eingesetzt.

Aus der österreichischen Bundesverfassung leitet sich die grundsätzliche Kompetenzverteilung der Gebietskörperschaften ab. Um die Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften sicherzustellen, sieht Art. 15a B-VG vor, Vereinbarungen zwischen den Gebietskörperschaften zu schließen. Diese Möglichkeit wurde in Österreich im Jahr 1993 zunächst genutzt, um das Langzeitpflegesystem zu etablieren. In späteren Jahren vereinbarten der Bund und die neun Länder die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung und die Harmonisierung der Sozialbetreuungsberufe (vgl. Trukeschitz et al., 2013). Die im November 2023 abgeschlossenen Finanzausgleichsverhandlungen resultierten im Bereich der Pflege neuerlich in Art. 15a B-VG-Vereinbarungen zwischen dem Bund und den neun Bundesländern zur Pflegefondsaufstockung sowie zur Aufteilung der Kosten für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung.

### 2.1 Vielfältige Leistungen zur Absicherung bei Langzeitpflegebedürftigkeit

In Österreich ist in den letzten Dekaden eine Vielfalt an öffentlich (ko-)finanzierten Leistungen für die soziale und gesundheitliche Absicherung bei Langzeitpflegebedürftigkeit entstanden. Diese Leistungen richten sich vorwiegend, aber nicht ausschließlich an **pflegebedürftige Personen**. Eine wesentliche

Säule der Versorgung bei Pflegebedürftigkeit bilden **informell Betreuende bzw. Pflegenden** (Nagl-Cupal et al., 2018), die explizit mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Zum einen können Leistungen für pflegende An- bzw. Zugehörige deren Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeleistungen erhalten ("resource"- and "co-worker"-Logik nach Twigg, 1989) und zum anderen Nachteile abmildern, die durch die Ausübung informeller Pflege und Betreuung entstehen ("co-client"-Logik nach Twigg, 1989; Schneider et al., 2016). Ein weiteres Argument für die gesamthafte Betrachtung von Leistungen für pflegebedürftige Personen und betreuende Angehörige resultiert aus allfälligen Spillover-Effekten, da öffentlich (ko-)finanzierte Leistungen für pflegebedürftige Personen oder deren An- bzw. Zugehörige auch beiden Personengruppen zugutekommen können. So verbessert laut Trukeschitz et al. (2018) die (öffentlich mitfinanzierte) mobile Pflege in Österreich nicht nur die Lebensqualität der betreuten Personen, sondern kann auch die Lebensqualität der betreuenden Angehörigen positiv beeinflussen. In eine umfassende Betrachtung und Analyse von Pflege(-finanzierungs-)systemen sind daher Leistungen und damit verbundene Ströme öffentlicher Ausgaben für beide Zielgruppen – pflegebedürftige Personen und deren Angehörige – einzubeziehen. Im Folgenden werden diese Leistungen skizziert<sup>3)</sup>.

**Geldleistungen** werden zum Teil direkt an die Leistungsberechtigten ausgezahlt, wie etwa das Pflegegeld (seit 1993), das Pflegekarengeld (seit 2013) oder der Angehörigenbonus (seit 2023). Sie kommen jedoch auch in Form von indirekten Zahlungen der jeweiligen Zielgruppe zugute, wie beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige im Rahmen der Selbst- und Weiterversicherung, die vom Bund übernommen werden. In Ergänzung zu Geldleistungen können außergewöhnliche

<sup>3)</sup> Für einen Überblick über die Leistungen des österreichischen Langzeitpflegesystems siehe Trukeschitz

und Schneider (2023), Trukeschitz et al. (2022) und Streicher et al. (2022).

Belastungen durch Krankheit oder Pflegebedürftigkeit steuerlich geltend gemacht werden<sup>4)</sup>).

Die **Dienstleistungen** für pflegebedürftige Personen umfassen mobile, teilstationäre und stationäre Betreuung und Pflege sowie Hospiz- und Palliativversorgung, mehrstündige Alltagsbegleitung, Essen auf Rädern, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen sowie das Case- und Care-Management. Dienstleistungen für pflegende Angehörige sind demgegenüber weniger ausdifferenziert und umfassen vor allem Entlastungsdienste, Kurzzeitpflege und Gesprächsrunden. Zudem werden Dienstleistungen zur Qualitätssicherung angeboten, wie die Besuche von pflegebedürftigen Personen durch diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen im Rahmen der Qualitätssicherung der häuslichen Pflege oder im Rahmen von Angehörigengesprächen. Öffentliche Mittel fließen in die Abgeltung der Dienstleistungen (z. B. Kostenzuschüsse für die mobile Pflege) und in die Bereitstellung (z. B. Errichtung und Betrieb von Heimen). In Pilotprojekten wird zurzeit "Community Nursing" erprobt<sup>5)</sup>. Community Nurses unterstützen in Gemeinden bei der Versorgung von Pflegebedürftigen. Die Pilotprojekte werden aus Mitteln der Europäischen Union und des Bundes finanziert und ab 2024 über den Pflegefonds abgewickelt. Eine Entscheidung über die Fortführung des "Community Nursing" wird 2024 getroffen und liegt nach der Überführung in den Pflegefonds bei den Bundesländern.

**Sachleistungen** ergänzen die Geld- und Dienstleistungen bei Langzeitpflegebedürftigkeit. Dazu zählen etwa Heilbehelfe und Hilfsmittel (z. B. Rollstühle, Pflegebetten), die von manchen Pflegeorganisationen gegen Entgelt leihweise zur Verfügung gestellt oder aus Mitteln der beitragsfinanzierten Krankenversicherung (mit-)finanziert werden.

Zusätzlich werden öffentliche Mittel für die **Ausbildung von Betreuungs- und Pflegepersonen** eingesetzt (z. B. Pflegegeldstipendium des AMS, Ausbildungsbeiträge für die Pflegeausbildung usw.), auf die aber in diesem Beitrag nicht näher eingegangen wird.

Während die ausgabenstärksten **Geldleistungen bundesweit einheitlich** verfügbar sind (z. B. Pflegegeld, Förderung der 24-Stunden-Betreuung, Beitragszahlungen für die Weiter- und Selbstversicherung von pflegenden Angehörigen), **unterscheiden** sich Organisation und Ausgestaltung der **Dienst-**

**leistungen in den neun Bundesländern.** Trotz Harmonisierungsbestrebungen sind die Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, ebenso wie Ausmaß und Art der Unterstützung. Darüber ergänzen in manchen Bundesländern Geldleistungen jene des Bundes, wie z. B. die Förderung der 24-Stunden-Betreuung in Niederösterreich, Vorarlberg und im Burgenland, der Zuschuss zum Pflegegeld in Vorarlberg und der "NÖ Pflege- und Betreuungsscheck" in Niederösterreich.

## 2.2 Aufgeteilte Zuständigkeiten und komplexe Ströme öffentlicher Mittel

Seit Ausrichtung der Sozialpolitik auf die explizite Absicherung bei Langzeitpflegebedürftigkeit im Jahr 1993 hat sich eine Vielfalt an Leistungen entwickelt, mit der auch vielfältige Finanzierungsquellen und komplexe Finanzierungsströme verbunden sind. Abbildung 3 gibt einen Überblick über die Leistungen der Langzeitpflege und deren Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Sie zeigt vereinfacht die verantwortlichen Akteur:innen des öffentlichen Sektors und die mit den einzelnen Leistungen verbundenen Ströme öffentlicher Mittel.

### 2.2.1 Die Rolle des Bundes

Der Bund ist in der Langzeitpflege und -betreuung für Geldleistungen verantwortlich und unterstützt die Finanzierung von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der Länder. Seit 2012 obliegen dem Bund die Gesetzgebung und die Finanzierung des im Jahr 1993 eingeführten **Pflegegeldes**, das über die Pensionsversicherungsträger ausbezahlt wird. Länder und Gemeinden übernehmen jährlich eine geringe und über die Zeit anteilmäßig schrumpfende finanzielle Beteiligung in Höhe des Kostenbeitrags, den sie im Jahr 2010 zur Finanzierung des Pflegegeldes beisteuerten (276/ME XXIV. GP, Ministerialentwurf, Erläuterungen Pflegegeldreformgesetz<sup>7)</sup>). Das siebenstufige Pflegegeld wird nach österreichweit einheitlichen Kriterien ausbezahlt. Es gibt jedoch auch Sonderprogramme auf Landesebene. So können in Vorarlberg Bezieher:innen von Pflegegeld der Stufen 5 bis 7 einen pauschalierten Landeszuschuss von monatlich 200 € beantragen, wenn die Pflege überwiegend von Angehörigen oder Nachbar:innen erbracht wird<sup>8)</sup>.

Der Bund finanziert auch wesentliche **Leistungen für pflegende Angehörige**, wie die Beiträge für die Selbst- und Weiterversiche-

Trotz Harmonisierungsbestrebungen sind die Anspruchsvoraussetzungen für Pflegedienstleistungen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.

Der Vielfalt an Leistungen und der Kompetenzverteilung entsprechen vielfältige Finanzierungsquellen und komplexe Finanzierungsströme.

<sup>4)</sup> <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitsnehmerinnenveranlagung/was-kann-ich-geltend-machen/aussergewoehnliche-belastungen/ausser-gewoehnliche-belastungen-mit-selbstbehalt.html> (abgerufen am 27. 11. 2023).

<sup>5)</sup> <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitsnehmerinnenveranlagung/was-kann-ich-geltend-machen/aussergewoehnliche-belastungen/ausser-gewoehnliche-belastungen-mit-selbstbehalt.html> (abgerufen am 27. 11. 2023).

[gewoehnliche-belastungen-mit-selbstbehalt.html](https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitsnehmerinnenveranlagung/was-kann-ich-geltend-machen/aussergewoehnliche-belastungen/ausser-gewoehnliche-belastungen-mit-selbstbehalt.html) (abgerufen am 27. 11. 2023).

<sup>6)</sup> <https://cn-oesterreich.at/> (abgerufen am 28. 11. 2023).

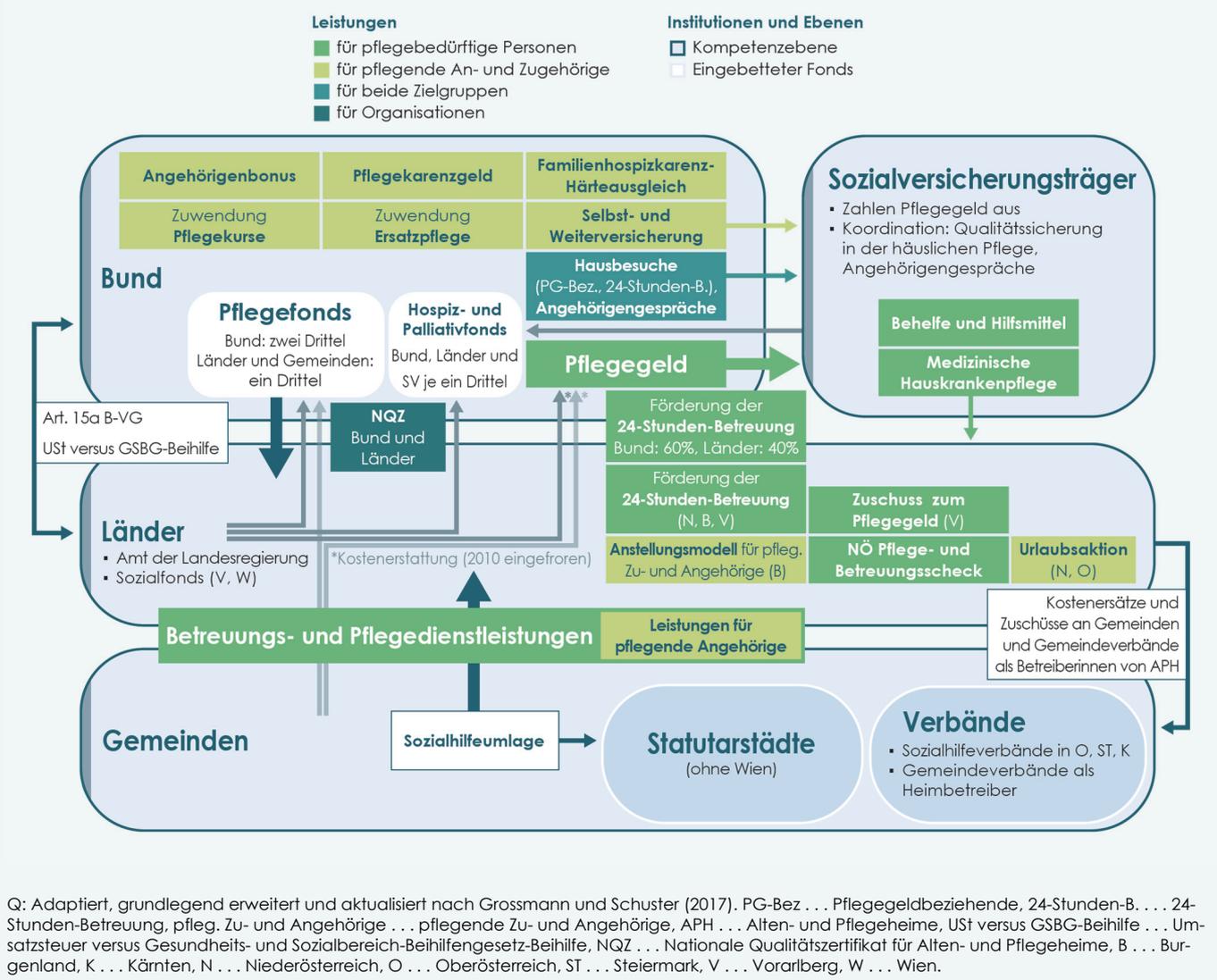
<sup>7)</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/ME/276/fname\\_214848.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/ME/276/fname_214848.pdf) (abgerufen am 28. 11. 2023).

<sup>8)</sup> <https://vorarlberg.at/-/zuschuss-des-landes-zur-h%C3%A4uslichen-betreuung-und-pflege-1> (abgerufen am 30. 11. 2023).

zung, das Pflegekarenzgeld, Zuwendungen für Pflegekurse und für Ersatzpflege. Für finanzielle Notlagen während einer Karenzierung, um sterbende Angehörige zu begleiten oder zu betreuen, stehen Bundesmittel

des Familienhospizkarenz-Härteausgleichs zur Verfügung. Ab Mitte 2023 wurde für eine bestimmte Gruppe informell Pflegenden erstmalig ein Angehörigenbonus ausbezahlt<sup>9)</sup>.

Abbildung 3: Öffentliche Finanzierung der Leistungen in der Langzeitpflege



Q: Adaptiert, grundlegend erweitert und aktualisiert nach Grossmann und Schuster (2017). PG-Bez . . . Pflegegeldbeziehende, 24-Stunden-B. . . 24-Stunden-Betreuung, pfleg. Zu- und Angehörige . . . pflegende Zu- und Angehörige, APH . . . Alten- und Pflegeheime, USt versus GSBG-Beihilfe . . . Umsatzsteuer versus Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz-Beihilfe, NQZ . . . Nationale Qualitätszertifikat für Alten- und Pflegeheime, B . . . Burgenland, K . . . Kärnten, N . . . Niederösterreich, O . . . Oberösterreich, ST . . . Steiermark, V . . . Vorarlberg, W . . . Wien.

**Der 2011 eingerichtete Pflegefonds ist 2024 mit 1,1 Mrd. € dotiert und wird jährlich valorisiert.**

Eine besondere Rolle nimmt der Bund in der **Kofinanzierung von Dienstleistungen** für pflegebedürftige Personen ein. Gemäß der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern liegt die Bereitstellung von Pflegedienstleistungen in der Verantwortung der Bundesländer. Bundesmittel unterstützen jedoch in mehreren Programmen die Versorgung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen mit bedarfsgerechten Dienstleistungen. Dafür wurden geteilte finanzielle Verantwortlichkeiten zwischen den Gebietskörperschaften für die Dotierung des Pflegefonds, die einkommensabhängige Förderung der bundesweit einheitlichen 24-Stunden-Betreuung, und die finanzielle Unterstützung der Zertifizierung von Alten- und Pflegeheimen zur Qualitäts-

sicherung vereinbart. Zur Finanzierung der Leistungen des Hospiz- und Palliativfonds tragen neben dem Bund und den Ländern auch die Sozialversicherungsträger bei.

Bund und Länder bzw. Gemeinden teilen sich im Verhältnis 2 : 1 die finanzielle Verantwortung der Dotierung des 2011 beim Sozialministerium eingerichteten **Pflegefonds** (siehe Kasten "Der Pflegefonds"). Die Mittel dafür werden durch einen Vorwegabzug vor der Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben gemäß dem jeweiligen Finanzausgleichsgesetz aufgebracht und umfassen im Jahr 2024 1,1 Mrd. €. Gegenüber 2023 bedeutet das eine Aufstockung um 644 Mio. €. In den Jahren 2025 bis 2028 wird der Pflege-

<sup>9)</sup> Für Details zu den Voraussetzungen des Angehörigenbonus siehe <https://www.sozialministerium.at/>

[Themen/Pflege/Betreuende-und-Pflegende-Angehoeerige.html](#) (abgerufen am 30. 11. 2023).

fonds um die Wachstumsrate des Verbraucherpreisindex (VPI) laut mittelfristiger WIFO-Prognose vom Oktober 2023 zuzüglich 2 Prozentpunkte erhöht (Baumgartner et al., 2023).

Teile der Finanzierung der Pflege sind nach wie vor in der Sozialhilfe verankert. Durch die Abschaffung des Vermögensregresses im Bereich der stationären Pflege im Jahr 2018 stiegen die notwendigen Leistungen aus der bei den Ländern angesiedelten Sozialhilfe

nochmals an. Klien et al. (2020) beziffern die Auswirkungen des Entfalls des Vermögensregresses im Jahr 2018 mit gut 270 Mio. €. Projektionen zeigen für das Jahr 2030 einen Entfall von knapp 600 Mio. €. In den jüngsten Finanzausgleichsverhandlungen wurde beschlossen, den Ländern bis 2028 weiterhin 300 Mio. € pro Jahr zur Verfügung zu stellen, um die Mindereinnahmen durch den Entfall des Vermögensregresses teilweise zu kompensieren.

## Der Pflegefonds

Auch wenn der Name "Pflegefonds" vermuten ließe, dass über diesen Fonds alle Leistungen für die Langzeitpflege zentral koordiniert und finanziert werden, ist dies derzeit nicht der Fall. Der Pflegefonds wurde als Verwaltungsfonds eingerichtet, um in Form von Zweckzuschüssen den bedarfsgerechten Aufbau, Ausbau und die Sicherung von Pflegedienstleistungen zu unterstützen (Pflegefondsgesetz (PFG) § 1)<sup>1)</sup>. Zugleich wurden Bestimmungen eingeführt, um die Datengrundlage zu den Pflegedienstleistungen zu verbessern. Über die Zeit wurden auch andere Agenden an den Pflegefonds übertragen. So erhalten die Länder über den Pflegefonds einen Fixbetrag aus dem allgemeinen Bundeshaushalt als Ersatz für den Einnahmenentfall durch das Verbot des Pflegeregresses (nach § 330a ASVG; § 1 Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss aufgrund der Abschaffung des Zugriffs auf Vermögen bei Unterbringung von Personen in stationären Pflegeeinrichtungen). Um Auswirkungen von Pandemien, zuletzt der COVID-19-Pandemie, abzufedern, können über den Pflegefonds zweckgebundene Zuschüsse aus Mitteln des Krisenfonds für bestimmte Einsatzbereiche ausbezahlt werden. Ab 1. Jänner 2024 erhält der Pflegefonds erneut zusätzliche Aufgaben, da Teile der bisherigen Bundesmittel, die im Rahmen der jüngsten Pflegereform für die Jahre 2022 bis 2026 budgetiert wurden, in den Pflegefonds überführt werden. Dies betrifft die Ausgaben im Rahmen des Pflegeausbildungszweckzuschusses (PAusbZG; Pflegeausbildungsstipendium in der Höhe von 600 €) sowie des Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetzes (EEZG; Entgelterhöhung für Pflegekräfte). Ebenso wurden die Bundesmittel für die Finanzierung der "Community Nurses" in den Pflegefonds überführt und als achtetes Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebot rechtlich verankert (2303 der Beilagen XXVII. GP – Regierungsvorlage – Erläuterungen)<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Pflegefondsgesetz – PFG, Bundesgesetz, mit dem ein Pflegefonds eingerichtet und ein Zweckzuschuss an die Länder zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege für die Jahre 2011 bis 2023 gewährt wird, BGBl. I Nr. 57/2011 i. d. F. BGBl. I Nr. 9/2022. <https://www.jusline.at/gesetz/pfg/paragraf/1> (abgerufen am 28. 11. 2023). – <sup>2)</sup> Damit sind folgende Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebote im Pflegefonds verankert: mobile Dienste, teilstationäre Dienste, Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen, Case- und Care-Management, mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste, Community Nurses.

Im Jahr 2022 wurde beim Sozialministerium der **Hospiz- und Palliativfonds** eingerichtet, mit dem der Bund die Bereitstellung von bedarfsgerechten und leistbaren Dienstleistungsangeboten im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung in den Bundesländern unterstützt. Der Fonds ist derzeit unbefristet dotiert und wird zu je einem Drittel von Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern finanziert (Hospiz- und Palliativfondsgesetz – HosPalFG)<sup>10)</sup>.

Als **qualitätssichernde Maßnahmen** finanziert der Bund im Bereich der Langzeitpflege zwei Programme und hat die Zertifizierung von Vermittlungsagenturen in der 24-Stunden-Betreuung initiiert. So besuchen und beraten diplomierte Pflegekräfte im Rahmen des ersten Programms, der "Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege", jährlich kostenlos eine bestimmte Zahl an Pflegegeldbezieher:innen. Diese "Hausbesuche" finden verpflichtend statt, wenn Pflegegeldbezieher:innen eine Förderung für die 24-Stunden-Betreuung beantragt haben. Im zweiten

Programm, den "Angehörigengesprächen", beraten Psycholog:innen kostenfrei pflegende Angehörige<sup>11)</sup>. Beide Programme werden von der Sozialversicherung der Selbständigen im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz koordiniert. Im Jahr 2019 wurde das "Österreichische Qualitätszertifikat für Vermittlungsagenturen in der 24-Stunden-Betreuung" (ÖQZ-24) eingeführt, das vom Sozialministerium gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich sowie den großen Wohlfahrtsträgern entwickelt wurde<sup>12)</sup>. Vermittlungsagenturen können bei der Wirtschaftskammer eine Förderung für die Erstzertifizierung beantragen.

Auch die Zertifizierung von stationären Langzeitpflegeeinrichtungen finanziert der Bund gemeinsam mit dem jeweiligen Bundesland, in dem das antragstellende Alten- und Pflegeheim seinen Sitz hat. Das "Nationale Qualitätszertifikat für Alten- und Pflegeheime" (NQZ) ging 2013 als Maßnahme der Qualitätssicherung der stationären Langzeitpflege

<sup>10)</sup> [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2022\\_I\\_29/BGBLA\\_2022\\_I\\_29.pdfsig](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2022_I_29/BGBLA_2022_I_29.pdfsig) (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>11)</sup> <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=667> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>12)</sup> <https://oeqz.at/das-oeqz-24/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

in den Regelbetrieb über. Als Marke des Sozialministeriums wird das NQZ von Bund und Ländern gemeinsam vergeben und finanziert<sup>13</sup>). Die Länder unterstützen finanziell den jeweiligen Heimträger, während der Bund die Zertifizierungsorganisation, den "Verein zur Förderung der Qualität in der Betreuung älterer Menschen", unterstützt<sup>14</sup>).

### 2.2.2 Die Rolle der Bundesländer

Jedes der **neun Bundesländer** hat die Regelungs-, Planungs- und Koordinationskompetenz für Betreuungs- und Pflegedienstleistungen (siehe Kapitel 2.1). Die Verwaltung erfolgt in sieben Bundesländern in den Fachabteilungen der Ämter der jeweiligen Landesregierungen und in Wien und Vorarlberg über je einen Fonds – den Fonds Soziales Wien (FSW) und den Sozialfonds der Landesregierung Vorarlberg. Beide Fonds übernehmen über die Versorgung bei Pflegebedürftigkeit hinaus auch allgemeine soziale Aufgaben. Tochtergesellschaften des FSW bieten Tageszentren und mobile Dienste an. Die Finanzierung der Fonds erfolgt im Falle von Wien aus Mitteln der Stadt und anderen Einnahmequellen<sup>15</sup>) und in Vorarlberg aus Beiträgen von Land und Gemeinden im Verhältnis 60 : 40<sup>16</sup>).

Neben den Organisationsstrukturen unterscheiden sich innerhalb Österreichs auch die Angebotsmodelle für Langzeitpflege und -betreuung. So findet sich in Vorarlberg ein besonderes Finanzierungssystem für die Hauskrankenpflege. Diese wird in Österreich grundsätzlich aus Eigenmitteln der Leistungsbeziehenden bezahlt und nach den Kriterien der jeweiligen Bundesländer aus Steuermitteln gefördert. In Vorarlberg weist das Finanzierungssystem der Hauskrankenpflege Elemente eines nach Solidarzielen ausgestalteten Versicherungsprinzips auf, zumal erst die Mitgliedschaft in einem der 66 Hauskrankenpflegevereine zum Leistungsbezug berechtigt<sup>17</sup>). Ein jährlicher altersunabhängiger Mitgliedsbeitrag und eine altersgruppenbezogene einmalige Aufnahmegebühr berechtigen dazu, Hauskrankenpflege zu günstigen Pflegebeiträgen in Anspruch zu nehmen. Rabatte auf die Pflegebeiträge gibt es bei 10-, 20- und 30-jähriger Mitgliedschaft<sup>18</sup>). Die Mitgliedschaft kann vor oder nach Eintritt der Pflegebedürftigkeit beantragt werden. Mitgliedsbeiträge, Pflegebeiträge und Spenden machen bis zu 40% der Finanzierung aus. Die

restlichen Mittel stellen das Land Vorarlberg, die Gemeinden und die Sozialversicherungsträger<sup>19</sup>).

Auch das Angebot an zusätzlichen Förderungen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. So hat das Land Niederösterreich 2023 für bestimmte Gruppen von pflegebedürftigen Personen den pauschalierten "NÖ Pflege- und Betreuungsscheck" eingeführt<sup>20</sup>). Vorarlberg zahlt ab Pflegegeldstufe 5 einen Zuschuss zum Pflegegeld. Drei Bundesländer (Niederösterreich, Burgenland und Vorarlberg) fördern mit unterschiedlichen Anspruchsberechtigungen zusätzlich zur bundesweiten Förderung mit Landesmitteln die 24-Stunden-Betreuung.

Während Dienstleistungen für pflegebedürftige Personen in allen neun Bundesländern verfügbar sind, sind explizit auf Angehörige ausgerichtete Leistungen auf Landesebene eher selten. Auf den Webseiten der Länder finden sich vorwiegend Informationen zu den Bundesleistungen für pflegende Angehörige. Manche Länder informieren zudem über Stammtische und Gesprächsgruppen, und stellen Informationen bereit. Ob ein Angebot für pflegende Zu- bzw. Angehörige verfügbar und wie es ausgestaltet ist, hängt vom jeweiligen Bundesland ab. So wird in Salzburg Ersatzpflege, also die Vertretung pflegender Angehöriger im Falle ihrer Abwesenheit, zu unterschiedlichen Konditionen seitens der Länder gefördert. Niederösterreich und Oberösterreich fördern den Urlaub von hauptbetreuenden Angehörigen mit Hauptwohnsitz im jeweiligen Bundesland, wenn die betreute Person zumindest Pflegegeld der Stufe 3 bezieht<sup>21</sup>). Das Burgenland hat im Jahr 2019 als erstes Bundesland ein Anstellungsmodell eingeführt, in dem pflegende Angehörige und ab 2024 auch Personen mit einem Vertrauensverhältnis zum bzw. zur Gepflegten (z. B. Freund:innen oder Nachbar:innen) bei der Pflegeservice Burgenland GmbH angestellt werden können. Gehalt und Lohnnebenkosten werden vom Land Burgenland gefördert, um den Lebensunterhalt von pflegenden Angehörigen über eine voll sozialversicherungspflichtige Anstellung abzusichern (zur Kostenteilung siehe Trukeschitz et al., 2022) und den Pflegebedürftigen den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Mittelfristig soll in Verbindung mit Ausbildungsmöglichkeiten auch zusätzliches Personal für soziale Berufe

Jedes der neun Bundesländer hat die Regelungs-, Planungs- und Koordinationskompetenz für Betreuungs- und Pflegedienstleistungen.

Explizit auf pflegende Angehörige ausgerichtete Leistungen gibt es auf Landesebene kaum.

<sup>13</sup>) <https://www.nqz-austria.at/das-nqz/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>14</sup>) <https://www.nqz-austria.at/nqz-zertifizierungseinrichtung/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>15</sup>) [https://www.fsw.at/downloads/satzung\\_berichte/satzung/Satzung\\_FSW.1678781132.pdf](https://www.fsw.at/downloads/satzung_berichte/satzung/Satzung_FSW.1678781132.pdf) (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>16</sup>) [https://vorarlberg.at/documents/302033/25148273/1%C3%A4tigkeitbericht\\_Sozialfonds\\_2022.pdf/95a33b23-4236-5c4b-6883-2c030814497d?t=1689162379754](https://vorarlberg.at/documents/302033/25148273/1%C3%A4tigkeitbericht_Sozialfonds_2022.pdf/95a33b23-4236-5c4b-6883-2c030814497d?t=1689162379754) (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>17</sup>) <https://www.hauskrankenpflege-vlbg.at/hauskrankenpflege/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>18</sup>) <https://www.hauskrankenpflege-vlbg.at/vereine/vorderland/mitgliedschaft/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>19</sup>) <https://www.hauskrankenpflege-vlbg.at/hauskrankenpflege/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>20</sup>) [https://www.noel.gv.at/noe/Pflege/NOe\\_Pflege\\_und\\_Betreuungsscheck.html](https://www.noel.gv.at/noe/Pflege/NOe_Pflege_und_Betreuungsscheck.html) (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>21</sup>) [https://www.noel.gv.at/noe/Pflege/Urlaubsaktion\\_fuer\\_Pflegende\\_Angehoerige.html](https://www.noel.gv.at/noe/Pflege/Urlaubsaktion_fuer_Pflegende_Angehoerige.html) und <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/236719.htm> (abgerufen am 30. 11. 2023).

gewonnen werden<sup>22</sup>). Oberösterreich rief 2021 ein Pilotprojekt in Anlehnung an das burgenländische Modell ins Leben, lässt dieses jedoch wieder auslaufen.

### 2.2.3 Die Rolle der Gemeinden

Die österreichischen Gemeinden sind in unterschiedlicher Form in die Finanzierung und Bereitstellung von Dienstleistungen der Langzeitpflege eingebunden. In Oberösterreich haben sich die Gemeinden zu 15 Sozialhilfeverbänden zusammengeschlossen<sup>23</sup>), die allgemeine soziale Aufgaben wahrnehmen. Im Bereich der Langzeitpflege übernehmen sie Koordinations- und Finanzierungsaufgaben, stellen die Organisation mobiler Dienste sicher und betreiben Alten- und Pflegeheime<sup>24</sup>). In Kärnten werden über Sozialhilfeverbände Betreutes Wohnen, Seniorenheime, Alten- und Pflegeheime sowie Tageszentren betrieben; vereinzelt beraten die Verbände auch zu Pflege und Betreuung. In Salzburg sind Seniorenwohnheimverbände als Gemeindeverbände organisiert<sup>25</sup>). Auch in der Steiermark spielten Sozialhilfeverbände für die Langzeitpflege bislang eine bedeutende Rolle. In Reaktion auf den Bericht des Rechnungshofes sollen die dortigen Sozialhilfeverbände allerdings mit 1. Jänner 2024 aufgelöst werden<sup>26</sup>). In Tirol sind Gemeinden zu Gesundheits- und Sozialsprengeln zusammengeschlossen, die als Verein oder als GmbH organisiert sind und mobile Dienste, vereinzelt auch Heilbehelfsverleih und Kurzzeitpflege, anbieten. Eine besondere Rolle auf Gemeindeebene kommt den 15 Statutarstädten zu (einschließlich Wien, das zugleich Bundesland ist). Sie verfügen über ein landesgesetzlich erlassenes Stadtrecht und haben eigene Regelungen und Institutionen. Statutarstädte in Oberösterreich und der Steiermark finanzieren und erbringen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen (vgl. Hochholding et al., 2023).

Die Gemeinden entrichten eine **Sozialhilfeumlage** an das Land bzw. in Wien und Vorarlberg an den jeweiligen Sozialfonds. Die Umlage finanziert neben allgemeinen sozialen Agenden auch die Langzeitpflege. Eine Mitsprachemöglichkeit der Gemeinden ist jedoch häufig nicht vorhanden (vgl. Biwald et al., 2019). Auch auf Gemeindeebene werden neue Modelle für Leistungen bei Langzeitpflegebedürftigkeit erprobt. So beginnt die Stadt Graz 2024 ein einjähriges Projekt, in dem die Anstellung pflegender Angehöriger ausprobiert wird<sup>27</sup>).

<sup>22</sup>) <https://www.soziale-dienste-burgenland.at/pflegeberatung/stellungsmodell-betreuende-angehoerige/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>23</sup>) <https://www.shv.at/as/index.php> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>24</sup>) <https://www.shv.at/as/04aufgaben.php> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>25</sup>) <https://www.salzburg.gv.at/verwaltung/Seiten/seniorenwohnheimverbaende.aspx> (abgerufen am 30. 11. 2023).

Finanzielle Verflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften zeigen sich auch, wenn Gemeinden und Gemeindeverbände als Betreiber von Alten- und Pflegeheimen finanzielle Mittel vom Land in Form von **Kostenersatz bzw. Zuschüssen** erhalten (Grossmann & Schuster, 2017), und in Bezug auf die Umsatzsteuer. Erhält z. B. ein Gemeindeverband aus Landesmitteln einen Heimtarif, in dem die Umsatzsteuer inkludiert ist, und führt diese Umsatzsteuer an den Bund ab, so gewährt der Bund dem Land im Ausmaß der Umsatzsteuerleistung eine Beihilfe nach dem Gesundheits- und Beihilfengesetz (GSBG) (Grossmann & Schuster, 2017).

### 2.2.4 Die Rolle der Sozialversicherungsträger

Obwohl die Langzeitbetreuung und -pflege in Österreich aus Steuermitteln öffentlich (ko-)finanziert und vorwiegend von den Gebietskörperschaften geregelt und verwaltet wird, spielen auch Sozialversicherungsträger eine wichtige Rolle. Als zentrale Akteure zahlen die Pensionsversicherungsträger das überwiegend aus Bundesmitteln finanzierte Pflegegeld an die berechtigten Antragsteller:innen oder – im Falle eines Heimaufenthalts der pflegegeldbeziehenden Person mit einer Kostenbeteiligung aus öffentlichen Mitteln – überwiegend an den jeweiligen Kostenträger aus<sup>28</sup>). Die Sozialversicherung der Selbständigen koordiniert im Auftrag des Sozialministeriums die Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege sowie die Angehörigengespräche (siehe dazu Trukeschitz et al., 2022). Wie erwähnt, ermöglichen Bundesmittel pflegenden Angehörigen kostenfrei die Selbst- und Weiterversicherung in der Pensions- und Krankenversicherung. Das Arbeitsmarktservice bzw. der Bund übernehmen die Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge, wenn Familienhospizkarenz in Anspruch genommen wird<sup>29</sup>). Die Sozialversicherungsträger finanzieren zudem zu einem Drittel den Hospiz- und Palliativfonds.

Auch relevante Dienstleistungen für die mobile Versorgung finden sich an der Schnittstelle von Gesundheits- und Pflegesystem. Während für die Hauskrankenpflege entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit Eigenmittel der Pflegebedürftigen einzusetzen sind, wird die medizinische Hauskrankenpflege aus Mitteln des jeweiligen Krankenversicherungsträgers über Beitragszahlungen von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen finanziert und kann für einen bestimmten Zeitraum kostenfrei bezogen werden. Pflege- und Gesundheitssystem treffen hier

Die von den Gemeinden entrichtete Sozialhilfeumlage finanziert neben allgemeinen sozialen Agenden auch die Langzeitpflege.

<sup>26</sup>) <https://www.soziales.steiermark.at/cms/beitrag/12872088/5195/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>27</sup>) <https://www.graz.at/cms/beitrag/10417296/8106610/> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>28</sup>) <https://www.pv.at/cdscontent/?contentid=10007.707702&portal=pvportal> (abgerufen am 30. 11. 2023).

<sup>29</sup>) <https://www.pv.at/cdscontent/?portal=pvportal&contentid=10007.707703> (abgerufen am 30. 11. 2023).

mit unterschiedlichen Finanzierungslogiken zusammen.

Der jeweilige Krankenversicherungsträger erstattet oder bezuschusst auch die Kosten für die in der Langzeitpflege relevanten Heilbehelfe (z. B. Kompressionsstrümpfe) und Hilfsmittel (z. B. Rollstühle). Die Krankenversiche-

rungsträger überweisen Kostenerstattung und -zuschüsse je nach länderspezifischer Organisation an das jeweilige Bundesland (z. B. in Oberösterreich), an den betreffenden Fonds (z. B. in Wien) oder an Betreuungs- und Pflegeorganisationen als Vertragspartnerinnen (z. B. in Niederösterreich).

### 3. Eine Einordnung des Pflegefinanzierungssystems

**Ein Grund für die Komplexität der Pflegefinanzierung ist die Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung im Bereich der Pflegedienstleistungen.**

Kapitel 2 skizzierte die überaus komplexen Strukturen der Finanzierung der österreichischen Langzeitpflege aus öffentlichen Mitteln. Ein Grund für die Komplexität der öffentlichen Pflegefinanzierung ist die Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung im Bereich der Pflegedienstleistungen. Die Unübersichtlichkeit der Finanzierungsbeteiligungen und -ströme resultiert auch aus den Veränderungen des Langzeitpflegesystems über die Zeit. Darüber hinaus kann sie zum Teil mit der Heterogenität der Pflegedienstleistungsangebote erklärt werden. Trotz des Ziels einer Harmonisierung der Betreuungs- und Pflegedienstleistungen, formuliert durch das Pflegefondsgesetz, variieren die angebotenen Dienstleistungen beträchtlich zwischen den Bundesländern. Zudem mangelt es an verbindlichen, österreichweit einheitlichen Zielsetzungen. Eine abgestimmte Gesamtsteuerung dieses komplexen Systems ist bislang nicht möglich, da Gremien, koordinierte Finanz-, Bedarfs- und Entwicklungspläne sowie Qualitätsstandards im Bereich der Pflege fehlen, wie der Rechnungshof Österreich (2020) kritisierte.

Die daraus resultierende Heterogenität der Angebote und Zuständigkeiten ist nicht nur eine Herausforderung für die Organisation der Pflegeversorgung, sondern auch für die Betroffenen. In Österreich bestehen zum Teil gravierende Unterschiede in Art und Umfang des geförderten Pflegeangebots, mit deutlichen Abweichungen in den Tarifen und der individuellen bzw. familiären finanziellen Belastung (siehe z. B. Rechnungshof Österreich, 2020). Ebenso sind erhebliche Qualitätsunterschiede hinsichtlich der Auslastung, des Betreuungsverhältnisses bzw. des Personalschlüssels bekannt (Staflinger, 2022).

Wie die ökonomische Literatur zeigt, können föderale Strukturen wohlfahrtssteigernd sein, wenn die Gebietskörperschaften aus den Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen voneinander lernen und erfolgreiche Modelle implementieren (Oates, 1999). Dafür wäre jedoch Leistungs- bzw. Informationstransparenz erforderlich, die im Fall der Pflegesysteme der Länder und Gemeinden nicht oder nur eingeschränkt gegeben ist. Aus ökonomischer Sicht wäre eine stärkere

Harmonisierung der Leistungsstandards und der Finanzierung der Pflege wünschenswert, da sich die Individuen derselben Steuer- und Abgabenstruktur gegenübersehen (Famira-Mühlberger & Firgo, 2018; Firgo & Famira-Mühlberger, 2014).

Ein Resultat der bestehenden Heterogenität in den Kompetenzen und in der Leistungserbringung ist auch die mangelnde Datenlage, die eine Analyse und eine evidenzbasierte Pflegepolitik erschwert. Eine österreichweite vollständige Statistik zu den Gesamtaufwendungen für Langzeitpflege und -betreuung sowie zur Herkunft und zur Verwendung der Mittel fehlt nach wie vor, wie der Rechnungshof bereits 2020 kritisierte. Auch Analysen dazu, ob und wie stark die eingesetzten öffentlichen Mittel die Lebenssituation der Betroffenen verbessern, sind mit den vorhandenen Daten kaum möglich.

Die im November 2023 abgeschlossenen Finanzausgleichsverhandlungen für die Periode 2024 bis 2028 gewähren den Ländern durch die Aufstockung des Pflegefonds<sup>30)</sup> mehr Mittel für die Sicherstellung sowie den Ausbau der Pflegeversorgung. Dadurch steigt neben dem Gestaltungsspielraum der Länder auch die Wahrscheinlichkeit, dass die einzelnen Bundesländer aufgrund der fehlenden Zweckbindung der zusätzlichen Mittel im Pflegefonds unterschiedliche Wege gehen. Es wurde jedoch auch die Etablierung einer Pflege-Entwicklungs-Kommission (ab 2024) beschlossen, die eine koordinierte Vorgangsweise zwischen Bund, Ländern, Städte- und Gemeindebund unterstützen soll. Die einzelnen Bundesländer sehen sich unterschiedlichen Bedingungen gegenüber, wie öffentliche Pflegeversorgung zu leisten ist. Die Unterschiede liegen einerseits in der geografischen Struktur, aber auch in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie z. B. Firgo und Famira-Mühlberger (2019) für die Kosten der stationären Pflege zeigen.

Eine repräsentative Umfrage in den österreichischen Gemeinden unterstreicht die Notwendigkeit einer systematischen Herangehensweise, um die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen abzuschätzen und eine bessere Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu gewährleisten (Famira-Mühlberger, 2020). Um den kräftigen

**Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre eine stärkere Harmonisierung der Leistungsstandards und der Finanzierung der Pflege wünschenswert.**

**Zur besseren Steuerung des Pflegesystems sind u. a. regionale Bedarfs- und Entwicklungspläne sowie ein verstärkter Informationsaustausch erforderlich.**

<sup>30)</sup> Ebenso beschlossen wurde eine Erhöhung des Richtversorgungsgrads von 60% auf 62,5%.

Nachfrage- und Kostenanstieg in den kommenden Jahrzehnten zu bewältigen und das Pflegesystem zu steuern, wird es nicht nur einer stärkeren Regionalisierung der Bedarfs- und Entwicklungspläne unter Einbindung der Gemeinden und einer Verbesserung der Datengrundlagen bedürfen, sondern auch einer Intensivierung des Informationsaustausches der politischen Akteur:innen, sowohl innerhalb als auch zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger).

Zentral für die Finanzierung der Langzeitpflege und -betreuung sind die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen von Betreuungspersonen und Pflegekräften. Die Aufstockung des Pflegefonds soll u. a. ermöglichen, die Entgelterhöhung und die monatlichen Ausbildungsbeiträge weiterzuführen, die durch das Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz (EEZG) und das Pflegeausbildungs-Zweckzuschussgesetz (PAusbZG) in die Wege geleitet wurden. Die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für (angehende) Pflegekräfte ist ein zentraler Baustein, um dem Fachkräftemangel im Pflegebereich zu begegnen. Eine langfristige Planung der Ausbildungskapazitäten auf Basis von regionalisierten Bedarfs- und Entwicklungsplänen ist notwendig, um auch dem Nachfrageanstieg nach 2030 vorzubauen. Ein weiterer Baustein ist die Erschließung von Beschäftigungspotenzial durch Umschulungen, die Gewinnung von Berufsrückkehrer:innen und Teilzeitkräften sowie die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland (einschließlich adäquater Nostrifikationsbestimmungen).

Wesentlich für eine nachhaltige Finanzierung der Langzeitpflege ist auch die Schnittstelle zwischen Pflege- und Gesundheitsleistungen bzw. eine bessere Verschränkung der beiden Systeme, auch um die Prävention zu verstärken. Riedel et al. (2019) identifizieren insbesondere den Bereich der Primärversorgung als aussichtsreich für Präventionsmaßnahmen im Alter. Ebenso könnten "Community Nurses" als regionale Ansprechpart-

ner:innen und niederschwellige Anlaufstelle fungieren. Internationale Evidenz zeigt auch positive Effekte von präventiven Hausbesuchsprogrammen sowie von Maßnahmen, die Prävention und Gesundheitsförderung zum Ziel haben (einen Literaturüberblick bieten Riedel et al., 2019). Die bereits etablierten Hausbesuche von pflegegeldbeziehenden Personen durch Pflegefachkräfte, die vom Kompetenzzentrum "Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege" der Sozialversicherung der Selbständigen koordiniert werden, könnten aufgewertet werden und den Ausgangspunkt für ein präventives österreichweites Hausbesuchsprogramm darstellen.

Die digitale Transformation birgt auch für die Langzeitpflege beachtliche Chancen, um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können. Digitale Technologien ermöglichen es, Informationen effizienter zu verarbeiten, Arbeitsprozesse zu vereinfachen und attraktiv zu gestalten sowie die Kommunikation zwischen allen Beteiligten eines Pflegenetzwerkes zu verbessern. Bisher werden in der Langzeitpflege nur wenige digitale Technologien eingesetzt; hauptsächlich werden sie in den Bereichen der Einsatzplanung und der Verwaltung von Personal- und Kund:innendaten genutzt. Kund:innenportale oder Apps, mit denen Leistungen und Kosten abgerufen und angepasst werden können, sind in anderen Branchen üblich, nicht jedoch in der Langzeitpflege (Trukeschitz et al., 2022). Dringend erforderlich wäre auch ein Zugang zu einer funktionsorientierten, breit akzeptierten elektronischen Gesundheitsakte, der ELGA. Auch neue Interaktionsformen, wie "Speech-to-Text"-Services, und die Integration von Übersetzungsservices wären wesentlich, um die (Zusammen-)Arbeit zu erleichtern. Pilotprojekte versuchen, digitale Innovationen im Bereich der Langzeitpflege voranzutreiben, scheitern jedoch oft an der nachhaltigen Finanzierung nach Ablauf der Projektlaufzeit. Daher ist es entscheidend, jetzt die notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen, um das Potenzial der Digitalisierung auch für die Langzeitpflege nutzen zu können.

**Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen vor allem die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessert werden.**

**Die digitale Transformation birgt auch für die Langzeitpflege beträchtliche Chancen.**

#### 4. Ausblick

Angesichts der demografischen Entwicklung ist eine längerfristige politische Planung des Pflegesystems zentral. Der Nachfrageschock, der sich aus der fortschreitenden Alterung der "Baby-Boomer" ergibt, muss rechtzeitig politisch gestaltet werden, um die Abgabenbelastung für künftige Generationen zu begrenzen. Bereits heute gibt es Versorgungsengpässe in der Langzeitpflege und -betreuung, die mit dem Pensionsantritt bzw. dem Erwerbsaustritt geburtenstarker Jahrgänge verbunden sind. Die demografischen Entwicklungen treffen das System der Langzeitpflege und -betreuung daher in zwei Wellen – zum Pensionsantritt und bei

Beginn der Abhängigkeit der geburtenstarken Kohorten von Hilfe, Betreuung und Pflege im Alltag.

Über die letzten Jahrzehnte ist es in Österreich gelungen, ein öffentlich finanziertes System der (Teil-)Absicherung im Falle von Langzeitpflegebedürftigkeit zu etablieren. Durch das Fehlen einer Gesamtsteuerung hat sich im Laufe der Jahre jedoch ein enorm komplexes Finanzierungssystem entwickelt, das überdacht und vereinfacht werden sollte, um zielgerichtet auf die kommenden Herausforderungen reagieren zu können.

## 5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Kaniovski, S., & Pitlik, H. (2023). Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 667-683. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71162>.
- Biwald, P., Mitterer, K., & Seisenbacher, M. (2019). *Fact Sheets: Sozialhilfe- und Pflegefinanzierung. Grundlagen und Finanzierung der Sozialhilfe sowie Pflege*. KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. <https://www.kdz.eu/de/wissen/studien/fact-sheets-sozialhilfe-und-pflegefinanzierung>.
- Famira-Mühlberger, U. (2020). *Pflegevorsorge in Gemeinden*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66284>.
- Famira-Mühlberger, U., & Firgo, M. (2018). *Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61563>.
- Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2014). *Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/47447>.
- Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2019). *Zu den Kosten der stationären Pflege im Bundesländervergleich*. *WIFO-Monatsberichte*, 92(2), 106-120. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61650>.
- Grossmann, B., & Schuster, P. (2017). *Langzeitpflege in Österreich: Determinanten der staatlichen Kostenentwicklung*. Fiskalrat. <https://www.fiskalrat.at/publikationen/berichte/studien-im-auftrag-des-fiskalrates-uebersicht/201707.html>.
- Hochholdinger, N., Jonas, M., Mitterer, K., & Yildirim-Metz, K. (2023). *Fact Sheets Soziales und Pflege. Grundlagen und Finanzierung von Pflege und Sozialhilfe*. KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. [https://www.kdz.eu/system/files/downloads/2023-01/20230130\\_Fact\\_Sheets\\_Soziales\\_fin.pdf](https://www.kdz.eu/system/files/downloads/2023-01/20230130_Fact_Sheets_Soziales_fin.pdf).
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2020). *Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>.
- Nagl-Cupal, M., Kolland, F., Zartler, U., Mayer, H., Bittner, M., Koller, M. M., Parisot, V., & Stöhr, D. (2018). *Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke*. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK).
- Oates, W. E. (1999). An essay on fiscal federalism. *Journal of Economic Literature*, 37(3), 1120-1149.
- Rechnungshof Österreich (2020). *Pflege in Österreich*.
- Riedel, M., Föbleitner, S., & Kraus, M. (2019). *Zukünftige Finanzierung der Langzeitpflege. Ansatzpunkte für Reformen*. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK).
- Schiman-Vukan, S. (2023). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70395>.
- Schneider, U., Sundström, G., Johansson, L., & Tortosa, M. Á. (2016). Policies to support informal care. In Gori, C., Fernández, J.-L., & Wittenberg, R. (Hrsg.), *Long-term care reforms in OECD countries: Successes and failures* (S. 219-244). Policy Press.
- Staflinger, H. (2022). *Der oö. Mindestpflegepersonalschlüssel für Alten- und Pflegeheime auf dem Prüfstand. Grundlagen – Herausforderungen – Entwicklungsbedarf. Update: Rechtliche Grundlagen in den Bundesländern*. Arbeiterkammer Oberösterreich.
- Streicher, G., Famira-Mühlberger, U., & Firgo, M. (2022). The economic impact of long-term care services. *Zeitschrift Für Sozialreform*, 68(2), 211-235. <https://doi.org/10.1515/zsr-2022-0009>.
- Trukeschitz, B., Hajji, A., Litschauer, J., Kieninger, J., & Linnosmaa, I. (2018). *Wie wirken sich Pflegedienste auf die Lebensqualität aus? Trendreport*, (1/2018), 15-17.
- Trukeschitz, B., Österle, A., & Schneider, U. (2022). Austria's Long-Term Care System: Challenges and Policy Responses. *Journal of Long-Term Care*, 88-101. <https://doi.org/10.31389/jltc.112>.
- Trukeschitz, B., & Schneider, U. (2023). Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven in der Langzeitpflege. *Kurswechsel*, 2023(2), 31-41.
- Trukeschitz, B., Schneider, U., & Czypionka, T. (2013). Federalism in Health and Social Care in Austria. In Font, J. C., & Greer, S. L. (Hrsg.), *Federalism and Decentralization in European Health and Social Care: Competition, Innovation and Cohesion* (S. 154-189). Palgrave Macmillan.
- Twigg, J. (1989). Models of Carers: How Do Social Care Agencies Conceptualise Their Relationship with Informal Carers? *Journal of Social Policy*, 18(01), 53-66. <https://doi.org/10.1017/S0047279400017207>.

# Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat?

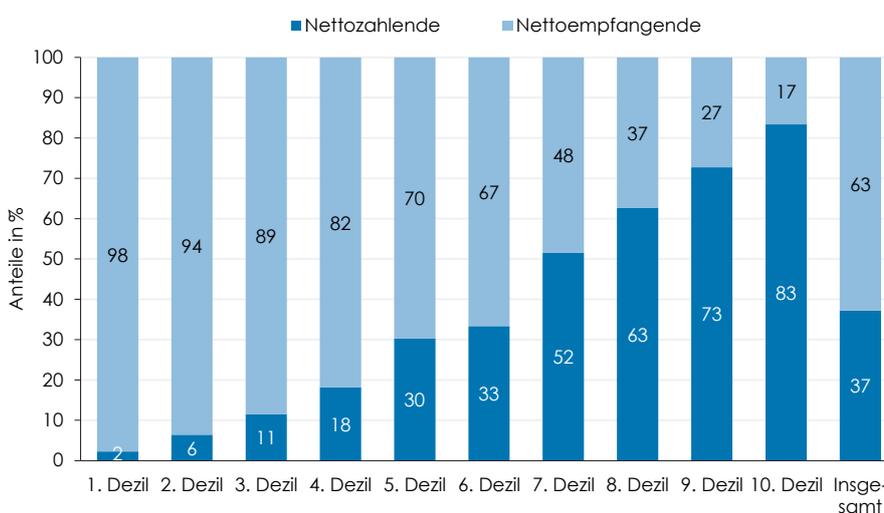
## Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

- Auf Basis der WIFO-Umverteilungsstudie, die öffentliche Leistungen in den Bereichen Alter, Gesundheit, Bildung, Familie, Wohnen, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung sowie arbeitnehmerseitige Sozialbeiträge und direkte wie indirekte Steuern berücksichtigt, zahlen 37% der Bevölkerung in Österreich innerhalb eines Jahres mehr Abgaben, als sie an öffentlichen Leistungen erhalten. Diese Bevölkerungsgruppe findet sich zu unterschiedlichen Anteilen in allen Einkommensgruppen.
- Ein großer Teil dieser wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist altersabhängig (Bildungs-, Familien-, Pensionsleistungen) und bewirkt horizontale, intertemporale und vertikale Umverteilung.
- Ob ein Haushalt mehr Leistungen erhält, als er Abgaben zahlt, hängt daher ebenfalls stark vom Alter ab.
- Die hohe Markteinkommenskonzentration führt dazu, dass der Leistungs-Abgaben-Saldo im Durchschnitt nur im obersten Einkommensfünftel negativ ist. Im obersten Zehntel ist der Saldo weit geringer als im neunten.

### Anteil der Nettozahlenden und Nettoempfangenden in den Einkommensgruppen 2019

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



**"Auf Jahresbasis zahlen in Österreich 37% der Bevölkerung aus verschiedenen Einkommensgruppen mehr Abgaben, als sie an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erhalten. Der Saldo hängt von persönlichen und Haushaltsmerkmalen, die sich im Lebenslauf verändern, sowie von den berücksichtigten Leistungen und Abgaben ab."**

In allen Einkommenszehnteln finden sich in unterschiedlichen Anteilen Nettozahlende. Der Anteil steigt mit dem Primäreinkommen (Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz; WIFO-Berechnungen).

# Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat?

## Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis

### Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

Laut WIFO-Umverteilungsstudie ist in Österreich der durchschnittliche Saldo aus empfangenen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und geleisteten Abgaben nur in den oberen beiden Zehnteln der Primäreinkommensverteilung negativ. Insgesamt waren 2019 37% der Bevölkerung Nettozahlende, davon entfielen 2% auf das zweite und 22% auf das oberste Einkommenszehntel. Die Konzentration der Nettozahlenden im oberen Zehntel wird durch die hohe Konzentration der Markteinkommen verursacht. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der Saldo nicht alle öffentlichen Leistungen und Abgaben abbilden kann und ihm ein komplexes Zusammenspiel aus horizontaler, intertemporaler und vertikaler Umverteilung zugrunde liegt. In den untersuchten Jahren 2005, 2010, 2015 und 2019 blieben der Anteil der Nettozahlenden und das Verhältnis des Saldos zum Markteinkommen weitgehend stabil.

### Who Finances the Welfare State? Results from the WIFO Redistribution Study

According to the WIFO redistribution study, in Austria, the average balance between public benefits received and taxes paid is only negative in the top two tenths of the primary income distribution. In 2019, 37 percent of the population were net contributors, 2 percent of whom were in the second and 22 percent in the top tenth of the distribution. The concentration of net payers in the top tenth results from the high concentration of market incomes. It is important to note in interpreting these results that the balance does not capture all public benefits and taxes and that it originates from a complex interplay of horizontal, intertemporal, and vertical redistribution. Over the years analysed – 2005, 2010, 2015, and 2019 –, the proportion of net contributors and the ratio of the balance to market income remained largely stable.

**JEL-Codes:** D30, D63, H20, H41, H50, I30 • **Keywords:** Einkommensverteilung, horizontale Umverteilung, vertikale Umverteilung, Wohlfahrtsstaat, Sachleistungen, direkte Abgaben, indirekte Steuern, Nettofiskalbeitrag

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO, die aus Mitteln des Bundeskanzleramtes, der Oesterreichischen Nationalbank, des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gefördert wurde: Silvia Rocha-Akis, Jürgen Bierbaumer, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Martina Einsiedl, Marian Fink, Michael Klien, Simon Loretz, Christine Mayrhuber, Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019 (Oktober 2023, 254 Seiten, 70 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69741>). Die Analyse verwendet Daten der European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC), der Konsumerhebung und des Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Die Autor:innen danken Lukas Schmoigl für die Unterstützung bei der Visualisierung der Daten.

**Begutachtung:** Christine Mayrhuber • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl ([martina.einsiedl@wifo.ac.at](mailto:martina.einsiedl@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 30. 11. 2023

**Kontakt:** Marian Fink ([marian.fink@wifo.ac.at](mailto:marian.fink@wifo.ac.at)), Silvia Rocha-Akis ([silvia.rocha-akis@wifo.ac.at](mailto:silvia.rocha-akis@wifo.ac.at))

## 1. Einleitung

In einer kürzlich veröffentlichten Studie (Rocha-Akis et al., 2023) unterzog das WIFO die Umverteilung von Einkommen zwischen privaten Haushalten durch die öffentliche Hand in Österreich einer detaillierten Analyse. Dabei wurde untersucht, wie sich die staatlichen Geld- und Sachleistungen in den Bereichen Alter, Gesundheit, Bildung, Familie, Wohnen, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, die Sozialbeiträge und die direkten und indirekten Steuern innerhalb eines Jahres auf die Einkommensgleich-

heit und die Armut auswirken. Der Fokus der Untersuchung lag – entsprechend den jüngsten, für eine solche Analyse verfügbaren und verknüpfbaren Daten für Österreich unter Berücksichtigung der alle fünf Jahre durchgeführten Konsumerhebung – auf dem Jahr 2019 und der Entwicklung zwischen 2005 und 2019<sup>1)</sup>.

In der öffentlichen Wahrnehmung ist ein Ergebnis der umfangreichen Analyse auf besonderes Interesse gestoßen: Für das Jahr

<sup>1)</sup> Daten für das Jahr 2020 konnten aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht ausgewertet werden. Da ein Viertel der privaten Haushalte in der Konsumerhebung 2019/20 nach März 2020 befragt wurde, also

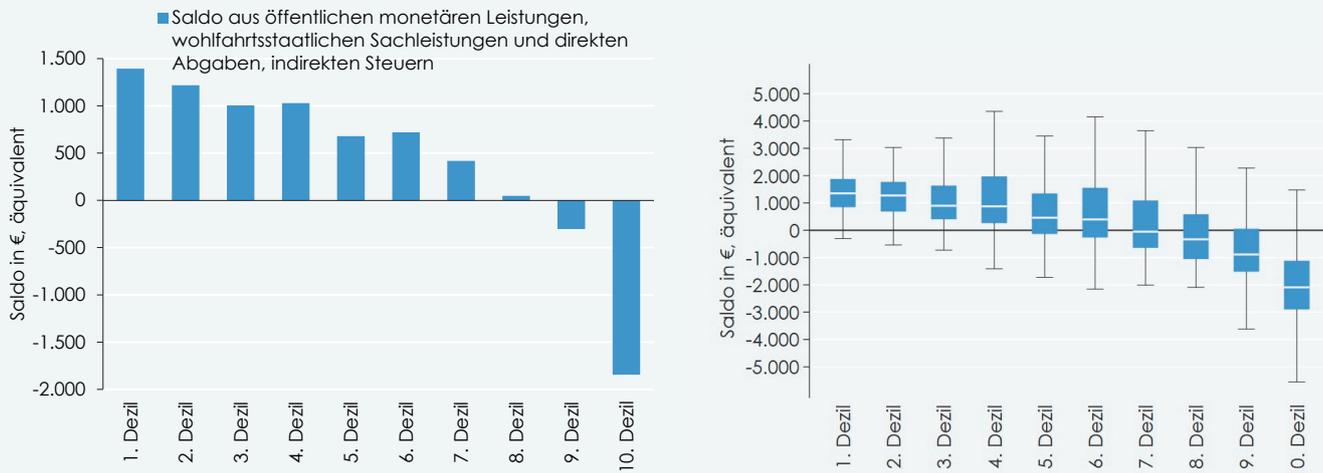
während der COVID-19-Lockdown-Phase mit erheblichen Konsumeinschränkungen, wurde die Konsumerhebung in der Analyse um den "Pandemieeffekt" bereinigt (siehe Rocha-Akis et al., 2023, 223f).

2019 hatte sich gezeigt, dass der Saldo aus öffentlichen Leistungen und Abgaben (Leistungs-Abgaben-Bilanz) im Durchschnitt nur

in den beiden oberen Zehnteln der Primäreinkommensverteilung negativ ist (Abbildung 1, linke Grafik<sup>2)</sup><sup>3)</sup>.

Abbildung 1: **Leistungs-Abgaben-Bilanz (einschließlich öffentlicher Bruttopensionen) der privaten Haushalte 2019**

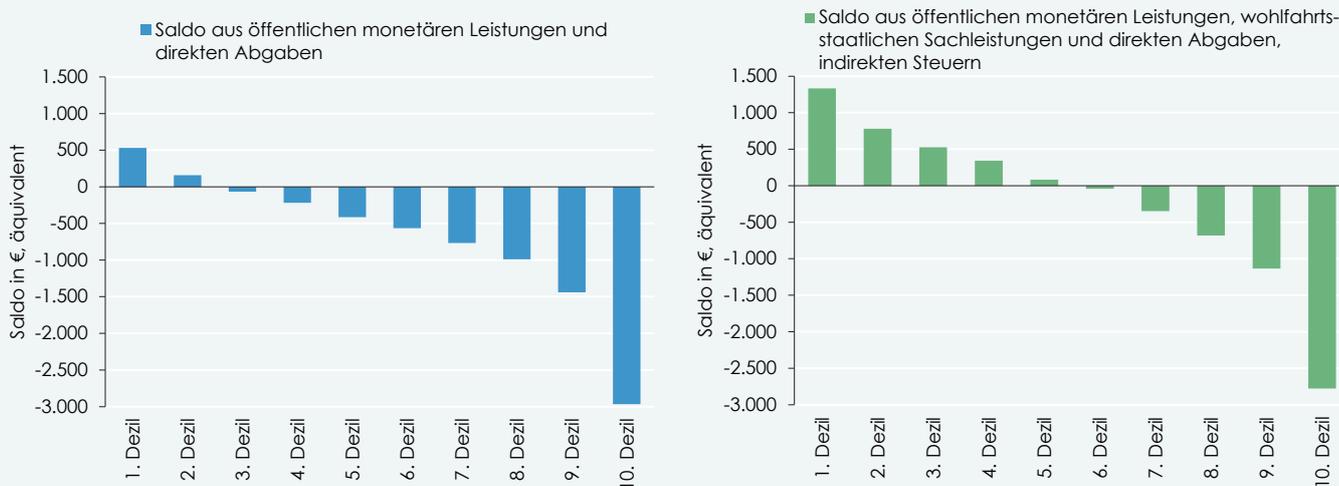
Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Rocha-Akis et al. (2023). In der rechten Grafik sind die fiskalischen Nettobeiträge in einem Boxplot dargestellt. Für jede Einkommensgruppe liegen 50% aller Werte innerhalb der gezeigten Box (Interquartilsabstand zwischen dem 25. Perzentil und dem 75. Perzentil). Die horizontale Linie innerhalb der Box zeigt den Medianwert an. Die sogenannten Whisker (Antennen) zeigen den höchsten bzw. geringsten Wert innerhalb des 1,5-Fachen des Interquartilsabstands.

Abbildung 2: **Leistungs-Abgaben-Bilanz (ohne öffentliche Bruttopensionen) der privaten Haushalte 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Rocha-Akis et al. (2023).

<sup>2)</sup> Die Bevölkerung in privaten Haushalten wurde nach ihrem äquivalenten jährlichen Primäreinkommen (Markteinkommen zuzüglich öffentlicher Bruttopensionen) gereiht und in zehn gleichgroße Gruppen aufgeteilt. Bei einer Reihung nach dem verfügbaren Einkommen zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Das Primäreinkommen wurde deshalb gewählt, um zu verhindern, dass Personen trotz hoher Pensionsbezüge zusammen mit markteinkommensschwachen Haushalten den unteren Einkommensgruppen zugeordnet werden. Alle berücksichtigten Einkommenskomponenten wurden mittels EU-Skala äquivalisiert, d. h. in

ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf- bzw. äquivalentes Einkommen umgewandelt, das jeder Person im Haushalt zugewiesen wurde. Eine Beschreibung der Daten und Methoden findet sich in Kapitel 1, eine Auflistung der Einkommensbestandteile in Übersicht A1 der WIFO-Umverteilungstudie (Rocha-Akis et al., 2023).  
<sup>3)</sup> Siehe Budgetdienst (2019) und Christl et al. (2020) für Untersuchungen des Saldos aus Leistungen und Abgaben unter abweichender Berücksichtigung von Leistungen und Abgaben.

**Horizontale und intertemporale Umverteilung kann zu vertikaler Umverteilung innerhalb eines Jahres führen.**

Eine Interpretation dieses Ergebnisses muss einerseits Bedacht darauf nehmen, dass es sich bei der Durchschnittsbetrachtung um eine verkürzte Sicht handelt, weswegen in der WIFO-Umverteilungsstudie neben dem Durchschnitt auch die Verteilung des Saldos aus Abgaben und Leistungen skizziert wurde (Abbildung 1, rechte Grafik). Andererseits hängt der konkrete Saldo immer davon ab, welche Abgaben und Leistungen sinnvoll berücksichtigt werden (können). Die Gesamtheit der öffentlichen Leistungen und Abgaben, die den Saldo des Staatshaushalts ergeben würden, lässt sich den Personen bzw. den privaten Haushalten nicht bzw. nur unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen individuell zuordnen. Darüber hinaus muss jede Interpretation dem komplexen Zusammenwirken umverteilungsrelevanter Aspekte Rechnung tragen. Exemplarisch seien drei Punkte genannt: Erstens bewirken jene Abgaben und Leistungen, die einkommensunabhängig sind bzw. auf horizontale Umverteilung abzielen, wie z. B. die Familienbeihilfe, auch eine vertikale Einkommensumverteilung, da sich die begünstigten

Bevölkerungsgruppen nicht gleich auf die Einkommensgruppen verteilen. Zweitens führen horizontale Umverteilungselemente dazu, dass nicht adressierte Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Personen im Erwerbssalter ohne Kinder, auch bei relativ geringem Einkommen häufig mehr Abgaben leisten, als sie an Leistungen erhalten. Und drittens treten bei einigen Abgaben und Leistungen (Bildungsleistungen, Pensionen) deutliche intertemporale Effekte auf, deren Umverteilungswirkung nur durch die Betrachtung der individuell realisierten Lebenseinkommen ganzer Kohorten erfasst werden könnte, nicht aber in einer Querschnittsbetrachtung, wie sie der Umverteilungsstudie zugrunde liegt. Ohne Berücksichtigung der öffentlichen Bruttopensionen ist die einkommensschwächere Hälfte der Bevölkerung Nettoempfängerin und die einkommensstärkere Hälfte Nettozahlerin (Abbildung 2, rechte Grafik). Der Schluss, dass die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung den Sozialstaat zugunsten der restlichen 80% finanzieren, wäre daher nicht nur verzerrend bzw. verkürzend, sondern auch falsch.

**Mit steigendem Primäreinkommen steigt der Anteil der Nettozahlenden. Er reicht von 2% im untersten bis 83% im obersten Einkommenszehntel.**

**Öffentliche Mittel sind in Österreich vor allem für die horizontale Umverteilung und Umverteilung über den Lebensverlauf bestimmt – unabhängig vom Haushaltseinkommen.**

**Die häufig geringen Markteinkommen in "Kinder-" und Pensionist:innenhaushalten führen auch im Falle horizontal und intertemporal ausgerichteter Leistungen zu einer vertikalen Umverteilung.**

## 2. Nettozahlende und Nettoempfangende öffentlicher Leistungen

Steuern und Sozialbeiträge belasten die verschiedenen Einkommensgruppen innerhalb der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße. Gleichzeitig ist ihr Wohlstand unterschiedlich stark von staatlichen Leistungen abhängig. Mit zunehmendem Einkommen steigt der Anteil der Personen in Haushalten, die mehr Abgaben (Sozialbeiträge<sup>4</sup>), direkte und indirekte Steuern) zahlen, als sie an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen (Bruttopensionen, monetäre Transfers, Sachleistungen) erhalten (Abbildung 3). Ab dem siebten Einkommenszehntel leben mehr als die Hälfte der Personen in Nettozahler:innenhaushalten, und dieser Anteil steigt bis zum obersten Zehntel auf 83% an (sämtliche Werte für 2019). Im neunten bzw. im obersten Zehntel befinden sich damit immer noch 27% bzw. 17% Nettoempfangende. Insgesamt lebten 2019 37% der Bevölkerung in Nettozahler:innen- und 63% in Nettoempfänger:innenhaushalten<sup>5</sup>).

16% der Personen in Nettoempfängerhaushalten gehören dem untersten Einkommenszehntel an, ihr Anteil sinkt mit steigendem Einkommen bis auf 3% im obersten Zehntel (Abbildung 4). Von den Nettozahlenden entfallen 22% auf das oberste Einkommenszehntel, ihr Anteil schrumpft mit sinkendem Einkommen bis auf 1% im untersten Zehntel. Die Verteilung der Nettoempfangenden ist

etwas gleichmäßiger als jene der Nettozahlenden.

### 2.1 Öffentliche Leistungen dienen in Österreich vor allem der horizontalen Umverteilung

In Österreich zielen die öffentlichen Mittel vor allem auf die horizontale Umverteilung und die Umverteilung über den Lebenszyklus, d. h. zwischen Haushalten mit unterschiedlichen demografischen Merkmalen. Damit sollen Ungleichgewichte zwischen dem Arbeitsvermögen und den Konsumbedürfnissen ausgeglichen werden, wie sie sich in bestimmten Lebensphasen, insbesondere nach der Familiengründung und im Alter, zeigen (Rowntree, 1901; Palme, 2010). Ein Großteil der öffentlichen Leistungen ist altersabhängig. Dazu zählen einerseits die Leistungen des öffentlichen Bildungssystems, die Familiengeld- und -sachleistungen und andererseits die öffentlichen Pensionen<sup>6</sup>). Auf altersabhängige Leistungen entfallen rund 70% der gesamten in der WIFO-Umverteilungsstudie betrachteten Ausgaben für wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Da Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung im unteren Einkommensdrittel über- und im oberen Einkommensdrittel unterrepräsentiert sind (Abbildung 5, rechte Grafik), geht die horizontale Umverteilung über das Bildungs-

<sup>4</sup> Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung der unselbständig Beschäftigten sind nicht berücksichtigt.

<sup>5</sup> Näheres zu den Verteilungs- und Umverteilungswirkungen von staatlichen Geld- und Sachleistungen in den Bereichen Alter, Gesundheit, Bildung, Familie, Wohnen, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung

sowie von Sozialbeiträgen und (in-)direkten Steuern findet sich in der WIFO-Umverteilungsstudie (Rocha-Akis et al., 2023).

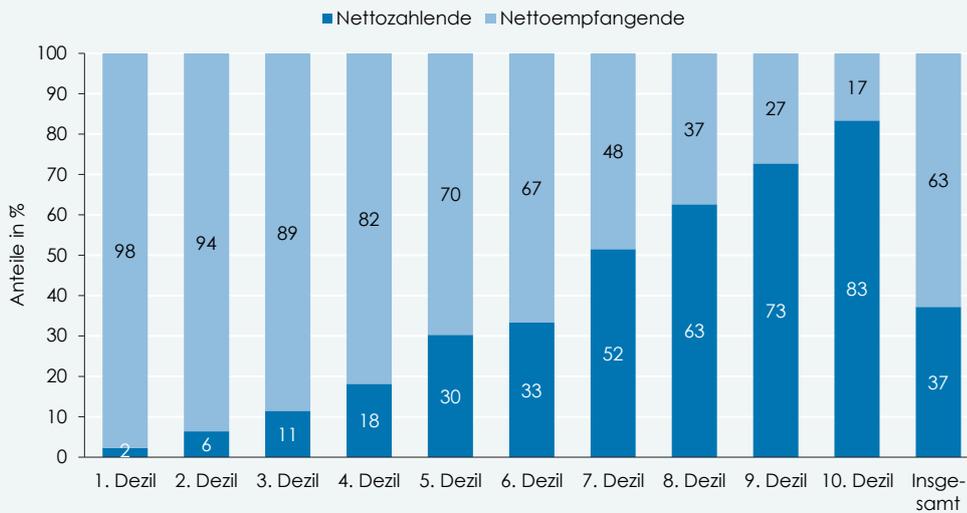
<sup>6</sup> Diese umfassen die Eigen-, Hinterbliebenenpension sowie die Ausgleichszulage.

system und die Familienleistungen mit einer vertikalen Umverteilung von höheren zu niedrigeren Einkommen einher. Personen mit Pensionsbezug verteilen sich gleichmäßiger

auf die Primäreinkommensgruppen. Allerdings sind sie im untersten Zehntel deutlich und in den oberen drei Zehnteln leicht unterrepräsentiert (Abbildung 5, linke Grafik).

Abbildung 3: Anteil der Nettozahlenden und Nettoempfangenden in den Einkommensgruppen 2019

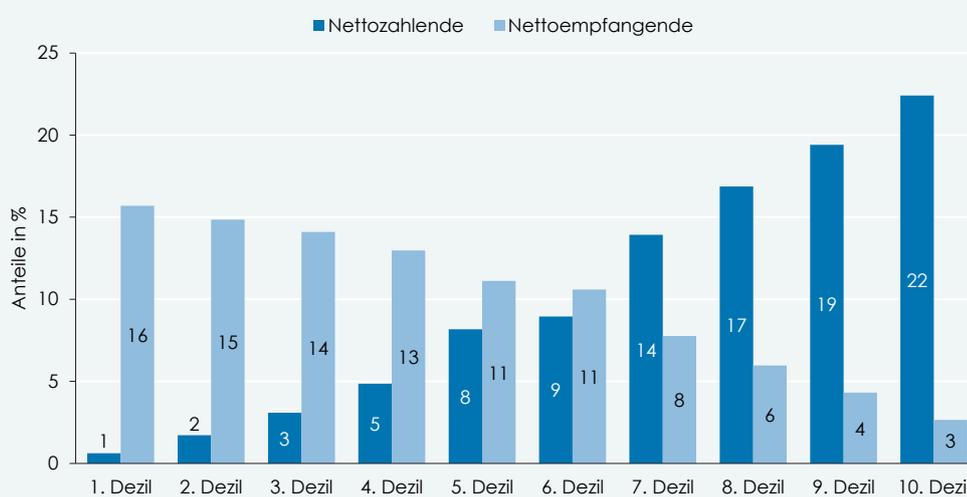
Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Verteilung der Nettozahlenden und Nettoempfangenden auf die Einkommensgruppen 2019

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen.

Ein Vergleich der Leistungs-Abgaben-Bilanz nach Haushaltstyp unterstreicht die Bedeutung der horizontalen Umverteilung. Abbildung 6 zeigt die Zusammensetzung der Ein-

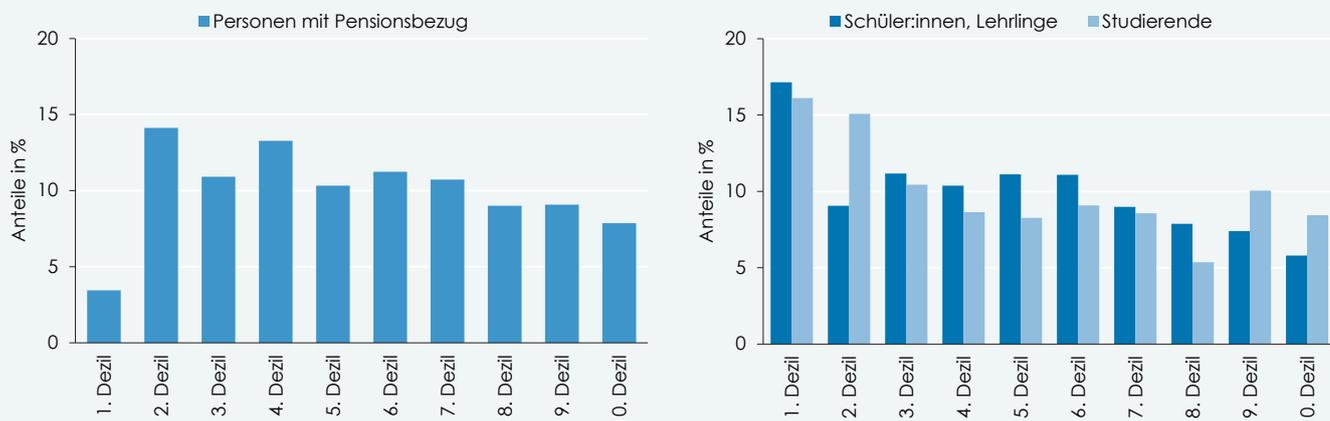
kommensgruppen nach fünf Haushaltstypen: Unterschieden werden Haushalte mit Hauptverdienenden im Alter von bis zu 45 Jahren bzw. von 46 bis 65 Jahren mit bzw.

ohne mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind im gemeinsamen Haushalt (im Folgenden "mit Kind" bzw. "ohne Kind"). Die fünfte

Gruppe sind Haushalte mit Hauptverdienenden im Alter ab 66 Jahren.

Abbildung 5: **Verteilung von ausgewählten Personengruppen auf die Einkommensgruppen 2019**

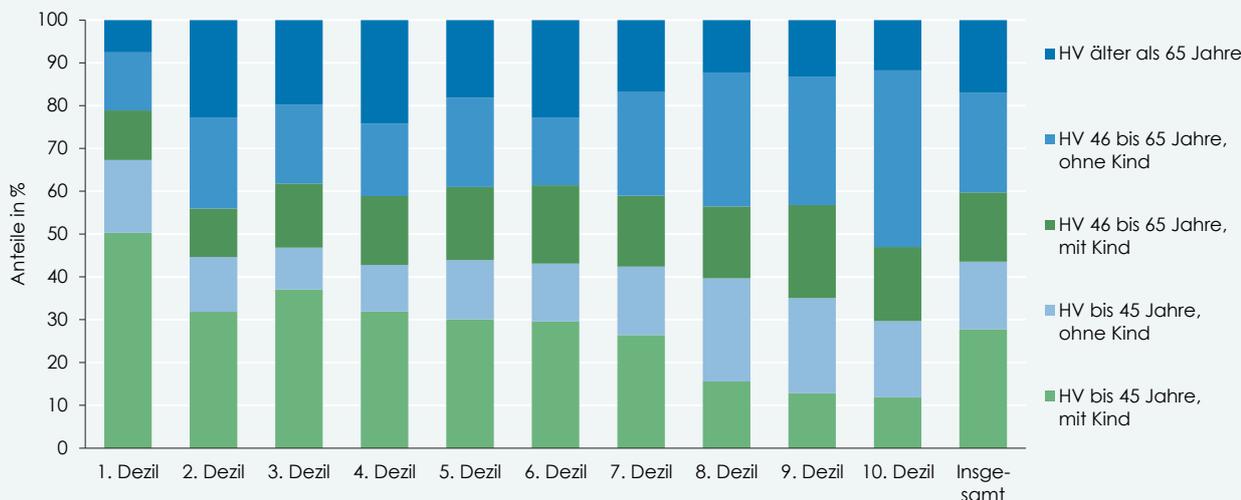
Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: **Zusammensetzung der Einkommensgruppen nach Haushaltstypen 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. HV . . . hauptverdienende Person.

**Während der Erwerbsphase sind Personen mit Kindern häufig Nettoempfangende.**

Personen in Haushalten mit Hauptverdienenden bis 65 Jahre sind im Durchschnitt dann mehrheitlich Nettoempfangende, wenn Kinder im Haushalt leben, und ansonsten mehrheitlich Nettozahlende. Personen in kinderlosen Haushalten, deren Hauptverdiener:in höchstens 45 Jahre alt ist, sind mit 71% besonders häufig Nettozahler:innen, wobei bereits im dritten Zehntel fast die Hälfte (47%)

und im vierten Zehntel 78% dieser Personen einen negativen Saldo aufweisen (Abbildung 7). Personen in kinderlosen Haushalten mit 46- bis 65-jährigen Hauptverdienenden sind heterogener als jene in vergleichbaren Haushalten mit Kindern. Nettozahlende und Nettoempfangende halten sich dort die Waage<sup>7)</sup>.

<sup>7)</sup> Die Hauptverdienenden sind in den Haushalten ohne Kinder im Median um sechs Jahre älter. Die Personen in diesen Haushalten beziehen häufiger eine

Pension als Personen in ähnlichen Haushalten mit Kindern.

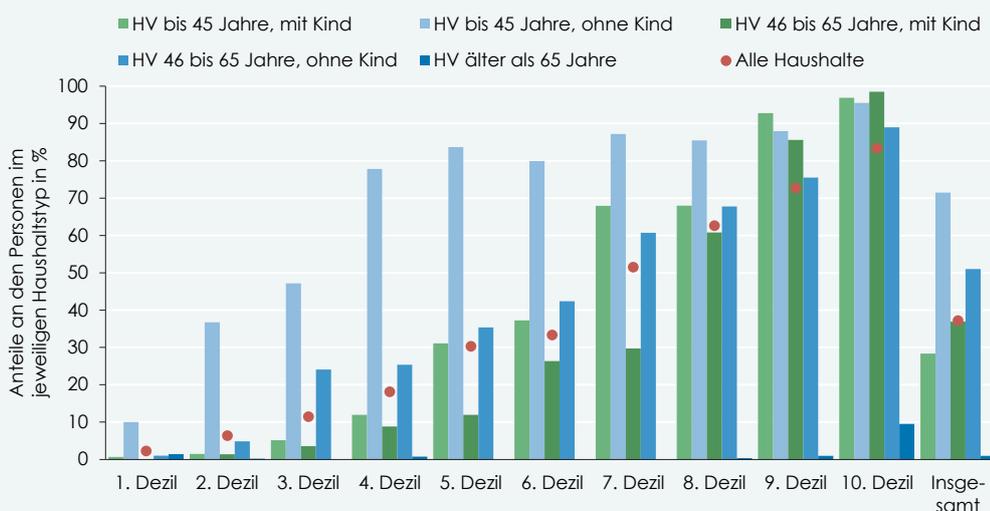
In Haushalten mit Kindern sind Personen in fast allen Einkommensgruppen häufiger Nettozahler:innen, sofern der bzw. die Hauptverdiener:in höchstens 45 Jahre alt ist: In diesem Haushaltstyp sind im siebten Zehntel knapp 70% der Personen Nettozahlende, im Falle älterer Hauptverdienender dagegen nur 30%. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in Haushalten mit jüngeren Hauptverdienenden im Durchschnitt weniger und jüngere Kinder leben als in Haushalten mit älteren Hauptverdienenden, die in höherem Maße öffentliche Bildungsleistungen in Anspruch nehmen. Die ersteren Haushalte zählen jedoch aufgrund der im Durchschnitt niedrigeren Markteinkommen wesentlich öfter zum unteren Einkommensdrittel, in dem der Anteil der Nettozahlenden gering ist,

und nur selten zum oberen Einkommensdrittel. Daher sind sie insgesamt seltener nettozahlend als Haushalte mit Kindern und 46- bis 65-jährigen Hauptverdienenden (28% versus 37%; Abbildung 7). In Haushalten mit über 65-jährigen Hauptverdienenden finden sich fast ausschließlich Nettoempfänger:innen (99%).

Dieses Muster spiegelt das Prinzip des Wohlfahrtsstaats wider: Personen im Erwerbsalter tragen durch ihren Nettofiskalbeitrag dazu bei, dass Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung sowie Personen im fortgeschrittenen Alter jene Leistungen erhalten, die zu den wesentlichen Merkmalen eines Wohlfahrtsstaats zählen<sup>8)</sup>.

Abbildung 7: **Nettozahlende im jeweiligen Haushaltstyp nach Einkommensgruppen 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. HV . . . hauptverdienende Person.

Aber auch die anderen auf dem Versicherungsprinzip beruhenden Leistungen, die hauptsächlich auf die horizontale Umverteilung abzielen, bewirken im Querschnitt eine deutliche vertikale Umverteilung; dies gilt etwa für Kranken- und Unfallversicherungsleistungen und Arbeitslosenversicherungsleistungen. Auch in diesen Fällen findet häufig eine intrapersonelle Umverteilung von Einkommen zwischen unterschiedlichen Lebensphasen und -situationen statt. Insgesamt tragen die Versicherungsleistungen (ohne Pensionsversicherung) nur in vergleichsweise geringerem Maße zur Umverteilung bei (siehe Rocha-Akis et al., 2023, 170f).

Darüber hinaus zielen Leistungen, die eine Solidarität mit Betroffenen in prekären sozia-

len Lagen "und die Unterordnung des unmittelbaren Eigeninteresses unter ein öffentliches Gut" (Ullrich, 2002) erfordern, auf eine vertikale Umverteilung bzw. eine Verringerung von Armut bzw. Prekarität ab. Allerdings fällt der Umverteilungsbeitrag der bedarfsgeprüften (Fürsorge-)Leistungen neben den anderen öffentlichen Leistungen kaum ins Gewicht. Obwohl das Umverteilungspotenzial aufgrund der starken Konzentration der Beziehenden von Bedarfsorientierter Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe und Wohnbeihilfe auf die unteren Einkommenszehntel hoch ist, führt das relativ niedrige Volumen zu einem geringen Umverteilungsbeitrag (siehe Rocha-Akis et al., 2023, 170f). Das letzte soziale Netz erfüllt jedoch für die be-

**Versicherungsbeiträge und -leistungen führen im Querschnitt zu horizontaler und vertikaler sowie zu intrapersoneller Umverteilung zwischen den Lebensphasen.**

<sup>8)</sup> Siehe Christl et al. (2020) bzw. Beznoska (2022) für eine Analyse der Altersverteilung des Saldos aus gezahlten Abgaben und erhaltenen öffentlichen Geld- und Sachleistungen in Österreich bzw. Deutschland.

Für einen europäischen Vergleich der Umverteilung in Form von Altersleistungen, bei dem der Nettofiskalbeitrag in Haushalten mit und ohne Pensionseinkommen verglichen wird, siehe Hammer et al. (2023).

troffenen Haushalte eine zentrale Sicherungsfunktion (Mayrhuber et al., 2023).

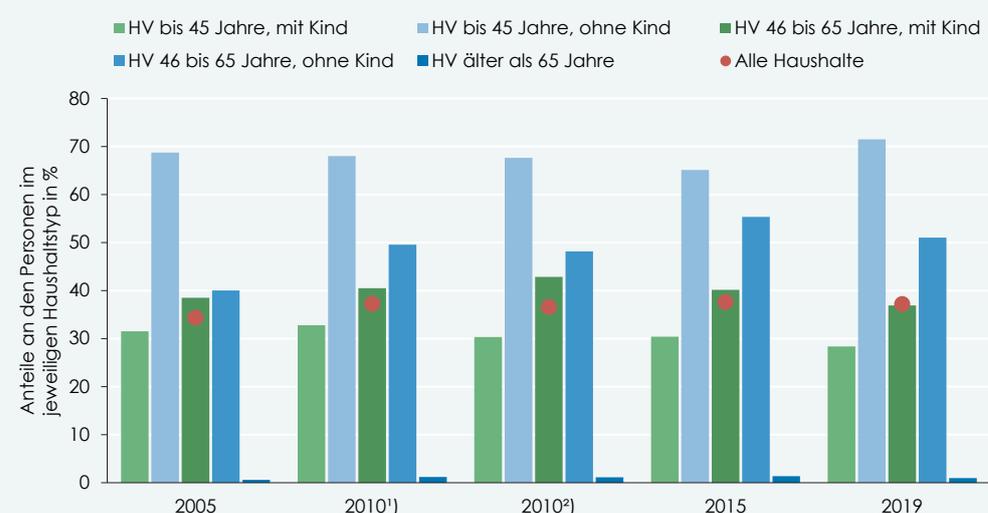
## 2.2 Anteil der Nettozahlenden über die Zeit stabil

Im Zeitverlauf zeigt der Anteil der Nettozahlenden insgesamt eine hohe Stabilität, wobei er zwischen 2005 und 2010 um 3 Prozent-

punkte stieg. In den Jahren 2010, 2015 und 2019 lag der Anteil der Nettozahlenden zwischen 37% und 38% (Abbildung 8). Allerdings nahm er in Haushalten ohne Kinder zu und in Haushalten mit Kindern ab. Dies dürfte u. a. mit der zwischen den Haushaltstypen divergierenden Entwicklung der Markteinkommen zusammenhängen (siehe Rocha-Akis et al., 2023, 185).

Abbildung 8: **Nettozahlende im jeweiligen Haushaltstyp im Zeitverlauf**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. HV . . . hauptverdienende Person. – ¹) EU-SILC 2011 mit Befragungsdaten. – ²) EU-SILC 2011 mit Verwaltungsdaten.

## 3. Ähnliche Belastung der Nettozahlenden über breite Einkommensgruppen

**Auch Personen mit vergleichsweise geringem Einkommen gehören zu den Nettozahlenden.**

Die Höhe und das Vorzeichen der Leistungs-Abgaben-Bilanz hängen von der Relation der saldierten Größen, also der Leistungen und Abgaben, ab. Letztere werden von der Gesamtbevölkerung erbracht. Auch Personen mit geringen Einkommen oder geringer Abgabenleistung können in Abhängigkeit ihrer individuellen und Haushaltsmerkmale Nettozahlende sein, wenn sie kaum bzw. überhaupt keine Leistungen beziehen.

**Unter Nettozahlenden unterschiedlicher Einkommensgruppen zeigt sich eine ähnliche Abgabenbelastung.**

Die Abgabenleistung steigt mit dem Einkommen und ist im Durchschnitt jeder Einkommensgruppe unter Nettozahlenden höher als unter Nettoempfangenden (Abbildung 9). Im obersten Einkommenszehntel ist die Differenz zwischen den beiden Gruppen überdurchschnittlich (Nettozahlende: 3.650 €, Nettoempfangende: 2.560 €), da die Nettoempfangenden häufig Pensionen beziehen, auf die geringere Sozialbeiträge anfallen, und die Varianz der Markteinkom-

men im Vergleich zu den Pensionen höher ist.

Auf höhere Einkommen würden selbst bei einer proportionalen Einkommensbesteuerung – absolut betrachtet – höhere direkte Abgaben entfallen als auf geringere Einkommen. Gleichzeitig ermöglicht ein höheres Einkommen ein höheres Konsumniveau und erhöht damit auch die indirekte Steuerleistung. Um die Belastung durch Abgaben zu beurteilen, ist daher auch eine Betrachtung relativ zum Einkommen notwendig. In Relation zum Bruttogesamteinkommen<sup>9)</sup> sind Nettozahlende über die Einkommensgruppen hinweg ähnlich belastet (Abbildung 10): Die Belastung reicht von 34% im zweiten Zehntel über 37% im vierten und 38% im neunten bis hin zu 41% im obersten Zehntel. Die Belastung der Nettoempfangenden ist in allen Einkommensgruppen geringer und steigt von 18% im untersten Zehntel auf 33% im obersten Zehntel.

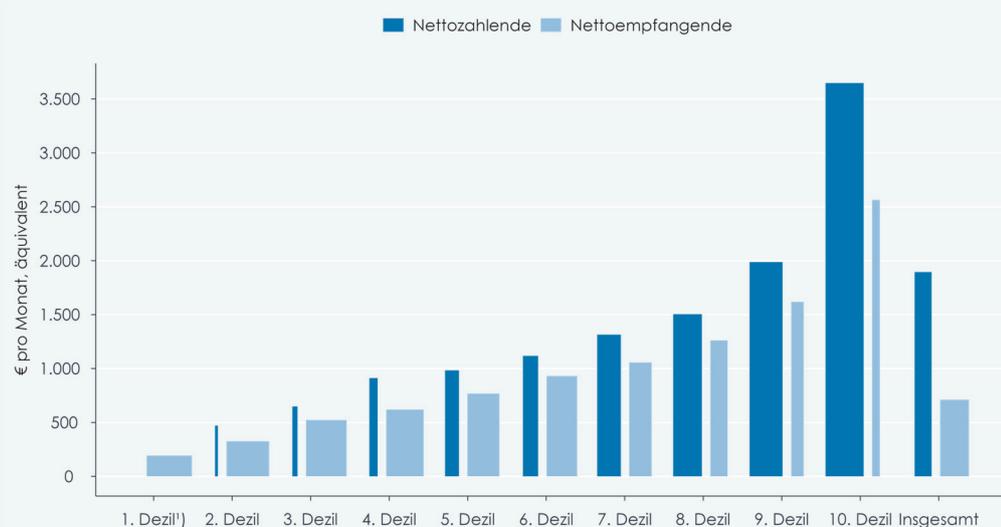
<sup>9)</sup> Dieses setzt sich aus den Markteinkommen und den öffentlichen Geldleistungen (einschließlich öffentlicher Pensionen) zusammen.

Die schwächere Belastung der Nettoempfangenden ist u. a. auf die geringeren Sozialbeiträge für Pensionen, die höhere Bedeutung von Steuerabsetzbeträgen (z. B. Pensio-

nist:innenabsetzbetrag, Familienbonus Plus)<sup>10)</sup> und die vermehrte Teilzeitbeschäftigung von Frauen in Haushalten mit Kindern zurückzuführen.

Abbildung 9: **Abgabenleistung der Nettozahlenden und Nettoempfangenden in den Einkommensgruppen 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. Die Abgaben umfassen die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer:innen, die Lohn- und Einkommenssteuer, die Kapitalertragsteuer und die indirekten Steuern. Die Säulenbreite entspricht der Verteilung der Nettoempfangenden und Nettozahlenden über die Einkommenszehntel, in der Kategorie "Insgesamt" entspricht sie dem jeweiligen Anteil der Gruppe. – <sup>1)</sup> Aufgrund geringer Fallzahlen wird der Wert für die Nettozahlenden nicht dargestellt.

Mit steigendem Einkommen nimmt die Belastung durch direkte Abgaben aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs zu. Jene durch indirekte Steuern nimmt hingegen ab, da die Konsumneigung mit zunehmenden Einkommen sinkt<sup>11)</sup>. Im unteren Einkommensfünftel übertrifft die Belastung durch indirekte jene durch direkte Abgaben. Durch die höhere Konsumquote fließt in den unteren Einkommensgruppen zusätzliches Einkommen aus öffentlichen Leistungen in den Konsum und erhöht entsprechend die Abgabenleistung. In den oberen Zehnteln führen Transferzahlungen abseits von Pensionsleistungen ceteris paribus zu Ersparnisbildung, während Abgaben eher die Sparquote<sup>12)</sup> dämpfen.

Obwohl die Personen im obersten Zehntel sowohl relativ als auch absolut überdurchschnittlich und zudem weit stärker belastet sind als Personen im neunten Zehntel, ist das verfügbare Einkommen (Bruttogesamteinkommen abzüglich direkter Abgaben) im obersten Zehntel deutlich höher als in allen anderen Einkommensgruppen. Das verfügbare Einkommen beträgt im Durchschnitt 5.601 € pro Monat (2019) und entspricht damit dem 2,4-Fachen des Durchschnittseinkommens im fünften Zehntel bzw. dem 5,5-Fachen des Durchschnittseinkommens im untersten Zehntel. In Bezug auf die Markteinkommen zeigt sich eine höhere Konzentration.

**Personen mit geringem Einkommen tragen mehr über indirekte, jene mit hohem Einkommen mehr über direkte Steuern bei.**

<sup>10)</sup> Fink und Rocha-Akis (2018) zeigen, dass die relative Reduktion der Steuerbelastung durch den Familienbonus Plus aufgrund der ungleichen Verteilung der Kinder und ihrer Altersstruktur in der unteren Hälfte der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen stärker ausfällt.

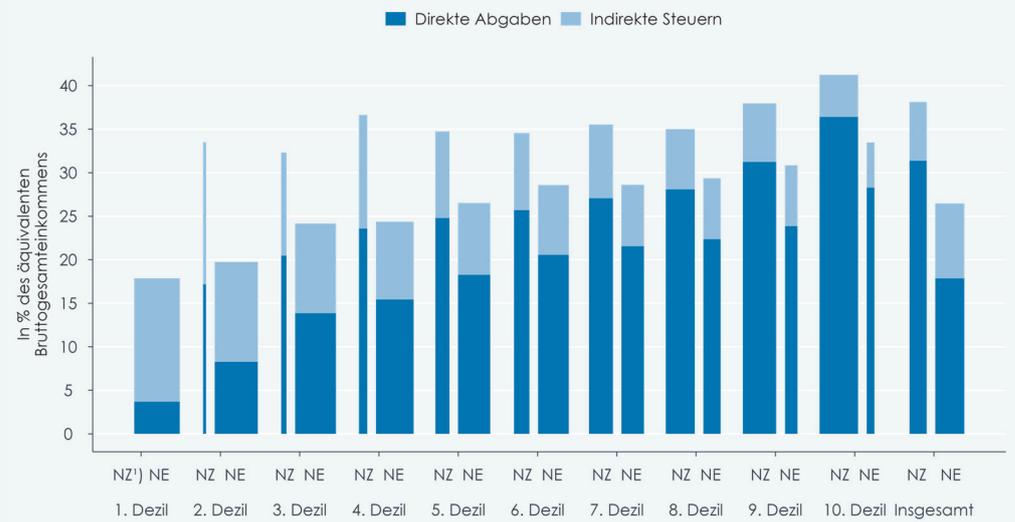
<sup>11)</sup> Wie Fink et al. (2022) zeigen, liegt die Konsumquote in den unteren drei Zehnteln der Verteilung der verfügbaren Einkommen über 100%, während sie im achten und neunten Zehntel bei 77% bzw. 73% und im obersten Zehntel bei rund 60% liegt (laut Konsum-

erhebung 2019/20). Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangten Fessler und Schürz (2017) auf Basis des Household Finance and Consumption Surveys (HFCS). Drescher et al. (2020) wiesen ebenfalls auf Basis des HFCS nach, dass die Konsumneigung mit steigendem Bruttoeinkommen abnimmt.

<sup>12)</sup> Wird Einkommen nicht konsumiert, sondern stattdessen angelegt (Sparbuch, Aktien, Anleihen usw.), werden über die Besteuerung von Kapitalerträgen ebenfalls Steuereinnahmen erzielt.

Abbildung 10: **Abgabenbelastung für Nettozahlende und Nettoempfangende nach Einkommensgruppen 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. NZ . . . Nettozahlende, NE . . . Nettoempfangende. Die Säulenbreite entspricht der Verteilung der Nettoempfangenden und Nettozahlenden über die Einkommenszehntel, in der Kategorie "Insgesamt" entspricht sie dem jeweiligen Anteil der Gruppe. – <sup>1)</sup> Aufgrund geringer Fallzahlen wird der Wert für die Nettozahlenden nicht dargestellt.

#### 4. Höhe des Saldos aus öffentlichen Leistungen und Abgaben

Die Saldierung der empfangenen Leistungen und der oben beschriebenen entrichteten Abgaben ergibt die Leistungs-Abgaben-Bilanz. Sie fällt für die unteren sechs Einkommenszehntel positiv aus und reicht im Durchschnitt von +719 € (sechstes Zehntel) bis +1.394 € (unterstes Zehntel) bzw. im Median von +396 € bis +1.350 € (2019).

Ab dem siebten Zehntel (–51 €) ist der Saldo aus Leistungen und Abgaben im Median negativ, da mehr als die Hälfte der Personen mehr Abgaben zahlen als sie an öffentlichen Leistungen beziehen (Abbildung 1, rechte Grafik). Da die Leistungen aber im Durchschnitt höher sind als die gezahlten Abgaben, ist der Saldo im siebten Zehntel im Durchschnitt noch positiv (418 €; Abbildung 1, linke Grafik). Erst ab dem neunten Zehntel, in dem das durchschnittliche Markteinkommen 4.316 € (Median: 4.859 €) und der Anteil der Nettoempfangenden nur mehr 4% beträgt, ist die Leistungs-Abgaben-Bilanz negativ; der Saldo beläuft sich auf monatlich –303 € oder 7% des Markteinkommens. Im obersten Zehntel ist der Saldo deutlich negativer und beträgt –1.845 € pro Monat bzw. 24% des Markteinkommens.

Die durchschnittliche Leistungs-Abgaben-Bilanz entlang der Primäreinkommensverteilung wird somit in den unteren Einkommenszehnteln vorwiegend durch die Leistungshöhe der Nettoempfangenden und mit steigendem Einkommen zunehmend durch die Abgabenhöhe der Nettozahlenden bestimmt (Abbildung 11). Im Gegensatz zu den öffentlichen Leistungen, die gesetzlich gedeckelt sind, gibt es auf der Abgabenseite keine Obergrenze für die zu entrichtende Lohn- und Einkommensteuer<sup>13)</sup>, da es keine Obergrenze für das Markteinkommen gibt. Daher ist die Leistungs-Abgaben-Bilanz der privaten Haushalte bei hinreichend hohem Einkommen bzw. einer hinreichend großen Spreizung zwischen Leistungshöhe und Markteinkommen negativ. Der markante Sprung in der Bilanz auf das 6-Fache vom neunten zum obersten Zehntel lässt sich entsprechend durch das deutlich höhere Einkommen bzw. die höhere Einkommensungleichheit innerhalb der obersten 10%, den progressiven Einkommensteuertarif sowie den im Vergleich zum neunten Einkommenszehntel geringeren Anteil an Leistungsempfangenden erklären.

Im Median des jeweiligen Einkommenszehntels übersteigen die Abgaben ab dem siebten Zehntel die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen.

Der negative Saldo zwischen Leistungen und Abgaben erklärt sich vor allem durch die hohe Markteinkommenskonzentration in den oberen Einkommenszehnteln.

<sup>13)</sup> Die Sozialbeiträge sind hingegen durch die Höchstbeitragsgrundlage (2019: 5.220 €) nach oben hin begrenzt.

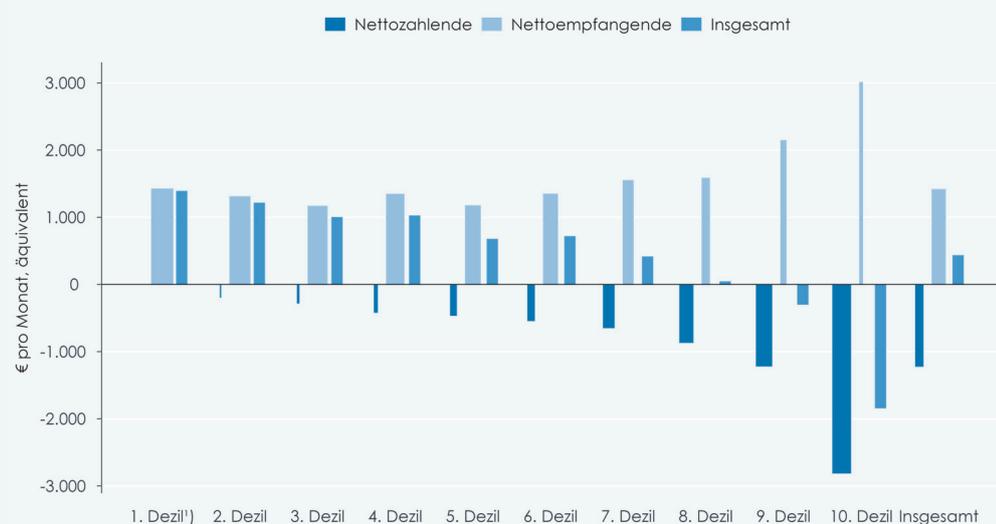
Für die einkommensschwächsten 60% der Personen machen Sachleistungen den Großteil der empfangenen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aus, für die untersten 10% die Bildungsleistungen und für die anderen fünf Einkommensgruppen die Gesundheitsleistungen. Ab dem siebten Einkommenszehntel sind die öffentlichen Bruttopensionen quantitativ wichtiger als die öffentlichen Sachleistungen. Im obersten Zehntel setzen sich die öffentlichen Leistungen zu 57% aus Bruttopensionen, zu 38% aus Sachleistungen und zu 5% aus monetären Transfers zusammen. Monetäre Transfers haben im untersten

Zehntel die größte Bedeutung, wo sie 36% aller öffentlichen Leistungen stellen und zum Großteil aus Arbeitslosenversicherungsleistungen bestehen. In den anderen neun Zehnteln haben die Familienleistungen innerhalb der monetären Transfers (ohne öffentliche Bruttopensionen) die größte Relevanz. Nettoempfangende beziehen im obersten Zehntel im Durchschnitt 5.580 € und im untersten Zehntel durchschnittlich 1.620 € an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Pensionsbeziehende erhalten eine durchschnittliche Pensionsleistung von 4.850 € (10. Dezil) bzw. 542 € (1. Dezil).

**Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen machen in den unteren sechs Zehnteln den größten Teil der bezogenen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aus.**

Abbildung 11: **Leistungs-Abgaben-Bilanz der Nettozahlenden und Nettoempfangenden 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. Die Säulenbreite entspricht der Verteilung der Nettoempfangenden und Nettozahlenden über die Einkommenszehntel, in der Kategorie "Insgesamt" entspricht sie dem jeweiligen Anteil der Gruppe. – <sup>1)</sup> Aufgrund geringer Fallzahlen wird der Wert für die Nettozahlenden nicht dargestellt.

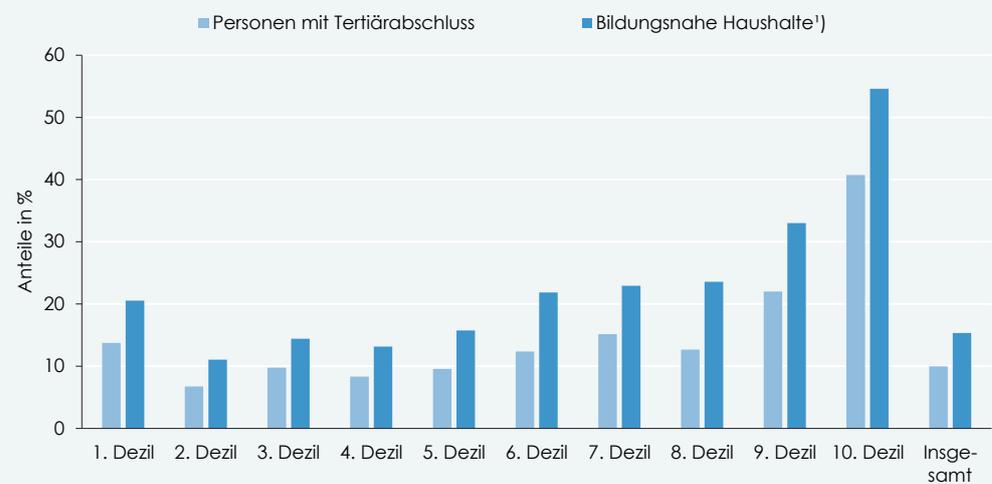
In den Jahren 2005 bis 2019 stieg der durchschnittliche Saldo von Abgaben und Leistungen im obersten Zehntel etwa gleich stark wie das Markteinkommen. In Relation zum Markteinkommen blieb der Saldo über alle Einkommensgruppen hinweg weitgehend stabil.

Die Gegenüberstellung von Nettoempfangenden und Nettozahlenden nach Einkommensgruppen gibt, wie bereits erwähnt, keine Auskunft darüber, wie hoch der direkte Nutzen (in der Vergangenheit konsumierter) öffentlicher Leistungen für die Nettozahlenden ist. Dies zeigt sich z. B. anhand der Verteilung der Personen, die über einen

tertiären Ausbildungsabschluss verfügen und nicht (mehr) in Ausbildung sind: Im obersten Zehntel hatten 2019 41% der über 24-Jährigen einen Tertiärabschluss; in 55% der Haushalte hatte die Mehrheit der über 24-jährigen Haushaltsmitglieder einen solchen Abschluss erreicht. Beide Anteile sind weit höher als in den anderen Einkommensgruppen (Abbildung 12). Dass Kinder aus einkommensstärkeren Haushalten öffentliche Bildungsleistungen stärker nutzen als Kinder aus anderen Haushalten, zeigt sich auch in Bezug auf die öffentlichen Kinderbetreuungs- bzw. elementaren Bildungseinrichtungen (siehe Rocha-Akis, 2023, 89f).

Abbildung 12: **Terfiärquote nach Einkommensgruppen 2019**

Quantileinteilung nach äquivalenten Primäreinkommen der Bevölkerung



Q: Integrierter WIFO-Umverteilungsdatensatz, siehe dazu Abschnitt 1.3.1 in Rocha-Akis et al. (2023); WIFO-Berechnungen. Personen ab 25 Jahren. – <sup>1)</sup> Mindestens die Hälfte der Personen ab 25 Jahren im Haushalt verfügen über einen Tertiärabschluss.

## 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wie bereits in der Langfassung der WIFO-Umverteilungsstudie (Rocha-Akis et al., 2023) dargelegt, ist der Nettofiskalbeitrag des oberen Einkommensfünftels zum Wohlfahrtsstaat kleiner, als eine reine Durchschnittsbetrachtung des Leistungs-Abgaben-Saldos suggeriert. Vielmehr verteilen sich die 37% der Bevölkerung in nettozahlenden Haushalten auf alle Einkommensgruppen – wenngleich zu unterschiedlichen Anteilen. Obwohl der Nettofiskalbeitrag mit dem Einkommen steigt, zeigt sich auch nach der Umverteilung durch den Staat eine hohe Einkommenskonzentration im obersten Fünftel der Primäreinkommensbezieher:innen, auf das 2019 45% der Markteinkommen (74% der Kapitaleinkommen)<sup>14)</sup> und 35% der verfügbaren Einkommen entfielen (oberstes Einkommenszehntel: 29%, 58% bzw. 21%).

Ob und in welchem Umfang ein Haushalt innerhalb eines Jahres mehr zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats beiträgt, als er an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erhält, hängt stark von seinen Merkmalen ab. Diese sind im Zeitverlauf unweigerlich Veränderungen unterworfen, schon aufgrund des Alterns und der damit zusammenhängenden Veränderung des Einkommenspotenzials und der Konsumstruktur, aber auch unmittelbar aufgrund von Ereignissen wie Geburt, Scheidung, oder Wechseln im Arbeitsmarktstatus. Daher liefert die Aufsummierung der jährlichen gezahlten Abgaben und der erhaltenen Leistungen auf der Haushaltsebene zwar wertvolle Informationen zur Struktur der

jährlichen Umverteilung. Das Ergebnis der Gegenüberstellung reicht aber nicht aus, um daraus auf die Nachhaltigkeit der Finanzierung des Sozialstaats oder die effektive Lastenverteilung zu schließen, um so den potenziellen Reformbedarf zu ermitteln.

Bei der Interpretation von Nettofiskalbeiträgen muss demnach eine Vielzahl weiterer Faktoren mitgedacht werden. So sind etwa die Kosten einer Leistung nicht mit dem Nutzen für die Empfangenden gleichzusetzen. Dieser Nutzen kann in Abhängigkeit von individuellen oder Haushaltsmerkmalen sehr heterogen sein und insbesondere von der ökonomischen Situation selbst abhängen. Viele öffentliche Ausgaben (z. B. für öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit) lassen sich darüber hinaus kaum einzelnen Individuen oder Haushalten zurechnen, da sie als reine öffentliche Güter allen zugutekommen. Die Inanspruchnahme und der Nutzen dieser Güter sind jedoch nicht notwendigerweise für alle Haushalte gleich.

Staatliche Umverteilungsinstrumente wirken sich nicht nur für die Begünstigten, sondern auch für Bevölkerungsgruppen, die keine bzw. bestimmte Leistungen nicht erhalten, positiv aus. Unter diesen positiven externen Effekten der Umverteilung ist vor allem die konsumstabilisierende Wirkung auf einkommens- bzw. liquiditätsbeschränkte Haushalte zu nennen, die insbesondere in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs bzw. in Krisen

**Staatliche Umverteilung hat positive externe Effekte.**

<sup>14)</sup> Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden.

die Konsumnachfrage stützt (automatische Stabilisatoren; Dolls et al., 2012) und so auch die Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten aller anderen Bevölkerungsgruppen begünstigt. Konsum, der durch öffentliche Leistungen ermöglicht wird, hat über indirekte Abgaben, die für diesen Konsum geleistet werden, eine gewisse Selbstfinanzierungskomponente.

Darüber hinaus sind öffentliche Leistungen auch Zukunftsinvestitionen. So können z. B. Investitionen in Humankapital (vor allem Bildungsleistungen, aber auch Familienleistungen) die soziale Mobilität erhöhen, staatliche Ausgaben langfristig dämpfen und sich, z. B. über Produktivitätssteigerung, positiv auf die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auswirken. Clarke und Thévenon (2023) zeigen einen negativen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Benachteiligung in der Kindheit und der späteren Erwerbskarriere (Beschäftigungswahrscheinlichkeit, Erwerbseinkommen) sowie dem Gesundheitszustand im Erwachsenenalter. Sie schätzen die jährlichen Kosten der Folgen von sozioökonomischer Benachteiligung in Österreich auf 3,6% des Bruttoinlandsprodukts.

Dynamische Ansätze, die versuchen, intertemporale Umverteilung zu berücksichtigen, konzentrieren sich mangels Daten häufig auf eindeutig abgegrenzte Lebensphasen von Individuen bzw. Kohorten mit bestimmten soziodemografischen Merkmalen, oder sind auf Simulationen diverser sozioökonomischer und demografischer Prozesse angewiesen<sup>15)</sup>. Der Vorteil der WIFO-Umverteilungsstudie, die auf Querschnittsanalysen für mehrere vergangene Jahre basiert, besteht darin, nicht auf die Simulation von demografischen Prozessen und Erwerbsveränderungen angewiesen zu sein und gleichzeitig auf die Gesamtheit der privaten Haushalte abzustellen. Auch im Bereich der Einkommen sind aufgrund des retrospektiven Zugangs keine Annahmen zur zukünftigen Einkommensentwicklung notwendig. Die Studie gibt damit wertvolle Einblicke in die horizontalen und vertikalen Umverteilungsmuster und liefert durch Nutzung regelmäßig erhobener Querschnittsdaten über einen längeren Zeitraum Hinweise auf zugrunde liegende Strukturen und deren Entwicklung über die Zeit. Dabei können sowohl langfristige Prozesse (Demografie) als auch unvorhergesehene Ereignisse (geopolitische Veränderungen und Krisen) berücksichtigt werden.

Öffentliche Leistungen haben zum Teil den Charakter von Zukunftsinvestitionen.

## 6. Literaturhinweise

- Beznoska, M. (2022). Die Altersverteilung von Steuern, Abgaben und staatlichen Leistungen: Methodik und Analyse – Dokumentation zum Online-Tool. *IW-Report*, (7/2022). <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-die-altersverteilung-von-steuern-abgaben-und-staatlichen-leistungen.html>.
- Budgetdienst (2019). Umverteilungswirkung des österreichischen Steuer- und Transfersystems.
- Christl, M., Köppl-Turyna, M., Lorenz, H., & Kucsera, D. (2020). Redistribution within the tax-benefits system in Austria. *Economic Analysis and Policy*, 68, 250-264. <https://doi.org/10.1016/j.eap.2020.09.011>.
- Clarke, C., & Thévenon, O. (2023). Childhood Socio-Economic Disadvantage in Austria. *OECD Papers on Well-Being and Inequalities*, (19). <https://doi.org/10.1787/c05f13f8-en>.
- Dolls, M., Fuest, C., & Peichl, A. (2012). Automatic Stabilizers and Economic Crisis: US vs. Europe. *Journal of Public Economics*, 96(3-4), 279-294. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2011.11.001>.
- Drescher, K., Fessler, P., & Lindner, P. (2020). Helicopter money in Europe: New evidence on the marginal propensity to consume across European households. *Economics Letters*, 195. <https://doi.org/10.1016/j.econlet.2020.109416>.
- Fessler, P., & Schürz, M. (2017). Zur Verteilung der Sparquoten in Österreich. *Monetary Policy & The Economy*, (Q3/17), 13-33.
- Fink, M., Mayrhuber, C., & Rocha-Akis, S. (2022). Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. *WIFO Research Briefs*, (10). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69632>.
- Fink, M., & Rocha-Akis, S. (2018). Effects of the Introduction of Family Bonus and Supplementary Child Benefit, the New Tax Relief for Families in Austria. A Microsimulation Study. *WIFO Bulletin*, 23(14), 131-144. <https://bulletin.wifo.ac.at/61484>.
- Hammer, B., Christl, M., & De Poli, S. (2023). Public redistribution in Europe: Between generations or income groups? *The Journal of the Economics of Ageing*, 24. <https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2022.100426>.
- Mayrhuber, C., Angel, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., Weber, F., Haindorfer, R., & Iby, A. (2023). Das letzte soziale Netz: Evaluierung des letzten sozialen Sicherungsnetzes und des Zusammenspiels mit dem ersten sozialen Sicherungsnetz unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen COVID-19-Krise und der Auswirkungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes. WIFO, prospect Unternehmensberatung. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71102>.
- Palme, J. (2010). Wohlfahrtsstaaten und Ungleichheit: Institutionelle Designs und Umverteilungswirkungen. In Budowski, M. & Nollert, M. (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (S. 163-196). Seismo.

<sup>15)</sup> Für Personen, die 2005, im ersten in der WIFO-Umverteilungsstudie betrachteten Jahr, in Alterspension eintraten, bräuchte es z. B. (verknüpfbare) Daten zum

Bildungs- und Erwerbsverlauf, die bis in die erste Hälfte – für Personen höheren Alters gar bis an den Anfang – des 20. Jahrhunderts zurückreichen.

Rocha-Akis, S., Bierbaumer, J., Bitschi, B., Bock-Schappelwein, J., Einsiedl, M., Fink, M., Klien, M., Loretz, S., & Mayrhuber, C. (2023). *Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69741>.

Rowntree, B. S. (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. Macmillan.

Ullrich, C. G. (2002). Reciprocity, Justice and Statutory Health Insurance in Germany. *Journal of European Social Policy*, 12(2), 123-136. <https://doi.org/10.1177/0952872002012002111>.

## Kennzahlen zur Wirtschaftslage

### 1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

### 2. Kennzahlen für Österreich

#### 2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

#### 2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

#### 2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

#### 2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

#### 2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

#### 2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

#### 2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

#### 2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

#### 2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

#### 2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

#### 1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

#### 1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

#### 2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

#### 2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

#### 2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

#### 2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

#### 2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

#### 2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

## 1. Internationale Konjunkturindikatoren

### Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2023				2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	7,2	6,2	5,0	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,9
USA	8,1	5,4	3,6	3,6	3,5	3,6	3,7	3,7	3,6	3,5	3,8	3,8	3,9
Japan	2,8	2,8	2,6	2,5	2,6	2,6	2,7	2,6	2,5	2,7	2,7	2,6	2,5
Euro-Raum	8,0	7,7	6,7	6,7	6,6	6,5	6,5	6,5	6,5	6,6	6,5	6,5	6,5
Belgien	5,6	6,3	5,6	5,7	5,6	5,6	5,3	5,6	5,6	5,3	5,3	5,4	5,6
Deutschland	3,7	3,6	3,1	3,0	2,9	2,9	3,0	2,9	3,0	3,0	3,0	3,1	3,1
Irland	5,8	6,2	4,5	4,5	4,1	4,2	4,5	4,1	4,4	4,4	4,5	4,7	4,8
Griechenland	17,6	14,8	12,4	11,8	11,3	11,4	10,8	11,3	11,2	11,3	10,8	10,3	9,6
Spanien	15,6	14,8	12,9	12,9	12,8	12,0	12,0	11,9	11,9	12,0	11,9	12,0	12,0
Frankreich	8,0	7,9	7,3	7,2	7,1	7,3	7,4	7,3	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Italien	9,3	9,5	8,1	7,8	7,9	7,7	7,6	7,7	7,5	7,8	7,5	7,6	7,8
Luxemburg	6,7	5,4	4,6	4,9	4,9	5,0	5,3	5,0	5,2	5,2	5,3	5,5	5,5
Niederlande	4,9	4,2	3,5	3,6	3,5	3,5	3,6	3,5	3,5	3,6	3,6	3,7	3,6
Österreich	6,1	6,2	4,8	5,0	4,8	5,0	5,5	4,7	5,1	5,7	5,4	5,5	5,1
Portugal	7,2	6,7	6,2	6,4	6,9	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,3	6,6	6,7
Slowakei	6,6	6,8	6,2	6,0	6,0	5,9	5,8	5,9	5,9	5,8	5,8	5,8	5,8
Finnland	7,8	7,6	6,8	6,8	6,8	7,1	7,4	7,1	7,2	7,4	7,3	7,4	7,5
Tschechien	2,6	2,8	2,4	2,4	2,5	2,7	2,6	2,5	2,8	2,7	2,5	2,7	2,9
Ungarn	4,1	4,0	3,6	3,7	3,8	3,9	4,0	3,9	3,9	4,0	4,0	3,9	4,1
Polen	3,2	3,4	2,9	2,9	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Schweiz	4,8	5,1	4,3	4,3	4,1	4,0	-	-	-	-	-	-	-

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)

## Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2020	2021	2022	2022	2023			2023						
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<b>Verbraucherpreisindex</b>														
OECD insgesamt	+ 1,3	+ 4,0	+ 9,5	+10,1	+ 8,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,4	+ 6,2	+ 5,6	
USA	+ 1,2	+ 4,7	+ 8,0	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,2	
Japan	- 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,3	
<b>Harmonisierter VPI</b>														
Euro-Raum	+ 0,3	+ 2,6	+ 8,4	+10,0	+ 8,0	+ 6,2	+ 5,0	+ 6,1	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,2	+ 4,3	+ 2,9	
Belgien	+ 0,4	+ 3,2	+10,3	+11,2	+ 5,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 0,7	- 1,7	
Deutschland	+ 0,4	+ 3,2	+ 8,7	+10,8	+ 8,7	+ 6,9	+ 5,7	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,5	+ 6,4	+ 4,3	+ 3,0	
Irland	- 0,5	+ 2,4	+ 8,1	+ 8,8	+ 7,5	+ 5,5	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,6	
Griechenland	- 1,3	+ 0,6	+ 9,3	+ 8,6	+ 6,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,8	
Spanien	- 0,3	+ 3,0	+ 8,3	+ 6,5	+ 5,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,5	
Frankreich	+ 0,5	+ 2,1	+ 5,9	+ 7,0	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,3	+ 5,1	+ 5,7	+ 5,7	+ 4,5	
Italien	- 0,1	+ 1,9	+ 8,7	+12,5	+ 9,5	+ 7,8	+ 5,8	+ 8,0	+ 6,7	+ 6,3	+ 5,5	+ 5,6	+ 1,8	
Luxemburg	+ 0,0	+ 3,5	+ 8,2	+ 7,5	+ 4,5	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,1	
Niederlande	+ 1,1	+ 2,8	+11,6	+13,0	+ 7,2	+ 6,3	+ 2,8	+ 6,8	+ 6,4	+ 5,3	+ 3,4	- 0,3	- 1,0	
Österreich	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+11,1	+10,6	+ 8,6	+ 6,7	+ 8,7	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,5	+ 5,8	+ 4,9	
Portugal	- 0,1	+ 0,9	+ 8,1	+10,2	+ 8,4	+ 5,7	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,8	+ 3,2	
Slowakei	+ 2,0	+ 2,8	+12,1	+14,9	+15,1	+12,5	+ 9,6	+12,3	+11,3	+10,3	+ 9,6	+ 9,0	+ 7,8	
Finnland	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,2	+ 8,7	+ 7,5	+ 5,1	+ 3,4	+ 5,0	+ 4,1	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,4	
Tschechien	+ 3,3	+ 3,3	+14,8	+16,5	+18,0	+12,6	+ 9,5	+12,5	+11,2	+10,2	+10,1	+ 8,3	+ 9,5	
Ungarn	+ 3,4	+ 5,2	+15,3	+23,3	+25,9	+22,1	+14,6	+21,9	+19,9	+17,5	+14,2	+12,2	+ 9,6	
Polen	+ 3,7	+ 5,2	+13,2	+15,9	+16,1	+12,5	+ 9,2	+12,5	+11,0	+10,3	+ 9,5	+ 7,7	+ 6,3	
Schweiz	- 0,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)

## Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2020	2021	2022	2022	2023			2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	- 4,3	+ 23,0	- 3,9	- 12,3	- 2,8	+ 4,6	+ 7,8	+ 8,9	+ 3,9	+ 11,0	+ 9,8	+ 4,3
Euro-Raum, STOXX 50	- 4,7	+ 22,9	- 6,6	- 11,5	+ 3,5	+ 17,1	+ 20,5	+ 23,9	+ 16,1	+ 22,0	+ 18,5	+ 11,3
Deutschland, DAX 30	+ 1,9	+ 23,3	- 8,8	- 12,8	+ 1,7	+ 14,5	+ 21,4	+ 23,8	+ 17,7	+ 23,2	+ 18,8	+ 11,1
Österreich, ATX	- 20,5	+ 42,5	- 7,0	- 19,6	- 8,2	- 0,5	+ 8,3	+ 9,7	+ 4,7	+ 10,8	+ 10,8	+ 1,9
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 13,7	+ 11,6	+ 5,1	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,0	- 0,3	+ 5,4	+ 7,3	+ 1,0
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 22,1	+ 20,4	- 14,6	- 28,9	- 15,0	+ 8,4	+ 30,6	+ 29,5	+ 29,0	+ 33,5	+ 42,7	+ 33,1
Tschechien, PX 50	- 11,6	+ 29,1	+ 6,4	- 13,1	- 3,9	+ 1,6	+ 10,7	+ 6,7	+ 11,4	+ 13,7	+ 16,0	+ 12,2
Ungarn, BUX Index	- 10,2	+ 29,6	- 9,6	- 18,2	- 8,2	+ 13,2	+ 32,9	+ 28,6	+ 29,4	+ 41,0	+ 40,8	+ 29,4
Polen, WIG Index	- 13,9	+ 29,4	- 12,8	- 25,5	- 9,2	+ 11,4	+ 32,0	+ 31,4	+ 28,5	+ 35,9	+ 43,3	+ 35,1
Russland, RTS Index	- 4,0	+ 28,0	- 27,1	- 38,6	- 27,9	- 11,9	- 12,5	- 12,6	- 9,8	- 15,0	+ 0,0	- 1,5
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 2,0	+ 26,4	- 3,2	- 8,5	- 4,2	+ 2,9	+ 9,1	+ 10,2	+ 5,7	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,8
USA, S&P 500 Index	+ 10,5	+ 32,8	- 4,1	- 16,3	- 10,4	+ 2,4	+ 12,0	+ 15,2	+ 7,2	+ 14,5	+ 14,6	+ 13,9
Brasilien, BM&FBOVESPA	- 1,9	+ 18,4	- 6,2	+ 4,6	- 4,1	+ 1,2	+ 10,5	+ 20,3	+ 6,9	+ 5,6	- 1,0	+ 9,1
Asien												
Japan, Nikkei 225	+ 4,7	+ 27,0	- 5,5	- 5,0	+ 0,5	+ 13,3	+ 17,8	+ 21,1	+ 13,5	+ 19,4	+ 16,3	+ 18,1
China, Shanghai Index	+ 7,2	+ 13,1	- 8,9	- 14,0	- 4,9	+ 3,0	- 1,9	- 2,7	- 2,1	- 0,9	+ 1,1	- 1,0
Indien, Sensex 30 Index	- 1,1	+ 41,8	+ 7,5	+ 2,8	+ 3,2	+ 11,9	+ 14,7	+ 20,9	+ 10,8	+ 13,0	+ 11,3	+ 6,2

Q: Macrobond. • Rückfragen: [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)

## Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In %												
USA	0,6	0,1	2,2	4,3	4,8	5,1	5,4	5,2	5,4	5,4	5,5	5,5	5,4
Japan	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	.
Kanada	0,6	0,2	2,6	4,4	4,7	4,9	5,2	5,0	5,2	5,2	5,2	5,3	5,2
Euro-Raum	- 0,4	- 0,5	0,3	1,8	2,6	3,4	3,8	3,5	3,7	3,8	3,9	4,0	4,0
Tschechien	0,9	1,1	6,3	7,3	7,2	7,2	7,1	7,2	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1
Dänemark	- 0,2	- 0,2	0,6	2,1	2,8	3,4	3,8	3,6	3,7	3,8	3,9	4,0	4,0
Ungarn	0,7	1,4	10,0	16,2	16,5	16,0	12,5	15,9	10,3	13,9	13,4	8,6	9,4
Polen	0,6	0,6	6,2	7,3	6,9	6,9	6,5	6,9	6,8	6,7	6,0	5,7	5,8
Schweden	- 0,1	- 0,2	0,7	1,8	3,0	3,5	3,8	3,5	3,7	3,8	3,8	4,0	4,1
Vereinigtes Königreich	0,3	0,1	2,0	3,6	4,2	4,8	5,5	5,1	5,5	5,5	5,5	5,4	5,4
Norwegen	0,7	0,5	2,1	3,4	3,4	4,0	4,7	4,4	4,7	4,7	4,7	4,7	.
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,1	0,6	1,1	1,5	1,8	1,5	1,7	1,8	1,8	1,8	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at), [cornelia.schober@wifo.ac.at](mailto:cornelia.schober@wifo.ac.at)

## Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In %												
USA	0,9	1,4	3,0	3,8	3,6	3,6	4,2	3,8	3,9	4,2	4,4	4,8	4,5
Japan	- 0,0	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,6	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8
Kanada	0,8	1,4	2,8	3,2	3,0	3,1	3,6	3,3	3,5	3,7	3,8	4,1	3,7
Euro-Raum	0,2	0,2	2,0	3,0	3,2	3,2	3,4	3,2	3,3	3,3	3,5	3,7	3,4
Belgien	- 0,1	- 0,0	1,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,1	3,1	3,2	3,3	3,5	3,2
Deutschland	- 0,5	- 0,4	1,1	2,1	2,3	2,4	2,6	2,4	2,5	2,5	2,7	2,8	2,6
Irland	- 0,1	0,1	1,7	2,6	2,8	2,8	3,0	2,8	2,9	3,0	3,1	3,3	3,0
Griechenland	1,3	0,9	3,5	4,5	4,3	4,0	3,9	3,7	3,9	3,9	4,1	4,3	3,9
Spanien	0,4	0,3	2,2	3,1	3,3	3,4	3,6	3,4	3,5	3,6	3,7	3,9	3,6
Frankreich	- 0,1	0,0	1,7	2,7	2,8	2,9	3,1	2,9	3,0	3,1	3,2	3,5	3,2
Italien	1,2	0,8	3,2	4,3	4,3	4,2	4,3	4,1	4,2	4,2	4,5	4,9	4,4
Luxemburg	- 0,4	- 0,4	1,7	2,8	2,9	3,0	3,1	2,9	3,0	3,1	3,2	3,3	3,0
Niederlande	- 0,4	- 0,3	1,4	2,4	2,6	2,7	2,9	2,8	2,8	2,9	3,0	3,2	3,0
Österreich	- 0,2	- 0,1	1,7	2,8	3,0	3,0	3,2	3,0	3,1	3,2	3,3	3,5	3,2
Portugal	0,4	0,3	2,2	3,1	3,2	3,2	3,3	3,1	3,2	3,3	3,4	3,6	3,3
Finnland	- 0,2	- 0,1	1,7	2,8	2,9	3,0	3,2	3,0	3,1	3,1	3,2	3,5	3,2
Dänemark	- 0,4	- 0,1	1,5	2,4	2,5	2,6	2,8	2,6	2,7	2,8	2,8	3,1	2,8
Schweden	- 0,0	0,3	1,5	2,1	2,3	2,4	2,7	2,5	2,5	2,8	2,9	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	0,3	0,7	2,4	3,5	3,5	4,0	4,4	4,3	4,4	4,5	4,4	4,5	4,2
Norwegen	0,8	1,4	2,8	3,3	3,1	3,3	3,8	3,5	3,6	3,8	3,8	4,0	3,7
Schweiz	- 0,5	- 0,3	0,8	1,2	1,3	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,0

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at), [cornelia.schobert@wifo.ac.at](mailto:cornelia.schobert@wifo.ac.at)

## 1.1 Wechselkurse

### Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,14	1,18	1,05	1,01	1,02	1,07	1,09	1,09	1,11	1,09	1,07	1,06	1,08
Yen	121,78	129,86	138,01	139,20	144,22	141,98	149,53	157,23	155,94	157,96	157,80	158,04	161,84
Schweizer Franken	1,07	1,08	1,01	0,97	0,98	0,99	0,98	0,96	0,97	0,96	0,96	0,95	0,96
Pfund Sterling	0,89	0,86	0,85	0,86	0,87	0,88	0,87	0,86	0,86	0,86	0,86	0,87	0,87
Schwedische Krone	10,49	10,14	10,63	10,62	10,94	11,20	11,46	11,76	11,63	11,81	11,84	11,65	11,55
Dänische Krone	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,45	7,45	7,45	7,45	7,46	7,46	7,46
Norwegische Krone	10,72	10,16	10,10	10,06	10,39	10,98	11,66	11,40	11,35	11,41	11,45	11,63	11,80
Tschechische Krone	26,46	25,65	24,56	24,58	24,39	23,78	23,58	24,13	23,89	24,11	24,38	24,58	24,49
Russischer Rubel	82,65	87,23	73,88	60,66	64,61	78,64	88,71	102,63	100,20	104,43	103,26	102,48	97,76
Ungarischer Forint	351,21	358,46	390,94	403,46	410,89	388,65	372,77	383,51	379,04	385,05	386,43	385,33	379,19
Polnischer Zloty	4,44	4,56	4,68	4,74	4,73	4,71	4,54	4,50	4,44	4,46	4,60	4,51	4,40
Neuer Rumänischer Leu	4,84	4,92	4,93	4,91	4,92	4,92	4,95	4,95	4,94	4,94	4,97	4,97	4,97
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,87	7,63	7,08	6,90	7,26	7,34	7,64	7,88	7,95	7,91	7,80	7,72	7,81
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<b>Effektiver Wechselkursindex</b>													
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 2,2	- 0,9	+ 0,1	+ 1,6	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,3
Industriewaren	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 2,2	- 0,7	+ 0,3	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,3
Real	+ 1,7	+ 0,1	- 2,0	- 2,5	- 0,6	+ 1,4	+ 3,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,7	+ 3,8	+ 3,4	.
Industriewaren	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,6	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,1	+ 3,6	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at), [cornelia.schobert@wifo.ac.at](mailto:cornelia.schobert@wifo.ac.at)

## 1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

### Übersicht 7: HWWI-Index

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 20,5	+ 88,5	+ 61,8	+ 5,9	- 27,0	- 43,0	- 49,8	- 44,6	- 47,4	- 50,5	- 53,8	- 44,6	- 22,7
Ohne Energierohstoffe	+ 2,5	+ 42,4	+ 6,0	- 8,7	- 16,6	- 19,6	- 6,2	- 20,5	- 14,7	- 4,2	- 9,1	- 5,2	- 4,9
Auf Euro-Basis	- 22,2	+ 83,4	+ 81,7	+ 18,4	- 23,9	- 44,4	- 53,6	- 46,1	- 48,9	- 54,5	- 57,3	- 48,7	- 28,1
Ohne Energierohstoffe	+ 0,4	+ 37,8	+ 18,6	+ 2,2	- 13,0	- 21,5	- 13,2	- 22,7	- 17,0	- 11,8	- 15,7	- 12,1	- 11,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,4	+ 31,9	+ 31,2	+ 15,6	- 3,8	- 17,3	- 13,9	- 19,6	- 15,9	- 10,3	- 14,9	- 16,5	- 15,4
Industrierohstoffe	- 1,3	+ 41,1	+ 12,1	- 5,1	- 17,8	- 24,1	- 12,7	- 24,6	- 17,7	- 12,7	- 16,2	- 9,1	- 8,7
Energierohstoffe	- 30,4	+ 107,3	+ 103,7	+ 22,6	- 26,8	- 49,6	- 59,6	- 51,4	- 55,1	- 61,1	- 63,0	- 54,3	- 31,7
Rohöl	- 33,3	+ 60,2	+ 56,8	+ 22,2	- 13,7	- 32,0	- 18,0	- 34,3	- 38,3	- 30,1	- 18,2	- 4,1	- 9,5

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: [ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)

## 2. Kennzahlen für Österreich

### 2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

#### Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2022			2023		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)							II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
<b>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</b>													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 1,2	+ 6,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	- 1,4	- 1,8
Exporte	+ 5,2	+ 4,1	- 10,6	+ 9,1	+ 11,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 11,2	+ 10,0	+ 8,4	+ 9,4	- 2,3	- 1,5
Importe	+ 5,3	+ 2,2	- 10,0	+ 14,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 2,7	+ 7,4	+ 7,3	+ 3,6	- 1,1	- 2,6	- 1,9
Inländische Verwendung <sup>1)</sup>	+ 2,4	+ 0,4	- 6,2	+ 6,7	+ 2,9	- 1,4	+ 1,2	+ 4,5	+ 0,2	- 0,9	- 4,5	- 1,6	- 2,1
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,8	- 6,3	+ 5,2	+ 4,0	- 0,0	+ 1,3	+ 6,1	- 1,2	+ 1,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,6
Private Haushalte <sup>2)</sup>	+ 1,1	+ 0,5	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	+ 0,8	+ 1,8	+ 8,8	- 0,6	+ 2,6	+ 1,1	+ 0,1	- 1,9
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,4	+ 7,5	+ 0,0	- 2,0	± 0,0	+ 0,1	- 2,8	- 0,9	- 2,6	+ 0,3	+ 2,6
Bruttoinvestitionen <sup>3)</sup>	+ 6,1	- 0,7	- 5,4	+ 10,8	- 0,7	- 4,1	+ 0,5	- 1,3	+ 3,3	- 6,0	- 13,2	- 4,7	- 5,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,5	+ 6,1	+ 0,1	- 0,5	- 0,5	- 4,0	+ 0,6	+ 3,6	- 0,2	- 1,7	- 3,6
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,7	- 8,5	+ 7,9	- 0,4	- 0,5	+ 1,5	- 12,7	+ 2,7	+ 11,5	- 1,5	+ 2,2	- 5,7
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,6	+ 1,8	- 2,0	- 2,7	- 4,1	- 1,8	- 3,6	- 1,9	- 3,6	- 7,2	- 5,2
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	+ 6,8	+ 10,9	- 5,2	+ 12,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,5	+ 6,5	+ 5,2	+ 8,3	+ 4,9	+ 2,1
<b>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>													
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 0,8	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,7	+ 0,1	+ 5,4	+ 1,6	+ 2,3	+ 0,9	- 2,9	- 3,4

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

<b>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</b>													
	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,9	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 0,5							
Exporte	+ 6,8	- 0,1	- 0,1	+ 1,7	- 3,4	+ 2,4							
Importe	- 0,1	+ 0,4	- 0,5	- 1,2	- 0,7	+ 1,2							
Inländische Verwendung <sup>1)</sup>	- 2,1	+ 0,1	- 0,3	- 1,8	+ 0,7	- 1,3							
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	- 0,7							
Private Haushalte <sup>2)</sup>	+ 0,5	+ 0,4	- 0,7	+ 0,7	- 0,4	- 1,2							
Staat	- 0,6	- 1,6	+ 1,7	- 1,8	+ 2,0	+ 0,6							
Bruttoinvestitionen <sup>3)</sup>	- 3,7	- 1,7	- 3,9	- 4,3	+ 5,4	- 2,2							
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,4	+ 0,5	+ 1,9	- 2,1	- 1,5	- 1,6							
Ausrüstungen und Waffensysteme	- 3,9	+ 3,4	+ 6,1	- 8,1	+ 0,7	- 4,0							
Bauten	- 1,3	- 2,6	- 0,1	- 0,2	- 3,3	- 0,9							
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 2,3	- 0,6	+ 0,0							
<b>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>													
Herstellung von Waren	+ 1,1	- 0,9	+ 0,7	- 0,8	- 1,4	- 1,0							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2023 und 2024: Prognose. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)

#### Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2022			2023		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,8	+ 6,9	+ 8,6	+ 6,8	+ 5,5						
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,8	+ 7,8	+ 9,2	+ 8,1	+ 7,9	+ 7,3	+ 7,3	+ 9,4	+ 9,0	+ 9,0
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,3	+ 6,6	+ 8,6	+ 5,0	- 1,7	+ 5,5	+ 8,0	+ 9,7	+ 7,2	+ 4,9	+ 2,1
<b>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</b>													
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,8	+ 1,8	+ 2,0	- 1,7	+ 0,6	+ 3,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,6	- 2,5	- 2,7
BIP nominell	Mrd. €	385,27	397,15	380,89	405,24	447,22	479,15	505,33	112,52	111,99	118,27	116,22	120,05
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.736	42.716	45.271	49.401	52.529	55.060	12.446	12.343	13.002	12.755	13.157
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft <sup>1)</sup>	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 4,7	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,2	- 1,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,7
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft <sup>2)</sup>	+ 0,5	- 0,1	+ 2,3	- 0,5	+ 2,3	- 1,3	+ 0,7	+ 4,2	+ 3,4	- 1,5	- 0,9	- 1,9	- 3,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2023 und 2024: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)

## 2.2 Konjunkturklima

#### Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2022			2023			2023					
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	
<b>Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft</b>												
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 8,1	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,9	- 7,4	- 0,9	- 5,2	- 8,7	- 8,4	- 7,7	- 6,9	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 13,2	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,6	- 5,9	+ 3,7	- 2,1	- 7,6	- 8,1	- 8,0	- 8,1	
<b>Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche</b>												
Sachgütererzeugung	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 4,8	- 16,5	- 10,4	- 12,6	- 17,7	- 19,2	- 20,1	- 19,5	
Bauwirtschaft	+ 29,6	+ 27,6	+ 19,4	+ 10,7	- 0,1	+ 4,6	+ 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 1,0	
Dienstleistungen	+ 9,7	+ 6,5	+ 9,3	+ 12,1	- 1,9	+ 5,7	- 0,5	- 3,6	- 1,6	- 0,1	+ 0,4	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: [birgit.agnezy@wifo.ac.at](mailto:birgit.agnezy@wifo.ac.at), [alexandros.charos@wifo.ac.at](mailto:alexandros.charos@wifo.ac.at)

## 2.3 Tourismus

### Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Sommerseason 2022			Umsätze im Gesamtreise- verkehr <sup>1)</sup>	Sommerseason 2023		
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland		Insgesamt	Übernachtungen <sup>2)</sup> Aus dem Inland	Aus dem Ausland
Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2019 in %								
Österreich	+ 5,2	- 1,4	+ 4,4	- 3,8	+ 14,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4
Wien	- 12,5	- 17,2	+ 0,4	- 20,7	+ 10,8	- 1,3	+ 3,9	- 2,3
Niederösterreich	- 0,6	- 9,9	- 4,6	- 18,7	+ 11,1	- 2,7	- 0,9	- 5,5
Burgenland	+ 2,7	- 3,5	- 0,7	- 11,3	+ 16,4	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,5
Steiermark	+ 16,6	+ 6,5	+ 0,1	+ 6,5	+ 22,1	+ 6,9	+ 1,6	+ 14,9
Kärnten	+ 11,5	+ 2,9	+ 11,5	- 3,0	+ 13,4	- 0,8	+ 3,4	- 3,6
Oberösterreich	+ 14,9	- 0,9	+ 3,9	- 6,2	+ 22,8	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,0
Salzburg	+ 6,3	+ 0,5	+ 8,8	- 2,0	+ 18,4	+ 4,9	+ 3,7	+ 5,2
Tirol	+ 9,7	+ 1,2	+ 6,5	+ 1,3	+ 17,1	+ 2,3	- 0,9	+ 2,6
Vorarlberg	+ 13,6	+ 2,3	+ 5,5	+ 1,9	+ 22,7	+ 7,0	+ 8,1	+ 6,8

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommerseason: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Schätzung. – 2) Endgültige Werte. • Rückfragen: [sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at](mailto:sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at), [anna.burton@wifo.ac.at](mailto:anna.burton@wifo.ac.at)

## 2.4 Außenhandel

### Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

	2022	2023	2022	2023	2020	2021	2022	2023	Mai	Juni	2023	August	Septem- ber
		Jänner bis Septem- ber		Jänner bis Septem- ber				Jänner bis Septem- ber			Juli		
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<b>Warenexporte insgesamt</b>	<b>194,7</b>	<b>149,6</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	- 7,1	+ 16,1	+ 17,6	+ 3,4	- 0,8	+ 3,5	+ 2,0	+ 0,0	- 6,9
Intra-EU 27 (ab 2020)	133,7	102,2	68,7	68,3	- 5,9	+ 17,0	+ 18,5	+ 2,6	- 0,9	+ 2,9	+ 0,3	- 2,8	- 8,6
Deutschland	58,0	45,0	29,8	30,1	- 3,6	+ 15,0	+ 16,2	+ 4,0	+ 2,5	+ 8,2	- 0,5	- 3,3	- 6,2
Italien	13,2	9,3	6,8	6,2	- 9,5	+ 27,1	+ 18,1	- 7,6	- 11,3	- 9,8	- 12,0	- 16,1	- 9,8
Frankreich	7,8	5,4	4,0	3,6	- 9,2	+ 2,9	+ 23,5	- 7,4	- 4,6	+ 1,8	+ 8,8	- 16,5	- 42,9
EU-Länder seit 2004	38,7	28,6	19,9	19,1	- 5,6	+ 19,9	+ 22,6	- 0,7	- 2,2	- 0,4	- 1,2	+ 2,2	- 4,1
5 EU-Länder <sup>1)</sup>	30,9	22,5	15,9	15,1	- 5,5	+ 19,5	+ 21,5	- 2,0	- 2,6	- 1,7	- 2,3	+ 1,6	- 4,3
Tschechien	7,1	5,4	3,6	3,6	- 6,0	+ 18,6	+ 17,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 4,3	+ 5,5	- 2,7
Ungarn	7,7	5,5	4,0	3,7	- 11,4	+ 24,0	+ 26,1	- 5,0	- 5,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,8	- 12,6
Polen	7,4	5,4	3,8	3,6	+ 6,6	+ 19,3	+ 12,0	- 0,8	+ 3,4	+ 0,1	- 12,1	- 0,9	+ 7,0
Extra-EU 27 (ab 2020)	61,0	47,4	31,3	31,7	- 9,6	+ 14,4	+ 15,5	+ 5,4	- 0,5	+ 4,6	+ 5,5	+ 5,9	- 3,0
Schweiz	10,0	7,6	5,1	5,1	+ 3,0	+ 9,3	+ 22,3	+ 5,2	- 1,8	+ 20,6	+ 3,9	+ 7,8	+ 9,1
Vereinigtes Königreich	5,1	4,1	2,6	2,7	- 9,3	+ 8,8	+ 15,0	+ 5,9	- 8,5	+ 29,8	+ 3,1	+ 7,4	+ 12,8
Westbalkanländer	2,0	1,6	1,0	1,1	- 10,4	+ 21,4	+ 20,2	+ 6,8	+ 5,9	+ 5,0	+ 7,8	+ 11,9	+ 0,2
GUS-Europa	2,0	1,2	1,0	0,8	- 11,6	- 3,4	- 8,6	- 23,4	- 15,6	- 31,8	- 32,4	- 14,3	- 21,9
Russland	1,8	1,0	0,9	0,7	- 10,3	- 5,7	- 8,0	- 26,5	- 19,3	- 35,0	- 36,6	- 20,9	- 23,3
Industrielländer in Übersee	21,3	17,1	10,9	11,4	- 11,9	+ 18,4	+ 17,6	+ 9,2	- 3,9	- 5,5	+ 15,0	+ 17,8	- 13,2
USA	12,9	10,6	6,6	7,1	- 9,2	+ 19,4	+ 16,3	+ 13,5	- 8,5	- 0,7	+ 22,3	+ 20,6	- 0,7
China	5,3	3,8	2,7	2,5	- 12,2	+ 23,1	+ 9,1	- 6,9	+ 4,5	+ 5,4	- 14,4	- 18,6	+ 10,8
Japan	1,8	1,4	0,9	0,9	- 5,6	+ 12,0	+ 4,9	- 0,2	- 18,1	- 15,1	- 10,5	+ 87,0	- 25,5
Agrarwaren	15,1	11,9	7,8	8,0	+ 3,1	+ 8,6	+ 15,9	+ 6,7	+ 7,9	+ 8,8	+ 4,4	- 0,9	- 2,7
Roh- und Brennstoffe	14,1	9,6	7,3	6,4	- 14,8	+ 41,2	+ 41,3	- 10,1	- 3,5	- 9,0	- 8,5	- 2,1	- 11,9
Industriewaren	165,4	128,1	85,0	85,6	- 7,5	+ 15,4	+ 16,1	+ 4,3	- 1,3	+ 4,0	+ 2,6	+ 0,3	- 6,9
Chemische Erzeugnisse	29,1	23,9	14,9	16,0	+ 2,8	+ 14,0	+ 15,0	+ 10,1	+ 0,5	+ 2,4	+ 15,4	+ 17,7	- 5,6
Bearbeitete Waren	42,8	30,5	22,0	20,4	- 9,9	+ 23,0	+ 21,0	- 6,9	- 11,0	- 8,8	- 8,4	- 12,2	- 14,4
Maschinen, Fahrzeuge	69,5	56,7	35,7	37,9	- 11,9	+ 12,7	+ 13,4	+ 11,4	+ 5,5	+ 13,7	+ 7,3	+ 5,1	- 0,9
Konsumnahe Fertigwaren	20,3	14,8	10,4	9,9	- 7,3	+ 10,8	+ 14,4	+ 1,0	- 1,8	+ 3,8	- 5,0	- 4,7	- 10,3
<b>Warenimporte insgesamt</b>	<b>215,3</b>	<b>153,2</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	- 8,5	+ 23,6	+ 20,6	- 4,0	- 7,3	- 1,7	- 4,9	- 15,2	- 15,6
Intra-EU 27 (ab 2020)	140,2	98,2	65,1	64,1	- 8,4	+ 20,4	+ 17,9	- 6,4	- 10,3	- 6,2	- 10,2	- 15,9	- 17,2
Deutschland	69,0	48,4	32,1	31,6	- 8,5	+ 17,1	+ 16,7	- 6,3	- 9,8	- 6,6	- 10,4	- 15,0	- 18,8
Italien	13,4	9,6	6,2	6,3	- 12,0	+ 26,9	+ 16,1	- 4,6	- 12,2	- 6,2	- 4,3	- 10,6	- 9,1
Frankreich	5,1	3,9	2,4	2,6	- 11,4	+ 21,4	+ 12,7	+ 3,3	- 2,0	+ 31,3	- 1,5	- 9,4	- 21,4
EU-Länder seit 2004	34,5	23,5	16,0	15,4	- 6,6	+ 26,6	+ 20,8	- 9,1	- 11,9	- 6,6	- 15,0	- 21,6	- 18,9
5 EU-Länder <sup>1)</sup>	29,4	20,0	13,7	13,1	- 8,6	+ 25,7	+ 21,6	- 9,4	- 12,3	- 5,6	- 15,2	- 24,4	- 20,0
Tschechien	9,8	6,3	4,6	4,1	- 9,3	+ 29,1	+ 26,5	- 13,1	- 20,8	- 7,8	- 20,1	- 31,1	- 24,0
Ungarn	5,3	3,8	2,5	2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 14,2	- 6,1	- 13,0	- 10,9	- 17,7	- 18,7	- 12,8
Polen	7,0	5,0	3,3	3,3	- 3,4	+ 28,3	+ 21,8	- 5,3	- 8,3	- 1,3	- 10,1	- 14,6	- 13,8
Extra-EU 27 (ab 2020)	75,0	55,0	34,9	35,9	- 8,7	+ 30,3	+ 26,1	+ 0,8	- 1,6	+ 8,0	+ 6,7	- 13,6	- 12,6
Schweiz	10,0	7,8	4,7	5,1	+ 25,5	+ 27,7	+ 3,1	+ 2,2	- 7,1	+ 23,3	- 11,3	- 23,5	- 0,1
Vereinigtes Königreich	3,5	2,5	1,6	1,6	- 24,2	+ 29,6	+ 25,7	- 14,1	- 34,5	+ 3,0	- 52,6	- 6,3	- 7,0
Westbalkanländer	2,0	1,5	0,9	1,0	- 10,3	+ 25,0	+ 25,7	+ 0,4	+ 0,3	- 5,3	- 6,9	- 10,3	- 4,8
GUS-Europa	8,3	3,2	3,9	2,1	- 20,7	+ 110,5	+ 75,5	- 45,4	- 60,6	- 51,4	- 32,4	- 57,1	- 48,6
Russland	8,3	3,2	3,8	2,1	- 21,4	+ 115,1	+ 76,7	- 45,7	- 61,0	- 51,7	- 32,4	- 57,7	- 49,4
Industrielländer in Übersee	12,2	10,5	5,7	6,8	- 19,4	+ 12,2	+ 22,6	+ 23,8	+ 19,8	+ 20,9	+ 29,4	+ 4,1	- 2,9
USA	7,3	6,0	3,4	3,9	- 25,9	+ 8,4	+ 27,3	+ 26,0	+ 8,1	+ 15,8	+ 25,3	+ 14,1	- 2,4
China	17,5	11,5	8,1	7,5	+ 3,7	+ 28,7	+ 33,2	- 9,9	- 9,0	- 10,7	- 16,0	- 18,7	- 28,9
Japan	2,5	2,2	1,2	1,4	- 8,7	+ 9,4	+ 12,4	+ 16,8	+ 5,8	+ 35,4	+ 20,2	- 4,3	+ 15,0
Agrarwaren	14,8	11,7	6,9	7,6	- 0,4	+ 8,1	+ 17,4	+ 8,6	+ 6,3	+ 11,1	+ 8,3	+ 3,7	- 2,2
Roh- und Brennstoffe	36,1	19,4	16,8	12,7	- 23,4	+ 57,3	+ 63,2	- 26,4	- 33,1	- 31,4	- 31,8	- 37,0	- 32,7
Industriewaren	164,4	122,0	76,3	79,7	- 7,1	+ 21,1	+ 14,4	- 0,3	- 3,1	+ 3,1	- 0,5	- 12,0	- 13,3
Chemische Erzeugnisse	29,7	21,8	13,8	14,2	- 4,1	+ 25,2	+ 13,1	- 1,7	- 19,9	- 1,2	- 6,3	- 10,1	- 5,5
Bearbeitete Waren	34,9	23,0	16,2	15,0	- 6,1	+ 26,9	+ 20,0	- 14,5	- 17,0	- 14,4	- 16,0	- 24,5	- 21,0
Maschinen, Fahrzeuge	65,9	52,4	30,6	34,2	- 11,2	+ 17,1	+ 11,4	+ 9,0	+ 10,8	+ 11,8	+ 6,6	- 1,3	- 7,8
Konsumnahe Fertigwaren	27,4	21,8	12,7	14,2	- 7,9	+ 12,8	+ 11,3	+ 8,6	+ 19,8	+ 12,6	+ 24,8	- 10,0	- 14,1

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: [irene.froehlich@wifo.ac.at](mailto:irene.froehlich@wifo.ac.at)

## 2.5 Landwirtschaft

### Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2019	2020	2021	2022	2022			2023			2023			
					II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
<b>Marktentwicklung</b>														
Milchanlieferung <sup>1)</sup>	3.378	3.384	3.403	3.500	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	
Marktleistung Getreide insgesamt <sup>2)</sup>	2.691	2.962	2.736	2.453	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
BEE <sup>3)</sup> Rindfleisch <sup>4)</sup>	215	205	200	196	+ 1,2	- 2,6	- 2,6	+ 11,2	- 1,8	+ 11,5	- 10,3	- 1,5	+ 7,6	
BEE <sup>3)</sup> Kalbfleisch	7	7	7	6	+ 17,7	- 47,3	- 12,5	.	.	.	.	.	.	
BEE <sup>3)</sup> Schweinefleisch	468	475	479	456	- 3,7	- 5,5	- 4,8	+ 1,6	- 1,8	+ 3,4	- 5,1	- 0,3	+ 0,0	
Geflügelschlachtungen <sup>5)</sup>	116	125	129	125	- 5,3	- 8,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 6,7	+ 7,3	+ 20,7	- 4,7	+ 6,7	
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
<b>Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)</b>														
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	366	384	494	+ 24,3	+ 35,4	+ 40,3	+ 33,9	+ 11,2	+ 27,0	+ 19,2	+ 9,5	+ 5,2	
Qualitätsweizen <sup>6)</sup>	166	161	225	344	+ 83,4	+ 42,5	+ 20,1	- 2,8	- 33,6	- 14,5	- 33,0	- 33,3	- 34,6	
Körnermais <sup>6)</sup>	143	143	204	293	+ 55,2	+ 33,1	+ 44,2	+ 18,3	- 15,7	+ 8,0	- 4,9	- 19,2	- 23,0	
Jungstiere (Handelsklasse R3) <sup>7)8)</sup>	3.703	3.650	3.990	4.788	+ 26,1	+ 19,1	+ 15,3	+ 7,9	- 3,2	+ 2,5	- 5,6	- 4,5	+ 0,7	
Schweine (Handelsklasse E) <sup>7)</sup>	1.757	1.678	1.565	1.983	+ 22,5	+ 32,1	+ 41,6	+ 44,4	+ 22,1	+ 30,5	+ 17,5	+ 22,2	+ 26,7	
Masthühner grillfertig, lose <sup>9)</sup>	2.694	2.719	2.818	3.388	+ 18,4	+ 24,7	+ 25,6	+ 24,0	+ 9,0	+ 22,9	+ 15,3	+ 11,7	+ 0,9	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – <sup>2)</sup> Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – <sup>3)</sup> Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – <sup>4)</sup> Ab 2023: Rind- und Kalbfleisch. – <sup>5)</sup> Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – <sup>6)</sup> Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – <sup>7)</sup> € je t Schlachtgewicht. – <sup>8)</sup> Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – <sup>9)</sup> Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: [dietmar.weinberger@wifo.ac.at](mailto:dietmar.weinberger@wifo.ac.at)

## 2.6 Herstellung von Waren

### Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2020	2021	2022	2022			2023			2023			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<b>Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)</b>													
Insgesamt	- 7,1	+ 11,0	+ 6,1	+ 3,7	+ 1,1	- 1,2	- 1,9	- 1,5	- 2,4	- 1,2	- 2,1	- 2,3	- 1,9
Vorleistungen	- 4,6	+ 10,9	+ 5,9	+ 1,0	- 3,8	- 7,4	- 3,6	- 9,9	- 7,9	- 4,0	- 4,6	- 2,4	- 0,8
Investitionsgüter	- 12,4	+ 15,4	+ 6,9	+ 5,9	+ 5,4	+ 4,7	- 1,1	+ 7,0	+ 2,0	+ 0,9	- 0,6	- 3,4	- 1,8
Kfz	- 17,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 11,0	+ 11,7	+ 8,7	+ 2,2	+ 9,6	+ 4,4	- 0,3	+ 11,5	- 1,5	- 3,0
Konsumgüter	- 3,1	+ 4,4	+ 5,8	+ 5,8	+ 6,1	+ 3,5	- 0,1	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,8	- 0,3	- 2,6	- 3,2
Langlebige Konsumgüter	- 0,9	+ 13,6	+ 6,5	+ 5,7	+ 8,2	- 2,6	- 10,7	- 2,9	- 6,5	- 3,9	- 14,1	- 14,3	- 13,7
Kurzlebige Konsumgüter	- 3,6	+ 2,1	+ 5,6	+ 5,9	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,8	+ 6,0	+ 7,1	+ 4,6	+ 3,0	+ 0,9	- 0,1
<b>Arbeitsmarkt</b>													
Beschäftigte	- 1,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,5	.	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9	.	.
Geleistete Stunden	- 4,6	+ 5,5	+ 2,0	+ 1,6	+ 4,2	+ 1,0	.	- 3,6	+ 3,8	+ 2,5	- 0,2	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 5,9	+ 10,3	+ 4,0	+ 1,5	- 0,7	- 2,7	.	- 2,9	- 3,7	- 2,4	- 3,0	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 2,1	+ 5,2	+ 3,6	+ 0,9	- 2,0	- 3,1	.	- 0,5	- 3,4	- 3,6	- 2,0	.	.
<b>Aufträge</b>													
Auftragseingänge	- 7,4	+ 30,0	+ 9,2	+ 1,9	- 2,5	- 8,5	.	- 4,9	- 7,8	- 9,1	- 12,1	.	.
Inland	- 4,5	+ 28,7	+ 10,1	+ 7,0	+ 3,4	- 9,9	.	- 5,9	- 9,9	- 8,6	- 9,9	.	.
Ausland	- 8,3	+ 30,4	+ 8,9	+ 0,3	- 4,3	- 8,0	.	- 4,6	- 7,1	- 9,2	- 12,8	.	.
Auftragsbestand	- 1,6	+ 20,4	+ 21,6	+ 15,1	+ 8,4	+ 2,2	.	+ 2,2	+ 1,1	- 0,5	- 2,0	.	.
Inland	+ 6,2	+ 23,5	+ 22,7	+ 11,5	+ 5,3	+ 0,3	.	+ 0,6	- 1,3	- 2,0	- 2,6	.	.
Ausland	- 3,2	+ 19,7	+ 21,4	+ 16,0	+ 9,1	+ 2,6	.	+ 2,5	+ 1,7	- 0,2	- 1,9	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2023: vorläufig. • Rückfragen: [anna.strauss-kollin@wifo.ac.at](mailto:anna.strauss-kollin@wifo.ac.at)

### Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2022		2023		2023						
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Indexpunkte (saisonbereinigt) <sup>1)</sup>										
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	+ 5,8	- 1,9	- 1,1	- 4,8	- 16,5	- 10,4	- 12,6	- 17,7	- 19,2	- 20,1	- 19,5
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 12,6	+ 4,6	+ 2,2	- 4,4	- 16,0	- 9,0	- 11,3	- 17,3	- 19,6	- 22,3	- 22,1
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 1,0	- 8,5	- 4,3	- 5,3	- 17,1	- 11,8	- 14,2	- 18,3	- 19,0	- 18,1	- 17,1
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)										
Auftragsbestände zumindest ausreichend	80,3	74,9	71,5	68,1	57,0	64,9	61,5	55,5	54,1	51,5	49,6
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	74,8	70,0	66,5	63,8	54,0	60,5	58,9	53,4	49,8	48,3	47,6
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)										
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 1,8	+ 7,3	+ 8,1	+ 14,2	+ 15,1	+ 15,4	+ 13,9	+ 15,0	+ 16,5	+ 16,9	+ 15,7
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 0,6	- 4,7	- 0,6	- 2,2	- 12,5	- 9,6	- 10,6	- 11,3	- 15,5	- 9,2	- 7,8
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 13,7	- 23,2	- 14,9	- 12,1	- 25,0	- 18,5	- 20,9	- 27,1	- 26,9	- 26,7	- 23,8
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 54,1	+ 51,2	+ 32,2	+ 9,8	+ 0,4	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,2	- 1,5	+ 1,9	+ 3,5

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: [birgit.agnezy@wifo.ac.at](mailto:birgit.agnezy@wifo.ac.at), [alexandros.charos@wifo.ac.at](mailto:alexandros.charos@wifo.ac.at)

## 2.7 Bauwirtschaft

### Übersicht 16: Bauwesen

	2020	2021	2022	2022 IV. Qu.	2023 I. Qu.	2023 II. Qu.	2023 III. Qu.	Juni	Juli	2023			
										August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<b>Konjunkturdaten, nominell<sup>1)</sup></b>													
Produktion <sup>2)</sup>													
Bauwesen insgesamt	- 1,7	+ 16,7	+ 10,3	+ 9,1	+ 8,4	- 1,4	.	+ 1,9	+ 3,1	- 2,7	.	.	.
Hochbau	- 2,9	+ 20,8	+ 7,4	+ 3,1	- 3,1	- 10,1	.	- 7,9	- 1,7	- 12,2	.	.	.
Tiefbau	- 2,4	+ 14,5	+ 10,0	+ 9,5	+ 0,0	- 1,2	.	- 0,9	- 1,4	- 7,8	.	.	.
Baunebengewerbe <sup>3)</sup>	- 0,6	+ 14,7	+ 12,5	+ 13,0	+ 18,1	+ 4,7	.	+ 9,6	+ 7,6	+ 5,3	.	.	.
Auftragsbestände	- 0,9	+ 18,4	+ 8,1	+ 5,0	- 4,8	- 5,5	.	- 4,6	- 3,6	- 4,2	.	.	.
Auftragseingänge	+ 2,3	+ 19,6	+ 3,5	+ 7,2	+ 0,6	+ 2,5	.	+ 7,0	- 0,4	+ 5,6	.	.	.
<b>Arbeitsmarkt</b>													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,9	- 0,5	- 1,1
Arbeitslose	+ 29,9	- 18,7	- 12,8	- 1,5	+ 3,0	+ 6,4	+ 8,6	+ 8,6	+ 10,0	+ 7,2	+ 8,8	+ 10,9	+ 15,6
Offene Stellen	+ 2,2	+ 24,9	+ 3,1	- 7,2	- 21,1	- 25,4	- 29,2	- 27,2	- 29,1	- 29,7	- 28,6	- 32,6	- 31,4
<b>Baupreisindex</b>													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,6	+ 5,3	+ 9,8	+ 10,0	+ 8,9	+ 5,9	+ 3,4	.	.	.	.	.	.
Hochbau	+ 3,2	+ 8,2	+ 15,5	+ 15,6	+ 13,9	+ 8,8	+ 4,8	.	.	.	.	.	.
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,2	+ 8,0	+ 15,0	+ 15,2	+ 13,6	+ 8,7	+ 4,8	.	.	.	.	.	.
Sonstiger Hochbau	+ 3,1	+ 8,6	+ 16,3	+ 16,2	+ 14,5	+ 8,8	+ 4,9	.	.	.	.	.	.
Tiefbau	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	.	.	.	.	.	.

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2023: Fortschreibung der endgültigen Werte 2022 mit den Veränderungsdaten der vorläufigen Datenstände zum Zeitpunkt *t* und *t-1*. – <sup>2)</sup> Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – <sup>3)</sup> Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

## 2.8 Binnenhandel

### Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022 IV. Qu.	2023 I. Qu.	2023 II. Qu.	2023 III. Qu.	April	Mai	2023			
										Juni	Juli	August	Septem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	- 5,3	+ 11,2	+ 11,6	+ 9,0	+ 5,4	- 1,5	- 3,8	- 2,9	- 2,8	+ 1,1	- 2,1	- 2,4	- 6,7
Kfz-Handel und -Reparatur	- 10,7	+ 12,1	- 1,5	+ 5,6	+ 16,5	+ 13,4	+ 8,9	+ 9,5	+ 12,5	+ 17,8	+ 15,5	+ 8,7	+ 3,2
Großhandel	- 7,0	+ 14,9	+ 17,0	+ 9,9	+ 2,2	- 7,0	- 9,4	- 7,1	- 8,6	- 5,2	- 9,0	- 7,7	- 11,5
Einzelhandel	+ 0,1	+ 5,1	+ 8,1	+ 8,9	+ 6,7	+ 2,8	+ 1,9	± 0,0	+ 2,4	+ 6,2	+ 4,1	+ 3,3	- 1,6
Nettoumsätze real <sup>1)</sup>	- 4,8	+ 4,7	- 1,2	- 2,3	- 2,7	- 3,9	- 4,8	- 6,9	- 4,7	- 0,1	- 2,3	- 3,8	- 8,1
Kfz-Handel und -Reparatur	- 12,5	+ 9,2	- 10,8	- 5,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 2,7	+ 0,4	+ 4,2	+ 9,8	+ 8,1	+ 2,4	- 2,1
Großhandel	- 5,3	+ 4,6	+ 1,1	- 1,9	- 4,4	- 6,0	- 7,3	- 8,0	- 7,1	- 2,8	- 5,5	- 6,0	- 10,2
Einzelhandel	- 0,2	+ 3,0	- 0,8	- 1,6	- 2,9	- 4,0	- 3,6	- 7,9	- 4,4	+ 0,4	- 1,1	- 2,6	- 7,0
Beschäftigte <sup>2)</sup>	- 1,7	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,4
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,8	- 0,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,5
Großhandel	- 1,5	+ 0,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5
Einzelhandel	- 1,8	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,7	- 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – <sup>1)</sup> Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – <sup>2)</sup> Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

## 2.9 Private Haushalte

### Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2020	2021	2022	2022 IV. Qu.	2023 I. Qu.	2023 II. Qu.	2023 III. Qu.	Juni	Juli	2023			
										August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Privater Konsum	- 8,5	4,2	5,7	2,6	1,1	0,1	- 1,9	.	.	.	.	.	.
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	3,7	- 0,3	4,3	- 5,1	0,1	- 6,7	.	.	.	.	.	.
Sparquote <sup>1)</sup>	13,2	11,2	9,2	9,2	9,2	9,2	.	.	.	.	.	.	.
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 10,1	- 4,9	- 24,5	- 29,5	- 24,2	- 23,7	- 22,8	- 22,4	- 21,3	- 22,4	- 24,8	- 23,9	- 22,5
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 2,7	- 5,5	- 17,2	- 24,1	- 22,0	- 22,6	- 21,1	- 21,4	- 19,3	- 21,7	- 22,2	- 24,8	- 20,4
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 0,3	+ 2,7	- 18,8	- 23,1	- 14,1	- 12,3	- 9,8	- 10,0	- 9,2	- 8,6	- 11,6	- 11,2	- 7,1
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 21,8	- 3,1	- 34,8	- 38,8	- 28,5	- 28,3	- 27,9	- 27,9	- 24,8	- 28,4	- 30,6	- 28,8	- 29,8
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 16,0	- 13,6	- 27,2	- 32,2	- 32,1	- 31,6	- 32,6	- 30,5	- 31,7	- 31,0	- 35,0	- 30,7	- 32,6

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

## 2.10 Verkehr

### Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<b>Güterverkehr</b>													
Verkehrsleistung													
Straße	- 0,9	+ 4,4	- 1,9	+ 0,1	- 4,3	- 4,7	+ 0,4	.	.	.	.	.	.
Schiene	- 5,7	+ 7,2	+ 0,8	- 4,1	- 7,4	- 10,1	.	.	.	.	.	.	.
Luffahrt <sup>1)</sup>	- 26,6	+ 19,4	- 4,4	- 9,0	+ 0,3	+ 3,3	+ 1,6	+ 9,3	+ 4,9	+ 2,6	- 2,5	- 6,1	.
Binnenschifffahrt	- 10,2	- 1,5	- 20,7	- 29,5	- 28,1	- 25,2	.	- 19,3	+ 1,8	+ 184,8	.	.	.
Lkw-Fahrleistung <sup>2)</sup>	- 4,6	+ 8,8	+ 0,1	- 1,6	- 1,3	- 4,0	- 4,2	- 1,8	- 2,7	- 3,9	- 5,9	+ 1,3	- 3,2
Neuzulassungen Lkw <sup>3)</sup>	- 17,1	+ 60,5	- 66,2	- 64,5	+ 27,2	+ 18,0	+ 64,6	+ 20,8	+ 73,3	+ 73,8	+ 47,0	+ 93,6	+ 46,3
<b>Personenverkehr</b>													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 24,5	- 3,6	- 10,3	+ 3,8	+ 20,4	+ 13,2	+ 2,9	+ 7,7	+ 9,4	+ 5,5	- 4,3	+ 17,5	+ 4,0
Bahn (Personenkilometer)	- 44,4	+ 13,7	+ 53,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Luftverkehr (Passagiere <sup>4)</sup> )	- 74,3	+ 20,1	+ 137,6	+ 75,6	+ 75,8	+ 26,1	+ 12,8	+ 17,5	+ 13,9	+ 12,9	+ 11,7	+ 13,4	.
<b>Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei</b>													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4
Arbeitslose	+ 52,0	- 22,6	- 22,9	- 6,9	- 1,2	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 4,4	+ 2,6	+ 3,6	+ 4,8	+ 5,4
Offene Stellen	- 31,4	+ 63,8	+ 41,6	+ 6,1	- 5,5	- 22,8	- 24,4	- 29,3	- 27,2	- 25,6	- 20,0	- 24,1	- 15,6
<b>Kraftstoffpreise</b>													
Dieselmotorkraftstoff	- 12,8	+ 17,4	+ 47,7	+ 34,8	+ 6,5	- 19,4	- 14,2	- 25,5	- 24,2	- 9,0	- 8,5	- 12,9	- 11,0
Normalbenzin	- 12,4	+ 17,9	+ 35,6	+ 17,6	+ 0,9	- 14,3	- 11,2	- 23,3	- 22,6	- 8,1	- 0,9	- 6,6	- 6,3

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

## 2.11 Bankenstatistik

### Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2020	2021	2022	2022		2023			2023				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
In %													
<b>Geld- und Kapitalmarktzinssätze</b>													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,0	0,3	1,6	2,5	3,0	3,6	3,4	3,4	3,6	3,9	3,9
Taggeldsatz (€STR)	- 0,6	- 0,6	1,6	0,4	1,6	2,6	3,2	3,7	3,4	3,6	3,7	3,9	3,9
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	1,0	2,1	2,9	3,5	3,9	3,7	3,8	3,9	4,0	4,0
Sekundärmarktzinssätze													
Benchmark	- 0,2	- 0,1	1,7	2,5	2,7	3,1	3,0	3,3	3,1	3,2	3,3	3,5	3,2
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,3	- 0,3	1,3	1,8	2,4	3,0	3,0	3,2	3,1	3,1	3,2	3,4	3,3
<b>Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute</b>													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,3	4,9	5,2	5,7	6,2	6,8	7,3	7,1	7,4	7,3	7,2	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,5	1,3	2,1	2,4	2,8	3,3	3,4	3,0	3,5	3,2	3,0	3,4	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,6	2,0	2,1	3,2	4,2	4,8	5,4	5,2	5,4	5,4	5,6	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,3	1,8	2,0	3,2	4,1	4,7	5,2	5,0	5,2	5,2	5,3	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,4	1,3	1,3	1,4	1,5	1,2	1,1	1,3	1,1	1,3	1,3	1,0	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,1	1,0	1,4	2,2	2,3	2,7	2,9	3,1	2,7	2,8	.
<b>Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute</b>													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,8	1,7	2,2	2,7	3,2	2,9	2,9	3,2	3,6	.
Über 2 Jahre	0,5	0,4	1,0	1,1	2,0	2,6	2,8	3,0	3,0	3,1	3,0	3,2	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,5	0,8	1,5	2,1	2,7	3,1	2,8	2,9	3,1	3,6	.
Über 2 Jahre	0,4	0,5	1,2	1,3	2,1	2,7	2,9	3,1	3,0	3,1	3,1	3,3	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
<b>Einlagen und Kredite</b>													
Einlagen insgesamt	+ 8,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 4,8	+ 1,7	.	.	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	+ 20,0	+ 0,7	+ 0,0	- 1,0	+ 0,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen ohne Bindung	+ 13,5	+ 8,6	- 0,1	+ 7,1	- 0,1	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen mit Bindung	- 2,2	- 7,9	+ 7,1	- 1,8	+ 7,1	.	.	.	.	.	.	.	.
Forderungen an inländische Nichtbanken													
	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,7	+ 5,0	.	.	.	.	.	.	.	.

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

## 2.12 Arbeitsmarkt

### Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2022				2023				2023				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Arbeitslose	- 6,0	- 3,0	+ 0,9	- 1,0	+ 0,6	+ 3,0	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 1,1
Offene Stellen	+ 8,0	+ 2,1	- 1,4	+ 0,6	- 7,2	- 6,3	- 5,0	- 2,0	- 2,7	+ 1,3	- 2,7	+ 1,2	+ 1,8
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,5	6,3	6,3	6,2	6,2	6,4	6,6	6,4	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,6	4,4	5,0	5,0	4,8	5,0	5,5	5,1	5,7	5,4	5,5	5,1	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: [stefan.fuchs@wifo.ac.at](mailto:stefan.fuchs@wifo.ac.at), [christoph.lorenz@wifo.ac.at](mailto:christoph.lorenz@wifo.ac.at)

### Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2020	2021	2022	2022	2023				2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.717	3.805	3.914	3.921	3.922	3.956	4.003	3.988	4.025	4.000	3.985	3.968	3.955
Männer	1.991	2.042	2.098	2.097	2.085	2.123	2.148	2.139	2.157	2.147	2.140	2.131	2.120
Frauen	1.726	1.763	1.816	1.825	1.837	1.833	1.855	1.849	1.868	1.853	1.846	1.836	1.835
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	3.644	3.734	3.845	3.853	3.853	3.887	3.937	3.919	3.958	3.934	3.920	3.903	3.891
Männer	1.983	2.035	2.090	2.090	2.078	2.115	2.140	2.131	2.149	2.139	2.132	2.124	2.114
Frauen	1.661	1.699	1.754	1.763	1.775	1.772	1.797	1.788	1.809	1.794	1.787	1.779	1.777
Ausländische Arbeitskräfte	777	840	927	940	962	977	1.002	1.001	1.005	1.001	1.001	988	984
Herstellung von Waren	620	623	637	641	643	645	651	646	655	650	648	648	646
Bauwesen	271	285	289	286	269	299	303	301	303	303	302	303	297
Private Dienstleistungen	1.707	1.756	1.832	1.833	1.845	1.838	1.880	1.867	1.898	1.882	1.858	1.838	1.834
Öffentliche Dienstleistungen <sup>2)</sup>	970	993	1.009	1.018	1.021	1.021	1.019	1.020	1.017	1.015	1.026	1.034	1.037
Arbeitslose	410	332	263	272	290	249	254	239	250	261	252	264	276
Männer	224	181	147	155	175	136	136	130	135	138	136	144	154
Frauen	186	151	116	117	115	113	118	109	116	124	115	120	122
Personen in Schulung	57	70	70	69	74	71	63	68	60	59	69	75	77
Offene Stellen	63	95	126	115	111	117	110	119	114	110	106	101	95
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	- 80,1	+ 87,8	+ 108,7	+ 74,9	+ 62,6	+ 45,8	+ 39,1	+ 43,2	+ 55,1	+ 38,1	+ 24,0	+ 28,5	+ 20,5
Männer	- 43,1	+ 51,4	+ 55,4	+ 35,4	+ 27,0	+ 20,0	+ 15,5	+ 18,6	+ 26,3	+ 14,5	+ 5,6	+ 10,1	+ 5,2
Frauen	- 37,1	+ 36,4	+ 53,3	+ 39,5	+ 35,6	+ 25,8	+ 23,6	+ 24,6	+ 28,9	+ 23,6	+ 18,4	+ 18,3	+ 15,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 77,3	+ 65,3	+ 46,6	+ 40,5	+ 44,7	+ 55,6	+ 39,7	+ 26,1	+ 31,3	+ 24,6
Männer	- 43,0	+ 51,6	+ 55,1	+ 35,4	+ 27,9	+ 20,1	+ 15,5	+ 19,3	+ 26,0	+ 14,8	+ 5,6	+ 10,0	+ 5,4
Frauen	- 33,1	+ 38,8	+ 55,1	+ 41,9	+ 37,5	+ 26,5	+ 25,0	+ 25,4	+ 29,7	+ 24,9	+ 20,4	+ 21,3	+ 19,2
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 71,4	+ 68,7	+ 55,1	+ 49,8	+ 54,0	+ 57,9	+ 49,1	+ 42,3	+ 42,8	+ 39,0
Herstellung von Waren	- 9,5	+ 3,9	+ 13,6	+ 14,0	+ 13,5	+ 10,9	+ 7,9	+ 10,1	+ 11,3	+ 7,8	+ 4,7	+ 6,7	+ 2,1
Bauwesen	- 0,3	+ 13,9	+ 4,3	+ 0,5	± 0,0	+ 0,6	- 0,6	+ 0,4	+ 1,5	- 0,7	- 2,7	- 1,5	- 3,5
Private Dienstleistungen	- 73,6	+ 48,7	+ 75,7	+ 46,5	+ 35,2	+ 19,9	+ 14,8	+ 19,0	+ 24,5	+ 13,9	+ 5,9	+ 6,0	+ 6,4
Öffentliche Dienstleistungen <sup>2)</sup>	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,4	+ 14,7	+ 14,6	+ 13,7	+ 16,6	+ 13,5	+ 15,7	+ 17,6	+ 16,5	+ 18,2	+ 18,6
Arbeitslose	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	- 26,2	- 9,0	+ 8,2	+ 13,8	+ 10,4	+ 14,7	+ 12,3	+ 14,4	+ 14,9	+ 18,2
Männer	+ 57,3	- 43,1	- 33,8	- 10,9	- 1,4	+ 6,2	+ 9,8	+ 7,3	+ 10,0	+ 9,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 13,5
Frauen	+ 51,0	- 34,8	- 34,8	- 15,4	- 7,5	+ 2,0	+ 4,0	+ 3,1	+ 4,7	+ 3,1	+ 4,3	+ 3,8	+ 4,7
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	- 1,3	+ 1,0	- 0,8	- 0,5	- 1,1	- 0,8	- 1,0	+ 0,2	+ 4,7	+ 3,9
Offene Stellen	- 14,3	+ 32,3	+ 30,4	+ 10,2	- 7,0	- 19,1	- 23,3	- 22,6	- 24,0	- 23,6	- 22,1	- 21,7	- 18,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>2)</sup> ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: [stefan.fuchs@wifo.ac.at](mailto:stefan.fuchs@wifo.ac.at), [christoph.lorenz@wifo.ac.at](mailto:christoph.lorenz@wifo.ac.at)

### Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2020	2021	2022	2022	2023				2023				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	9,9	8,0	6,3	6,5	6,9	5,9	6,0	5,7	5,9	6,1	5,9	6,2	6,5
Männer	10,1	8,1	6,5	6,9	7,8	6,0	6,0	5,7	5,9	6,0	6,0	6,3	6,8
Frauen	9,7	7,9	6,0	6,0	5,9	5,8	6,0	5,6	5,8	6,3	5,9	6,1	6,2
Erweiterte Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>	11,2	9,6	7,8	8,0	8,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,4	7,4	7,9	8,2
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,6	9,1	9,7	10,2	9,9	9,9	11,2	9,9	10,6	11,2	11,5	11,0	10,8
Langzeitbeschäftigungslose <sup>2)</sup>	28,5	39,7	34,0	28,8	26,4	30,0	29,1	31,0	29,5	28,8	29,0	27,6	26,5
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,5	3,5	2,1	2,4	2,6	2,1	2,3	2,0	2,2	2,4	2,4	2,6	2,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Einschließlich Personen in Schulung. – <sup>2)</sup> Geschäftsdauer über 365 Tage. • Rückfragen: [stefan.fuchs@wifo.ac.at](mailto:stefan.fuchs@wifo.ac.at), [christoph.lorenz@wifo.ac.at](mailto:christoph.lorenz@wifo.ac.at)

## 2.13 Preise und Löhne

### Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+11,1	+10,6	+ 8,6	+ 6,7	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,5	+ 5,8	+ 4,9	+ 4,9
Verbraucherpreisindex	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+10,6	+10,4	+ 8,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,0	+ 5,4	+ 5,3
Ohne Saisonwaren	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+10,6	+10,4	+ 8,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,1	+ 7,4	+ 6,0	+ 5,3	+ 5,3
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,3	+ 0,8	+10,7	+15,2	+15,9	+12,2	+ 9,6	+11,1	+10,5	+ 9,8	+ 8,4	+ 7,2	+ 7,3
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,3	+ 6,3	+ 7,1	+ 6,6	+ 6,5	+ 6,6	+ 6,1	+ 7,1	+ 5,5	+ 6,4
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 4,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,9	+ 6,2	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,4	+ 3,6	+12,6	+17,7	+16,7	+14,6	+ 8,4	+14,1	+11,0	+10,1	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,5
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,9	+ 1,8	+ 7,6	+11,6	+11,0	+ 8,7	+ 6,3	+ 7,6	+ 6,7	+ 6,1	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,1
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,6	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,5
Verkehr	- 1,7	+ 6,6	+16,2	+13,9	+ 8,6	- 0,2	- 1,0	- 3,0	- 4,2	+ 0,2	+ 1,3	- 0,1	- 0,6
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 2,9	- 0,7	- 2,5	- 4,8	- 3,4	- 3,0	- 3,7	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 4,0	- 5,0
Freizeit und Kultur	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,3	+ 4,6	+ 8,5	+ 8,3	+ 7,9	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,2	+ 7,6	+ 8,3
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,4	+ 5,6	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,3	+ 6,4
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,3	+ 8,9	+11,7	+13,0	+13,6	+11,9	+12,9	+12,3	+12,0	+11,5	+11,0	+10,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,9	+ 4,9	+ 7,2	+ 8,3	+ 7,6	+ 8,3	+ 8,3	+ 8,0	+ 6,6	+ 6,7	+ 6,4
Großhandelspreisindex	- 4,1	+10,4	+20,9	+17,3	+ 7,4	- 4,7	- 4,1	- 7,3	- 6,3	- 3,5	- 2,5	- 6,5	- 4,6
Ohne Saisonprodukte	- 4,3	+10,5	+21,1	+17,4	+ 7,3	- 5,0	- 4,3	- 7,6	- 6,6	- 3,7	- 2,6	- 6,6	- 4,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [ursula.glauning@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauning@wifo.ac.at)

### Übersicht 25: Tariflöhne

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 6,6	+ 7,6	+ 8,0	+ 7,8	+ 7,9	+ 8,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 8,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,6	+ 6,5	+ 7,6	+ 8,0	+ 7,9	+ 7,9	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,1	+ 8,2
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 6,3	+ 7,8	+ 8,7	+ 8,5	+ 8,7	+ 8,7	+ 8,7	+ 8,7	+ 8,9
Angestellte	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,3	+ 6,6	+ 7,4	+ 7,6	+ 7,6	+ 7,5	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,8
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 7,4	+ 7,5	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: [doris.steininger@wifo.ac.at](mailto:doris.steininger@wifo.ac.at)

### Übersicht 26: Effektivverdienste

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<b>Gesamtwirtschaft<sup>1)</sup></b>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 0,2	+ 4,9	+ 7,9	+ 7,4	+ 9,4	+ 9,0	+ 9,0						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 0,5	+ 4,2	+ 8,7	.									
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,3	+ 7,4	+ 7,7	+ 8,0						
Netto	+ 3,0	+ 1,9	+ 5,5	.									
Netto, real <sup>2)</sup>	+ 1,6	- 0,9	- 2,9	.									
<b>Herstellung von Waren<sup>3)</sup></b>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>4)</sup>	- 1,1	+ 4,1	+ 6,8	+ 8,2	+ 7,2	+ 9,3	.	+ 6,6	+ 7,7	+10,7	+ 9,4	+ 8,4	+ 8,2
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten <sup>4)</sup>	+ 0,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 5,9	+ 5,3	+ 7,7	.	+ 4,8	+ 6,0	+ 9,0	+ 7,9	+ 7,1	+ 7,3
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf <sup>4)</sup>	+ 1,2	+ 2,7	+ 5,2	+ 6,8	+ 4,5	+ 8,0	.	+ 5,0	+ 7,9	+ 7,9	+ 8,2	+ 6,8	+ 7,9
<b>Bauwesen<sup>3)</sup></b>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>4)</sup>	+ 4,6	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,3	+ 4,4	+ 7,7	.	+ 3,9	+ 4,4	+ 9,5	+ 8,6	+ 9,4	+ 6,7
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten <sup>4)</sup>	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,6	+ 4,8	+ 6,2	+ 8,6	.	+ 5,2	+ 5,4	+10,4	+ 9,5	+10,3	+ 8,2
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf <sup>4)</sup>	+ 3,1	+ 1,8	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,2	+ 8,5	.	+ 5,7	+ 6,4	+ 8,1	+10,4	+ 8,9	+ 8,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut ESVG 2010. – <sup>2)</sup> Referenzjahr 2015. – <sup>3)</sup> Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). – <sup>4)</sup> Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: [doris.steininger@wifo.ac.at](mailto:doris.steininger@wifo.ac.at), [marion.kogler@wifo.ac.at](mailto:marion.kogler@wifo.ac.at)

## 2.14 Soziale Sicherheit

### Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.341	2.364	2.380	2.419	2.467	2.450	1.143	1.175	1.212	1.213	1.307	1.352
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.945	1.966	1.980	2.016	2.058	2.078	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321	1.366
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.069	1.073	1.076	1.086	1.092	1.089	892	917	945	986	1.021	1.055
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	877	893	904	930	966	954	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649	1.700
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	360	362	364	368	374	372	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233	1.273
Gewerbliche Wirtschaft <sup>1)</sup>	188	193	196	202	211	208	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455	1.487
Landwirtschaft <sup>2)</sup>	171	170	168	166	163	164	811	835	863	912	945	980
Neuzuerkennungen insgesamt	117	123	132	145	143	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	97	102	111	121	120	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	54	56	58	62	61	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	44	47	52	60	59	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	19	20	22	21	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft <sup>1)</sup>	12	12	13	16	15	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft <sup>2)</sup>	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: [anna.albert@wifo.ac.at](mailto:anna.albert@wifo.ac.at), [lydia.grandner@wifo.ac.at](mailto:lydia.grandner@wifo.ac.at)

### Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invalidityspensionen <sup>1)</sup>	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen <sup>2)</sup>	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Bei langer Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte <sup>3)</sup>	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen <sup>4)</sup>	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenpensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invalidityspensionen <sup>1)</sup>	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen <sup>2)</sup>	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte <sup>3)</sup>	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen <sup>4)</sup>	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: [anna.albert@wifo.ac.at](mailto:anna.albert@wifo.ac.at), [lydia.grandner@wifo.ac.at](mailto:lydia.grandner@wifo.ac.at)

### Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invalidityspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: [anna.albert@wifo.ac.at](mailto:anna.albert@wifo.ac.at), [lydia.grandner@wifo.ac.at](mailto:lydia.grandner@wifo.ac.at)

### Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	5.787,8	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4	15,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft <sup>1)</sup>	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	1.563,1	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2	37,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft <sup>2)</sup>	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	1.654,2	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6	84,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: [anna.albert@wifo.ac.at](mailto:anna.albert@wifo.ac.at), [lydia.grandner@wifo.ac.at](mailto:lydia.grandner@wifo.ac.at)

## 2.15 Entwicklung in den Bundesländern

### Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2020	2021	2022	2022	2023					2023			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	- 35,9	- 18,7	+ 72,1	+ 38,1	+ 27,0	+ 8,4	+ 2,3	+ 14,7	+ 4,4	+ 4,8	- 1,3	+ 4,8	+ 3,7
Wien	- 73,9	+ 8,9	+ 164,3	+ 124,8	+ 107,2	+ 27,8	+ 21,0	+ 22,7	+ 18,7	+ 22,2	+ 20,0	+ 20,8	+ 14,3
Niederösterreich	- 40,5	+ 9,4	+ 32,0	+ 27,9	+ 29,4	+ 10,7	+ 8,5	+ 10,6	+ 8,3	+ 12,1	+ 5,6	+ 8,0	+ 3,7
Burgenland	- 27,3	+ 9,6	+ 17,0	+ 13,0	+ 14,3	+ 9,6	+ 3,7	- 3,4	+ 28,8	+ 2,3	+ 3,6	+ 5,7	- 1,2
Steiermark	- 24,6	- 10,6	+ 45,3	+ 22,1	+ 18,3	+ 5,6	- 1,6	+ 4,8	+ 7,1	- 4,9	- 2,2	+ 4,2	- 1,5
Kärnten	- 17,0	- 7,8	+ 25,7	+ 21,4	+ 32,5	- 0,3	- 4,3	+ 1,2	- 5,0	- 1,1	- 7,9	- 2,5	+ 3,8
Oberösterreich	- 36,4	+ 5,2	+ 39,3	+ 34,0	+ 30,5	+ 8,3	+ 4,1	+ 9,5	+ 5,8	+ 5,4	+ 0,9	+ 6,9	+ 4,0
Salzburg	- 32,3	- 31,1	+ 93,2	+ 40,9	+ 27,0	+ 8,1	+ 2,6	+ 21,0	+ 4,4	+ 6,7	- 1,5	+ 3,7	+ 3,8
Tirol	- 33,5	- 28,9	+ 89,8	+ 26,3	+ 22,3	+ 2,8	- 0,4	+ 22,6	- 0,7	+ 3,8	- 4,2	+ 0,6	- 0,1
Vorarlberg	- 30,5	- 28,4	+ 86,2	+ 18,7	+ 17,1	+ 7,6	+ 2,9	+ 21,9	+ 2,4	+ 5,4	- 1,3	+ 6,8	+ 4,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

### Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2020	2021	2022	2022	2023					2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, nominell												
Österreich	- 8,8	+ 18,3	+ 16,2	+ 13,7	+ 12,5	+ 7,3	- 2,1	+ 4,7	- 1,6	- 4,1	- 0,5	- 2,5	- 2,8
Wien	+ 8,4	+ 18,0	+ 13,4	+ 16,2	+ 14,8	- 2,0	- 2,2	- 6,1	- 7,9	- 7,9	+ 9,3	- 0,4	- 1,6
Niederösterreich	- 13,8	+ 20,8	+ 19,0	+ 11,9	+ 11,8	+ 5,5	- 4,9	- 0,1	- 3,2	- 8,9	- 2,4	- 4,9	- 1,3
Burgenland	- 11,7	+ 10,0	+ 16,4	+ 22,5	+ 17,6	+ 15,9	+ 3,0	+ 18,5	+ 3,5	+ 1,1	+ 4,3	- 0,5	- 3,9
Steiermark	- 12,9	+ 16,8	+ 13,1	+ 11,0	+ 11,0	+ 9,9	- 4,8	+ 7,9	- 2,4	- 4,0	- 7,6	- 5,5	- 4,0
Kärnten	- 4,8	+ 22,3	+ 20,7	+ 19,3	+ 14,9	+ 13,2	- 1,0	+ 13,5	+ 10,5	- 4,1	- 7,4	- 8,6	- 10,4
Oberösterreich	- 9,2	+ 18,0	+ 16,0	+ 15,1	+ 10,6	+ 7,5	+ 0,7	+ 6,3	+ 1,8	- 0,6	+ 1,0	- 0,3	- 2,8
Salzburg	- 5,8	+ 18,1	+ 23,4	+ 18,3	+ 25,2	+ 19,8	+ 0,7	+ 11,2	- 6,3	- 0,2	+ 8,3	+ 5,4	- 3,2
Tirol	- 6,7	+ 16,5	+ 13,3	+ 7,6	+ 13,1	+ 3,1	- 1,5	+ 4,9	- 3,4	- 4,7	+ 3,4	- 0,1	+ 0,3
Vorarlberg	- 7,9	+ 17,9	+ 11,5	+ 10,0	+ 4,9	- 0,9	- 5,7	- 2,7	- 8,4	- 6,1	- 2,8	- 5,8	+ 0,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2023: vorläufig. • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

### Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2020	2021	2022	2022	2023					2023			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, nominell												
Österreich	- 1,7	+ 16,7	+ 10,3	+ 8,0	+ 9,1	+ 8,4	- 1,4	+ 4,4	+ 0,8	- 6,6	+ 1,9	+ 3,1	- 2,7
Wien	- 6,2	+ 16,3	+ 6,3	+ 3,6	+ 1,8	- 1,0	+ 1,0	+ 13,0	+ 7,8	- 8,4	+ 4,9	+ 8,4	+ 0,3
Niederösterreich	+ 0,1	+ 15,6	+ 14,7	+ 10,4	+ 17,1	+ 9,6	+ 1,5	+ 6,2	+ 0,7	- 0,3	+ 4,0	+ 0,5	- 2,1
Burgenland	- 0,7	+ 11,5	+ 13,7	+ 6,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 10,4	- 9,0	+ 18,5	+ 2,6	+ 10,5	+ 3,2	+ 6,3
Steiermark	- 0,4	+ 16,8	+ 12,0	+ 9,5	+ 15,2	+ 17,5	+ 0,9	+ 13,0	+ 2,8	- 7,1	+ 7,3	+ 8,5	- 4,1
Kärnten	- 4,5	+ 13,5	+ 13,8	+ 13,4	+ 15,2	+ 24,4	- 4,7	+ 10,4	- 7,3	- 1,6	- 5,3	- 1,1	- 8,1
Oberösterreich	- 2,9	+ 21,8	+ 7,1	+ 7,2	+ 3,2	+ 8,7	- 5,3	- 1,6	- 1,6	- 13,0	- 0,6	- 1,4	- 3,6
Salzburg	+ 3,7	+ 14,3	+ 13,4	+ 13,3	+ 13,6	+ 9,6	- 0,4	+ 2,6	+ 2,6	- 4,5	+ 1,0	+ 4,6	- 6,5
Tirol	- 0,8	+ 12,7	+ 7,9	+ 5,5	+ 5,2	+ 9,8	- 4,4	+ 1,1	- 0,7	- 9,5	- 2,6	- 0,3	- 1,1
Vorarlberg	+ 5,6	+ 19,2	+ 14,8	+ 6,5	+ 16,8	+ 1,0	- 6,7	- 12,0	- 16,8	+ 0,2	- 4,1	+ 7,4	- 2,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2023: Fortschreibung der endgültigen Werte 2022 mit den Veränderungsraten der vorläufigen Datenstände zum Zeitpunkt  $t$  und  $t-1$ . • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

### Übersicht 34: Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022	2023					2023			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Österreich	3.644	3.734	3.845	3.853	3.853	3.887	3.937	3.919	3.958	3.934	3.920	3.903	3.891
Wien	831	858	887	896	893	906	908	908	909	906	910	915	915
Niederösterreich	611	625	638	640	632	648	653	650	655	652	651	651	648
Burgenland	103	107	110	109	107	112	114	113	114	113	113	112	111
Steiermark	510	523	536	536	532	541	547	544	548	546	548	545	542
Kärnten	206	212	218	215	212	221	227	225	230	227	223	220	217
Oberösterreich	651	666	681	683	678	690	694	691	698	693	691	692	690
Salzburg	248	252	263	263	269	262	270	268	274	271	266	262	261
Tirol	322	327	344	343	357	341	355	351	359	356	349	339	340
Vorarlberg	161	164	168	168	172	167	170	169	172	170	169	167	167
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 77,3	+ 65,3	+ 46,6	+ 40,5	+ 44,7	+ 55,6	+ 39,7	+ 26,1	+ 31,3	+ 24,6
Wien	- 20,5	+ 26,9	+ 29,2	+ 25,2	+ 19,9	+ 17,5	+ 15,6	+ 16,8	+ 18,9	+ 15,7	+ 12,2	+ 13,5	+ 11,8
Niederösterreich	- 3,9	+ 14,2	+ 13,1	+ 10,2	+ 8,2	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 8,8	+ 5,5	+ 2,3	+ 3,9	+ 2,5
Burgenland	- 0,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
Steiermark	- 10,0	+ 12,8	+ 12,7	+ 8,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 4,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,6
Kärnten	- 5,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 3,4	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,8
Oberösterreich	- 8,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 11,2	+ 9,1	+ 7,3	+ 4,9	+ 6,7	+ 8,3	+ 4,9	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,4
Salzburg	- 8,4	+ 4,1	+ 10,7	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,3
Tirol	- 14,4	+ 5,1	+ 16,6	+ 8,2	+ 10,6	+ 5,2	+ 5,1	+ 5,6	+ 6,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 3,8	+ 4,3
Vorarlberg	- 3,2	+ 2,4	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

## Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Österreich	410	332	263	272	290	249	254	239	250	261	252	264	276
Wien	150	127	105	105	110	104	107	104	105	109	106	106	108
Niederösterreich	65	52	41	41	46	36	39	36	39	40	38	38	39
Burgenland	11	9	7	8	9	7	7	7	7	7	7	7	7
Steiermark	48	37	30	31	36	28	29	27	29	30	28	29	30
Kärnten	27	21	17	19	21	14	14	13	14	15	14	15	17
Oberösterreich	47	36	29	30	33	26	29	25	29	30	29	29	30
Salzburg	20	15	10	12	11	10	9	8	9	9	9	12	13
Tirol	29	23	15	17	15	15	11	11	10	10	12	18	20
Vorarlberg	14	12	9	10	9	9	9	8	9	9	9	10	11
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+108,3	-77,9	-68,6	-26,2	-9,0	+8,2	+13,8	+10,4	+14,7	+12,3	+14,4	+14,9	+18,2
Wien	+34,8	-23,0	-21,8	-9,9	-4,7	+4,2	+7,0	+5,6	+8,0	+6,1	+6,9	+6,3	+8,0
Niederösterreich	+14,2	-13,0	-11,0	-6,1	-3,3	-0,2	+1,4	+0,2	+1,3	+1,3	+1,6	+2,0	+2,0
Burgenland	+2,5	-1,9	-1,6	-0,7	-0,0	+0,1	+0,3	+0,3	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2
Steiermark	+13,9	-10,7	-7,1	-2,5	+0,3	+1,8	+2,1	+2,1	+2,4	+2,0	+1,9	+1,7	+2,2
Kärnten	+6,0	-5,8	-4,0	-1,5	-0,4	+0,1	+0,2	+0,1	+0,2	+0,3	+0,1	-0,2	+0,1
Oberösterreich	+12,5	-10,6	-7,2	-2,5	-0,1	+0,7	+2,1	+1,1	+1,8	+1,8	+2,8	+2,8	+3,7
Salzburg	+7,4	-5,0	-4,9	-0,8	+0,1	+0,7	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4	+0,5	+0,7	+0,6
Tirol	+12,6	-5,8	-8,4	-1,6	-0,8	+0,3	-0,2	-0,0	-0,2	-0,4	-0,1	+0,4	+0,4
Vorarlberg	+4,4	-2,2	-2,6	-0,6	-0,2	+0,6	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,8	+0,9

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

## Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022	2023			2023					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	9,9	8,0	6,3	6,5	6,9	5,9	6,0	5,7	5,9	6,1	5,9	6,2	6,5
Wien	15,1	12,7	10,5	10,4	10,8	10,1	10,4	10,2	10,3	10,7	10,4	10,3	10,4
Niederösterreich	9,4	7,5	5,9	5,9	6,6	5,2	5,5	5,1	5,5	5,7	5,4	5,4	5,6
Burgenland	9,4	7,7	6,3	6,5	7,7	5,5	5,7	5,4	5,6	5,9	5,5	5,6	6,1
Steiermark	8,4	6,5	5,2	5,5	6,2	4,9	5,0	4,7	5,0	5,2	4,8	5,0	5,2
Kärnten	11,3	8,8	7,1	7,8	8,8	5,9	5,8	5,3	5,6	6,0	5,7	6,5	7,3
Oberösterreich	6,5	5,0	4,0	4,1	4,6	3,5	4,0	3,5	3,9	4,1	3,9	3,9	4,1
Salzburg	7,3	5,6	3,7	4,2	4,0	3,7	3,2	3,0	3,0	3,2	3,3	4,2	4,6
Tirol	8,1	6,5	4,0	4,8	4,0	4,1	2,9	2,9	2,6	2,8	3,3	5,0	5,4
Vorarlberg	7,7	6,5	5,0	5,3	4,8	5,1	5,0	4,6	4,8	5,2	5,1	5,7	5,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: [regional@wifo.ac.at](mailto:regional@wifo.ac.at)

## 2.16 Staatshaushalt

### Übersicht 37: Staatsquoten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
		In % des Bruttoinlandsproduktes											
<b>Staatsquoten</b>													
Staatsausgabenquote	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,7	56,8	56,2	53,2
Staatseinnahmenquote	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,8	50,4	49,6
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,7	43,9	43,6
Indikator 2	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,2	43,4	43,2
<b>Budgetsalden</b>													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,5
Bund	-3,3	-2,3	-2,1	-2,0	-2,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	0,4	-7,2	-5,2	-4,1
Länder	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,2	-0,5	-0,4	0,4
Gemeinden	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-0,1	-0,1	0,1	0,2
Wien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,0	-0,2	-0,3	0,0
Sozialversicherungsträger	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission <sup>1)</sup>	-3,2	-2,6	-1,9	-1,1	-0,6	-0,1	-1,2	-1,1	-0,9	-0,8	-5,0	-4,6	-4,4
Primärsaldo	-1,5	0,2	0,5	0,7	-0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	-6,6	-4,7	-2,6
<b>Schuldenstand (Maastricht)</b>													
Gesamtstaat	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	83,0	82,5	78,4
Bund	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,3	68,5
Länder	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5,3	5,9	6,0	5,3
Gemeinden	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2,3	2,5	2,4	2,2
Wien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1,9	2,2	2,5	2,2
Sozialversicherungsträger	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3	0,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: [andrea.sutrich@wifo.ac.at](mailto:andrea.sutrich@wifo.ac.at)

**2/2023** Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung • Leichte Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2023 • Europäisches Bauwesen steht vor Stagnation. Euroconstruct-Prognose bis 2025 • Krieg mit anderen Mitteln

**3/2023** Schwache Baukonjunktur belastet die Wirtschaftsentwicklung • Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise • Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich • Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen

**4/2023** Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024 • Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027 • Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022 • Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik

**5/2023** Unternehmerische Erwartungen verbessern sich trotz hoher Inflation • Heterogene Entwicklung der Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023 • Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hielt 2022 an • Hohe Energiepreise dämpften die Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2022 • Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung

**6/2023** Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt

**7/2023** Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturlaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen

**8/2023** Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunktüreinschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen

**9/2023** Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

**10/2023** Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich

**11/2023** Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Dr. Hannes Androsch**

**Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Kuratorium**

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtröglger-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Fanny Dellinger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Piflik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

**Konsulent:innen**

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

**Mag. Markus Wallner**, Landeshauptmann von Vorarlberg

**WIFO-Partner**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Martin Halla, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schober, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Claudia Hirsenschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotzar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Sarah Ledl, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

**Emeriti Consultants**

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

